

Paradigmenwechsel in der türkischen Regierungspolitik?

Die Kurdenpolitik der Türkei vom osmanischen Reich bis Erdogan und das Verhältnis der Türkei zur EU und dem Nahen Osten.

Ufuk Olgun

Vorwort

Als die Erdogan-Regierung im Juli 2009 eine „Kurdeninitiative“ – wenig später in „demokratische Öffnung“ umbenannt – ankündigte, schien dies die seit einem Vierteljahrhundert verhärteten Fronten in der Türkei endlich aufzutauen. Angesichts der geradezu obsessiven Bedeutung der Kurdenfrage für die türkische Innen- wie Außenpolitik kam nun nicht nur in der Türkei die Hoffnung auf einen genuinen Politikwechsel in der türkischen Politik auf. Wenn Ufuk Olgun in seiner Studie danach fragt, inwieweit in der Kurdenpolitik der Türkei ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, greift er eine Frage auf, die von hoher regionaler und internationaler Relevanz ist.

Dabei fasst er seine Fragestellung weitgehend historisch auf und geht in seiner Untersuchung zurück in die Vorgeschichte des türkischen *nation- and statebuilding* im osmanischen Reich. Zugleich greift er, wie es dem Gegenstand adäquat ist, auch räumlich aus und berücksichtigt das regionale bzw. internationale Umfeld der türkischen Kurdenpolitik.

Zur differenzierten Erfassung des Wandels bedient sich Olgun des heuristischen Rasters des „Paradigmenwechsels“, wie es aus der Wissenschaftstheorie in die Politikfeld-Forschung übertragen und u.a. von Peter Hall und Colin Hay konkretisiert wurde. Hall unterscheidet bezüglich politischer Problemlösungen bzw. *policies* Veränderungen von dreierlei Reichweite: Veränderungen ersten Grades wären in der Neugewichtung oder -ordnung der Mittel der Politik erreicht, solche zweiten Grades mit dem Einsatz neuer Mittel der Politik, und solche dritten Grades und damit ein „Paradigmenwechsel“ schließlich mit der Neubestimmung auch der Zieldefinition und Wertehierarchien. Ob solch ein Paradigmenwechsel erfolgreich vollzogen wird, hängt von drei Umständen ab: Das alte Paradigma muss von den relevanten Akteuren als gescheitert betrachtet und die Situation als Krise wahrgenommen werden, die politische Unterstützung der relevanten Akteure muss ebenso gegeben sein wie die administrative Machbarkeit der neuen Politik. Ist dies nun tatsächlich gegeben?

Diese sehr dichte, Quellen- und Literaturgesättigte Darstellung bietet eine hervorragende Einführung in einen ethnischen Konflikt, der inzwischen schon mehr als drei Jahrzehnte Opfer fordert und für den sich nun endlich eine realistische Hoffnung auf Beilegung öffnet. Dass es sich dabei um eine Abschlussarbeit innerhalb des Kasseler Studiengangs MA Politikwissenschaft handelt, ist bemerkenswert. Ich wünsche dieser Studie viele LeserInnen.

Kassel, im März 2011

Sabine Ruß-Sattar

Danksagung

Mein Dank gilt in erster Linie Frau Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar, die mich bei der Ausarbeitung dieser Arbeit betreut hat. Ihre freundliche Persönlichkeit und ihr stets offenes Ohr haben mich immer motiviert, weiter zu machen und nie stehen zu bleiben. Auch wenn es ihre Bürozeiten nicht immer erlaubt haben, hat sie für einen immer Zeit gefunden.

Dank der Empfehlung von Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar und Prof. Dr. Christoph Scherrer, sowie der Unterstützung des DAAD, hatte ich die Gelegenheit, an der Rutgers University in den USA und an der Anadolu University in der Türkei an verschiedenen Workshops und Tagungen bezüglich der türkischen Politik (Integration/Migration, Sicherheitspolitik und Demokratisierung) mit verschiedenen Experten, Politikern und Sicherheitskräften teilzunehmen.

Kassel, März 2011

Ufuk Olgun

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1. Einleitung	1
2. Theorie und Grundbegriffe des Paradigmenwechsels	3
2.1 Zum Begriff des Paradigmenwechsels	3
2.2 Paradigmenwechsel in den Politik- und Wirtschaftswissenschaften	5
2.3 Zusammenfassung	10
3. Von der <i>Kurdenfrage</i> zum <i>Kurdenproblem</i> als bisheriges Paradigma	10
3.1 Der historische Kurdenkonflikt	10
3.2 Kurden vor Gründung der türkischen Republik	13
3.3 Kurden und die Gründung der türkischen Republik	15
3.4 Kurden in der türkische Republik bis zum Tode Atatürks	18
3.5 Zusammenfassung: Kurdenparadigma vom Osmanischen Reich bis zur Ära Atatürk	23
4. Die Ära der Kemalisten	24
4.1 Adnan Menderes und die DP	26
4.2 Erster Militärputsch: 1960	28
4.3 Zweiter Militärputsch: 1971	31
4.4 Dritter Militärputsch: 1980 – Die (noch) gültige Militärverfassung der Türkei	34
4.5 Turgut Özal und die ANAP	37
5. Die Ära der Islamisten und der „postmoderne Putsch“	40
6. Die Verhaftung Öcalans	43
7. Erdogan und die AKP	45
7.1 Aus der Kurdenfrage zur „kurdischen Öffnung“	48
7.2 Die „zivile Verfassung“	55
8. Kritik an der Öffnung	60
8.1 Die kurdische Öffnung in der öffentlichen Kritik	60
8.2 Bewertung von Menschenrechtsorganisationen	61
8.3 Zusammenfassung	63
9. Die PKK und die „kurdische Öffnung“	63
10. Die „kurdische Öffnung“ der AKP im internationalen Umfeld	68
10.1 Iran-Türkei-Kurden Beziehungen	69
10.1.1. Vor der AKP-Ära	69
10.1.2. Die iranisch-türkisch-kurdischen Beziehungen seit der AKP	70
10.2 Irak-Türkei-Kurden Beziehungen	73
10.2.1. Vor der AKP-Ära	73
10.2.2. Die irakisch-türkisch-kurdischen Beziehungen nach dem Sturz von Hussein	75
10.3 Syrien-Türkei-Kurden Beziehungen	80
10.3.1 Vor der AKP-Ära	80
10.3.2 Die syrisch-türkisch-kurdischen Beziehungen seit Erdogan	82
10.4 Zusammenfassung	85
11. Der Kurdenkonflikt im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei	86
11.1 Vor der AKP-Ära	86
11.2 Wende in der türkisch-islamischen EU-Politik und der Kurdenfrage	88
12. Fazit und Ausblick	94
13. Literaturverzeichnis	98

1. Einleitung

Mit dem Regierungsantritt der Partei „Adalet ve Kalkinma Partisi“ (AKP, deut.: „Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand“) und seinem Vorsitzenden Recep Tayyip Erdogan sind in der türkischen, wie auch in der europäischen Politik, vielfältige Diskussionen entfacht. Die Rede ist zum Einen von Islamisten, die die Türkei und Europa islamisieren wollen. Oder von gemäßigten Muslimen, die den Weg in die EU suchen und partnerschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern aufbauen wollen. Konservative europäische Politiker sehen die Entwicklungen in der Türkei unter der AKP skeptisch, ebenso die Kemalisten oder Ultra-Nationalisten in der Türkei.

Doch die Gruppe der Wählerschaft der AKP knüpft mit der Erdoganregierung neue Hoffnungen auf mehr Demokratie, Menschenrechte, Wohlfahrt und sogar auf einen vollständigen Wechsel der bisherigen politischen Strukturen in der Türkei. Ein grundlegender Wechsel der türkischen politischen Strukturen betrifft auch die Kurden. Seit ihrem Regierungsantritt verspricht die Erdoganregierung eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei, und schließt die kurdische Bevölkerung direkt mit ein. Erdogan versprach den Kurden, aber auch der EU im Rahmen der Beitrittsverhandlungen, das sich die Situation der Kurden in den kommenden Jahren vollständig verbessern werde.

Die großen Projekt, wie das „Nationale Brüderlichkeitsprojekt“ und die „zivile Verfassung“, sowie die damit zusammenhängenden Reformpakete bieten den Kurden neue Hoffnungen auf ein würdiges Leben in der Türkei. Andererseits versucht die Erdoganregierung die PKK und ihre ausländischen Stützpunkte in Zusammenarbeit mit den türkischen Nachbarn weiterhin zu bekämpfen, um die wirtschaftlichen Erdöl- und gas-Projekte nicht zu gefährden.

Erdogan und die AKP hat die Politiklandschaft der Türkei paradigmatisch verändert und aus der einst kemalistisch-militärisch dominierten Republik ein Land geschaffen, die die Kurden nicht wie ein Feindbild betrachtet, sondern als Mitbürger der Türkei respektiert und ihnen neue Chancen auf ein gerechtes Leben in der türkischen Republik bietet. So soll in dieser Arbeit der Frage nachgegangen werden, ob es tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik gekommen ist und welche Auswirkungen dieser Wechsel auf die innen- wie außenpolitischen Zusammenhänge nach sich zieht. Wenn es zu einem Paradigmenwechsel in der Kurdenpolitik gekommen ist, dann müsste sich die Situation der Kurden in der Türkei im Vergleich zu der Vor-AKP Ära dramatisch geändert haben. Aus Feindbildern müssten Leitbilder entstanden sein, die die kurdische Kultur anerkennt und demokratische Verhältnisse, insbesondere im östlichen Kurdengebiet Anatoliens, geschaffen hat. Denn ein Paradigmenwechsel bedeutet nicht nur eine simple Reformierung des Politikfeldes. Ein paradigmatischer und somit tiefgreifender Wechsel betrifft nicht nur das Politikfeld um die Kurdenpolitik, sondern hat auch weitreichende Auswirkungen auf die innen- wie auch außenpolitischen Verflechtungen und Strukturen der Türkei. Aus dieser Überlegung heraus ergibt sich die politikwissenschaftliche Relevanz des Begriffs des Paradigmas. Ein tiefgreifender und weitreichender Politikwechsel ist mit einem politischen

Paradigmenwechsel verbunden.

In der bisherigen politikwissenschaftlichen Forschung wurden die Menschenrechtsdefizite in der Türkei bemängelt, insbesondere im Bezug auf Minderheiten und die Kurden, und der türkische Staat wurde als Ursache für die Massaker und Deportationen im Kurdengebiet beschuldigt. Ob diese Thesen haltbar sind und noch immer Gültigkeit haben, und inwiefern bei der Untersuchung der Verursacher und Hauptakteure in der Kurdenpolitik differenziert werden sollte, wird in der vorliegenden Arbeit diskutiert werden. Demnach ist es notwendig, sich die alten Paradigmen anzuschauen, um einen Paradigmenwechsel in der Kurdenpolitik überprüfen zu können.

Dazu wird kurz die Kurdenpolitik des osmanischen Reiches diskutiert werden, wo der moderne Kurdenkonflikt ihren Ausgangspunkt genommen hat. Anschließend wird die Kurdenpolitik, von der Gründung der türkischen Republik bis in die Zeit der aktuellen türkischen Regierung, analysiert und die Paradigmen identifiziert werden. Dazu wird im folgenden Abschnitt erst der Begriff des Paradigmenwechsels diskutiert, um das notwendige Instrumentarium zur Analyse des Politikwechsels parat zu haben. Anschließend soll die Arbeit konzeptionell in zwei große Hauptabschnitte unterteilt werden. Der erste konzeptionelle Abschnitt wird sich mit dem alten, bisherigen Kurdenparadigma beschäftigen. Hier soll gezeigt werden, wie das bisherige Kurdenparadigma ausgesehen hat und welche Akteure mitgewirkt haben und welche politischen Strukturen existierten. Der nächste konzeptionelle Abschnitt wird sich mit der Kurdenpolitik der Erdogan- und AKP-Regierung, und den damit zusammenhängenden innen- und außenpolitischen Verflechtungen, beschäftigen. Da das Kurdenproblem nicht ausschließlich ein Problem des türkischen Staates ist, sondern aufgrund der historischen Entwicklungen im Kurdengebiet (Kurdistan) auch direkt den Iran, den Irak und Syrien angeht, wird in der zweiten Hälfte des konzeptionellen zweiten Abschnittes auf die Beziehungen des türkischen Staates, vor und nach dem Regierungsantritt der AKP, eingegangen werden, um einen Wechsel in der Kurdenpolitik identifizieren zu können. Am Schluss soll versucht werden, die Frage vom Paradigmenwechsel in der Kurdenpolitik und ihren Auswirkungen in der türkischen und ausländischen Politik so weit es geht zu beantworten und neue Perspektiven zu eröffnen.

2. Theorie und Grundbegriffe des Paradigmenwechsels

Im Rahmen der Fragestellung erscheint es erforderlich, den Begriff des Paradigmenwechsels zu definieren. Damit soll die theoretische Grundlage für die weitere Überlegung geschaffen werden. Hierzu ist es sinnvoll den Begriff Paradigmenwechsel in seine orthographischen Bestandteile „Paradigma“ und „Wechsel“ zu zerlegen. Denn mit seinem ersten Bestandteil, Paradigma, soll der in der politischen Theorie und auch in der Wissenschaftstheorie diskutierte Begriff nahegelegt werden. Anschließend wird der Wechsel von einem Paradigma zum nächsten Paradigma theoretisch diskutiert, damit jenes theoretische Gerüst vorhanden ist, um einen etwaigen Wechsel der türkischen Kurdenpolitik, dem Rahmen dieser Masterarbeit entsprechend, analysieren zu können.

2.1 Zum Begriff des Paradigmenwechsels

Bereits in der frühen griechischen Antike verwendete Aristoteles in seiner Lehre der Rhetorik das Wort „paradeigma“, zu deutsch „Beispiel“, als das sogenannte induktive Argument. Seither wird das Wort Paradigma mit Beispiel, Muster, Vorbild u.ä. übersetzt. In der deutschen Sprache wird synonymartig auch das Wort Leitbild verwendet, womit ein Bild, eine Vorstellung, eine Affirmation oder auch ein Leitgedanke gemeint ist, von dessen Vorstellung und Inhalt das Handeln, und in unserem Sinne das -politische- Handeln, geleitet werde (Deutsches Wörterbuch der Synonyme, „Leitbild“).

Der Begriff des Paradigmas wurde in der modernen Wissenschaft erstmals von Georg Christoph Lichtenberg¹ verwendet und wurde als erkenntnistheoretischer Ausdruck benutzt, um wissenschaftliche Denkweisen zu beschreiben (Toulmin 1972: 131f). Lichtenberg verwendet als Beispiel für eine solche erkenntnistheoretische Denkweise das geozentrische Weltbild des Ptolemäus oder das heliozentrische Weltbild von Nikolaus Kopernikus, welches das geozentrische Weltbild nach wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn in den folgenden Jahrhunderten ersetzte (Toulmin ebd).

In der frühesten Geschichte wurde der Begriff des Paradigmas von Thomas Samuel Kuhn (1976) wieder aufgenommen und im wissenschaftstheoretischen Zusammenhang diskutiert. Kuhn definiert den Begriff Paradigma als „das, was den Mitgliedern einer wissenschaftlichen Gemeinschaft gemeinsam ist“, eine „Konstellation von Meinungen, Wertungen und Methoden“ (Kuhn 1976: 34). Bei seiner Erörterung des Begriffs bezog sich Kuhn auf den wissenschaftlichen Fortschrittsgedanken. Seine Fragestellung war, wie sich der wissenschaftliche Fortschritt weiterentwickelte. Seine Thesen beliefen sich darauf, dass wissenschaftlicher Fortschritt durch den

¹Georg Christoph Lichtenberg, geboren am 1. Juli 1742 in Ober-Ramstadt bei Darmstadt; verstorben am 24. Februar 1799 in Göttingen, war ein Naturwissenschaftler und Schriftsteller. Er gilt als der Begründer des deutschsprachigen Aphorismus (Ackenbach 1991).

Kampf vorherrschender Paradigmen entstehen würde. Die wissenschaftliche Entwicklung vollziehe sich dabei nicht rational oder kumulativ anhand von Erkenntnis und Wissen, sondern durch Revolutionen. Ausgangspunkt jeder Revolution sei dabei eine *Krise*, die durch das vorherrschende Paradigma nicht mehr erklärt werden könne. Krisen seien der Ausgangspunkt jeder Veränderung, sei es im epistemologischen Sinne positiv fortschrittlicher Veränderung oder auch im Sinne einer rückschrittlichen Veränderung. Dass die Bewältigung von Krisen durch ein neues Paradigma nicht rational und kumulativ durch Erkenntnisgewinn bewerkstelligt wird, sondern durch Revolutionen, wie es Kuhn u.a. mit dem Weltbilderwechsel vom heliozentrischen zum geozentrischen veranschaulichte, und dass diese oftmals nicht wissenschaftlich begründet sind, sondern Machtkonstellationen ebenso eine Rolle spielen, wird mit den Worten von Beyme deutlich:

„Das siegreiche Paradigma versucht sich jedoch eher kraft wissenschaftspolitischer Machtpositionen als durch bloße intellektuelle Überzeugungskraft als Sieger zu definieren und das unterlegene Paradigma zu eliminieren“ (Beyme 2006: 441).

Der Aspekt der Macht, der beim Kampf der Paradigmen eine wesentliche Rolle spielt und von Beyme ebenfalls betont wird, ist im Falle des Kampfes zwischen dem geozentrischen und heliozentrischen Weltbild besonders deutlich anzusehen. Das berühmte Beispiel, das von Kuhn vorgebracht wird, ist die missliche Situation, in die Galilei geraten war. Galilei wurde, trotz wissenschaftlicher Beweise, von der vorherrschenden Hegemonie der katholischen Kirche wegen seinen vermeintlich ketzerischen Arbeiten exkommuniziert und mit lebenslanglichem Hausarrest und Arbeitsverbot bestraft.

Aus diesen Überlegungen heraus lässt sich ableiten, dass zur Etablierung eines neuen Paradigmas nicht nur die Existenz einer (wissenschaftlichen) Krise notwendig ist, sondern auch notwendige politische Machtstrukturen vorhanden sein sollten, um den erfolgreichen Kampf des neuen Paradigmas zu forcieren. Aus einem ähnlichen Gedankengang heraus argumentieren Hondrich und Matthes (1978: 315f) das ambivalente Verhalten zwischen dem Paradigma und der politikwissenschaftlich-sozialwissenschaftlichen Theorie:

„Das Verhältnis von Paradigma und Theorie bleibt weitgehend ungeklärt. Der Fall, dass eine Theorie das umfassende Phänomen darstellt, innerhalb dessen mehrere Paradigmen verschiedene Bilder für das Explanandum bereitstellen, ist nicht vorgesehen.“ (ebd) Zwar sei eine Krise da, welches die hergebrachte Theorie nicht mehr erklären kann und eine neue Theorie entwickelt wird, der Erfolg dieser neuen Theorie hänge aber nicht nur von seiner Erklärungskraft für die Krise, in resp. das Problem ab, sondern an der Fähigkeit, *Akzeptanz zu finden*. Diese Akzeptanz hängt wohl, auch im Sinne von Kuhn, vom zeitgenössischen Geist und deren Machtstrukturen ab, wie sie am Beispiel von Galilei deutlich wird.

Ein für Politikwissenschaftler nahe liegendes Beispiel über den Kampf von Paradigmen stammt von Klaus Beyme. Machiavelli und Hobbes hätten Aristoteles und den Aristotelismus, wie es in der politischen Theorie genannt wird, nicht im gleichen Maße „überholt“ (im Sinne von eindeutig widerlegt) wie Kopernikus bzw. Galilei das Ptolemäische Weltbild:

„Der Aristotelismus hatte in der politischen Theorie ein zähes Weiterleben, zum Teil durch die Macht [aus den

vorherrschenden Machtstrukturen, U.O.] abgestützt. So zeigten auch die Konflikte der 1960er und 70er Jahre in der deutschen Politikwissenschaft, dass ein Paradigmenwechsel administrativ (Hochschulsystem, U.O.) behindert werden kann.“ (Beyme ebd.: 442).

Das Bündnis der alten Erzfeinde „Normativisten“ und „Neo-Positivist“ hätte unter dem Druck des Neo-Marxismus in den Fakultäten, in der Hochschulpolitik und in der Politiklandschaft linker Parteien und Organisationen ein anscheinend unterlegenes Paradigma am Leben halten können. Auf diese administrative Dimension eines Paradigmas geht auch Schulz (2004: 621) ein, der den Erfolg eines Paradigmas nicht nur in seiner Erklärungskraft wie bei einer Theorie abwägt, sondern auch an den politischen Bedingungen knüpft, den machtpolitischen Prämissen, die zur politischen Umsetzung des Paradigmas erforderlich seien.

Bis hierhin lässt sich zusammenfassen, dass ein Paradigma oder ein Leitbild sich erst nach Erfüllung von drei Grundstrukturen als verheißungsvoll und erfolgsversprechend in der Politik und Wissenschaft etablieren kann; zum Einen muss es zu einer Krise kommen, die spontan auftaucht oder aufgrund neuer Gegebenheiten entstehen kann; zum Anderen müssen entsprechende Machtstrukturen existieren, die das neue Paradigma akzeptieren und am Leben erhalten können; als Letztes müssen die notwendigen administrativ-strukturellen Vorkehrungen getroffen werden, damit das Paradigma auch über einen längeren Zeitraum hinaus nachhaltig fortbestehen kann.

2.2 Paradigmenwechsel in der Politikwissenschaft

Eine zentrale Rolle bei der Analyse eines etwaigen Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik soll das Modell über Paradigmenwechsel von Peter A. Hall spielen, welches offensichtliche und unmissverständliche Gemeinsamkeiten mit den oben diskutierten Zusammenhängen aufweist. Denn in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte Hall ein Konzept entwickelt, mit dem er den wirtschaftspolitischen Übergang zum sogenannten Keynesianismus analysierte (vgl. Hall 1979, 1981, 1989) Dabei ging es Hall in erster Linie nicht darum, die Veränderungen zu bewerten und eventuelle Verbesserungsvorschläge zu machen, sondern vielmehr die Veränderungen zu erklären, und zwar warum es zu Veränderungen gekommen ist und wie sie von statten gegangen sind (Bandelow 2003: 6). Hall konzipierte sein Modell als Fazit eines Sammelbands, der in einer Reihe von Fallstudien zu unterschiedlichen westeuropäischen Ländern und den USA die Bandbreite der jeweiligen Umsetzung keynesianischer Elemente in der Wirtschaftspolitik verdeutlicht (Hall 1989b). In einer zweiten Veröffentlichungsreihe widmete sich Hall in Fallstudien der Abwendung vom Keynesianismus und seiner Ersetzung durch den Monetarismus² zwischen 1970 und 1989 in Großbritannien (Hall 1993). Hier entwickelte Hall sein Konzept vom Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik weiter, erst hin zum Keynesianismus, dann wieder weg davon und ersetzt durch den Monetarismus. Er entwickelte einen

²In anderen Rezeptionen ist die Rede vom sogenannten Thatcherismus, Neoliberalismus oder auch Neoklassizismus.

Erklärungsmechanismus, wie die Einflussfaktoren kategorisiert werden können und wie sie interpretiert werden könnten. Hall beschreibt selbst, dass der inhaltliche Aspekt des Keynesianismus und später die Einflussfaktoren, warum es zu einer Abwendung gekommen ist, es nahe legen, analoge Überlegungen über Paradigmen und ihren Wechsel auch auf die Politik zu übertragen seien (vgl. Hall 1989a: 5).

Demnach umfasse der Begriff des Paradigmas sowohl das theoretische als auch das praktisch-politische Grundverständnis, an dem sich die jeweiligen Einzelmaßnahmen in einem bestimmten Politikfeld über einen längeren Zeitraum orientieren können (Hall 1993, Neumann 2006: 38, Schulz 2004: 621).

„Die wirtschaftspolitische Hinwendung zum Keynesianismus gibt aus zwei Gründen Anlass zur Beschäftigung mit der Frage nach dem Einfluss von Ideen in der Politik. Zum einen postuliert Keynes' Theorie in Bezug auf wirtschaftliche Entscheidungen einen eigenständigen Einfluss von Ideen und unterscheidet sich damit von den vorher – und nachher – dominierenden Vorstellungen einer allein durch rationale Interessen geprägten Volkswirtschaft. Zum anderen wirft die in vielen westlichen Ländern parallele, in anderen Ländern aber ausgebliebene keynesianische Revolution die Frage auf, welche Faktoren zu der Durchsetzung eines neuen Paradigmas führen“ (Bandelow 2003: 7).

Auf Grundlage seiner Fallstudien entwickelt Hall Kategorien, mit denen er politische Veränderungen systematisch einordnet und zur Analyse und Interpretation dieser Veränderungen verwendet. Hall unterscheidet zwischen einer Veränderung der Anordnung von Steuerungsinstrumenten, die er als „first order change“ bezeichnet, der Wahl neuer Steuerungsinstrumente als „second order change“ und der Veränderung von Zielhierarchien mit „third order change“ (Hall 1993: 28ff).

Als first order change bezeichnet Hall eher kleine Veränderungen. Sie werden im politischen Prozess ständig vorgenommen. Er nennt als Beispiel fiskal- und geldpolitische Steuerungsinstrumente, die benutzt werden, um bestimmte makroökonomische Ziele zu erreichen.

Die Neuordnung oder Neuauslegung der Steuerungsinstrumente können auch politische Maßnahmen betreffen, wenn sie beispielsweise dem vorhandenen Haushaltsbudget angepasst werden müssen. Die Art und Weise der Ausgestaltung der Politik kann zwar verändert werden, aber nur innerhalb der Schranken des herrschenden Paradigmas. Über das vorherrschende Paradigma können die Politikmaßnahmen in der first order change per Definition nicht hinaus gehen.

“First order changes in policy take place every year, and often more than once a year, as policymakers adjusted the budget judgment in response to the revealed consequences of past policy and new developments. The broad outlines of the process are well-known. The process was analytical, in the sense that the settings of fiscal and monetary instruments were adjusted to attain a specific set of macroeconomic targets, but also highly routinized, in that the range of options canvassed in any year was generally restricted by the conventions of the reigning paradigm.“(Hall 1993: 281).

Aus der first order change folgt die second order change, wenn neue Steuerungsinstrumente gewählt werden. Diese Art von Veränderungen sind Veränderungen mittlerer Reichweite. Das übergeordnete Leitbild wird zwar nicht in Frage gestellt, aber die konkrete Ausgestaltung von Politik geht über reine Kürzungen oder Erweiterungen hinaus. „That is to say, they [the policymakers, U.O.] alter the instruments of policy without radically altering the hierarchy of goals behind policy.“ (Hall ebd: 282). Als Beispiel nennt Hall die fiskalpolitischen Instrumente, die in den 70ern entwickelt und Anfang der 80er implementiert wurden. Wichtig ist hier deutlich zu

machen, dass die second order change eine unmittelbare Konsequenz der first order change darstellt.

„The process of first and second order change in policy correspond quite well to the image of social learning presented by Hecllo and many other theorists of the state. Changes in policy at time 1 were clearly a response to policy at time 0 and its consequences.“ (ebd.: 282)

Das heißt, aus Veränderungen von politischen Steuerungsinstrumenten in der first order, zur Zeit Null, folgt die Wahl von neuen Steuerungsinstrumenten in der nächsten zeitlichen Einheit bzw. (Wahl-)Periode, wobei beide Neuerungen nur innerhalb der vorherrschenden Schranken des hergebrachten Paradigmas implementiert werden können.

Halls Hauptaugenmerk liegt auf den Veränderungen in der dritten Ordnung, der third order change, welche einen endgültigen Paradigmenwechsel beschreibt. Diese Veränderungen stellen grundlegende, und vor allem langfristige Veränderung dar, die die Veränderungen aus der ersten und zweiten Ordnung auch einschließen. Bei der third order change macht Peter Hall deutlich, dass es zu einer Neuausrichtung des politischen Handelns kommt, diese sich jedoch nicht allein als Folge des Handelns in der Vorperiode, time 0 and 1, erklären lassen können. „Not only were the settings of policy changed but the hierarchy of goals and the set of instruments employed to guide policy paradigms radically as well“ (Hall ebd: 284). In der third order change werden die Grundüberzeugungen verändert. Hier wird nicht nur die Ausgestaltung von Politik verändert, sondern auch die handlungsleitenden Werte und in dieser Folge die Zielhierarchien (Neumann 2006: 41). Nach Hall weisen diese Veränderungen wesentliche Analogien zu grundlegenden Neuorientierungen und somit zu Paradigmenwechseln in den Naturwissenschaften auf und verlaufen in den gleichen Stufen, wie die von Thomas S. Kuhn beschriebenen Paradigmenwechsel in den Naturwissenschaften (Hall 1993: 280-281).

Danach beginnt ein politischer Paradigmenwechsel damit, dass das bestehende Paradigma immer weniger geeignet ist, reale Entwicklungen zu erklären. Anschließend werden alternative politische Programme getestet. In der Folge verlieren führende Vertreter des ursprünglichen Paradigmas an Einfluss. In der nächsten zeitlichen Phase stellen sich alternative neue Paradigmen der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung. In dieser Phase setzt sich ein neues Paradigma auf Grundlage politischer Entscheidungsmechanismen durch, das können Parlamentswahlen sein oder auch programmatische Wahlen in den Parteien. Abschließend erfolgt die Entwicklung von Institutionen zur Festigung und politischen Umsetzung des neuen Paradigmas (Bandelow 2006: 8ff). Der Erfolg eines neuen Paradigmas hängt somit von inhaltlichen, politischen und administrativen Faktoren ab (vgl. Hall 1989b: 370-375). Inhaltlich muss das neue Paradigma geeignet sein, zentrale Probleme zu lösen. In der politischen und politikwissenschaftlichen Debatte werden, wenn man über inhaltliche Probleme und Konflikte spricht, die Krisen angesprochen. Neue Ansätze der Problemlösung von politisch-gesellschaftlichen Konflikten bilden sich demnach erst heraus, wenn die Problemlösungskraft der bisher angewandten, alt hergebrachten Paradigmen versagt (Schulz 2004). Krisen sind also die Voraussetzungen für das Auftauchen neuer Lösungswege (Kuhn 1967: 110), die

sich dann zu einem neuen Paradigma verdichten.

Ausgangspunkt der Veränderungen sind nicht neue wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern politische, ökonomische und gesellschaftliche Krisen. Entsprechend treten Wissenschaftler auch nicht als Akteure im eigentlichen politischen Prozess auf, sondern eher Politiker, Wirtschaftsakteure, Zivilgesellschaften usw.

An dieser Stelle sollte noch eine weitere Ausdifferenzierung zu Halls Modell vorgenommen werden. Denn wirtschaftspolitische Konflikte basieren zwar unter anderem auf unterschiedlichen Problemwahrnehmungen, Lösungsansätzen und Zielen. Die Kriterien zur wissenschaftlich-empirischen Messung wirtschaftspolitischer Erfolge, etwa Arbeitslosenquoten oder Inflationsraten, sind aber zumindest im Grundsatz der ökonomischen Theorie und Datenerhebungsverfahren wenig umstritten. Wirtschaftspolitische Konflikte beziehen sich daher fast ausschließlich auf die beiden Fragen, welchen Zielen Priorität einzuräumen ist und zweitens inwiefern bestimmte Instrumente zur Zielerreichung geeignet sind, die wiederum auf den Datenbestand empirischer Untersuchungen basieren.

„Die Wirtschaftspolitik unterscheidet sich damit wesentlich etwa von sozialregulativen Politikfeldern, bei denen weder die wünschenswerten Ziele konsensual benannt werden können noch übergreifende Kriterien zur Messung der Zielerreichung vorliegen. In solchen Feldern ist davon auszugehen, dass Wissenschaftler und andere gesellschaftliche Akteure nicht nur an der Bewertung möglicher Maßnahmen im Hinblick auf bekannte Kriterien zur Zielerreichung, sondern auch an der Festlegung von Zielen beteiligt sind. Vor allem aber kommt Wissenschaftlern in vielen anderen Feldern zunehmend eine Rolle bei der Entscheidung über die Frage zu, welche Informationen überhaupt relevant für einen bestimmten Kontext sind.“ (Bandelow 2006: 10).

Demnach ist es bei der Untersuchung von Paradigmenwechseln in der Politik erforderlich, den inhaltlichen Aspekt der Veränderung, die erste Ebene des Paradigmenwechsel wohlbegründet aufzunehmen und eine klare Differenzierung vorzunehmen. Die Notwendigkeit einer klaren Verdeutlichung des Problemfalls, des Konflikts und der Krisen, ist nicht immer naheliegend oder für jeden offensichtlich, da Probleme und Krisen in der Politik allzu oft subjektiv und unterschiedlich interpretiert und bewertet werden.

Nachdem sich ein Problemfall in der politischen Auseinandersetzung als politisch-gesellschaftliche Krise „bewährt“ hat, nennt Hall als zweite Bedingung für die Bildung und Etablierung eines Paradigmas die sogenannte „political viability“ (Hall 1989b: 372). Wie bereits oben diskutiert, geht es in der politischen Auseinandersetzung nicht darum, anhand wissenschaftlicher Erkenntnis eine konfliktbeladene Situation als solche zu bewerten. Sie geht aus der politischen Auseinandersetzung damit heraus. Nicht nur für Hall, sondern auch für Colin Hay stellen gerade die Regierungsparteien bzw. jene Parteien, die die meiste Wählerschaft aufweisen und bei den kommenden Parlamentswahlen die Mehrheit darstellen werden, als die Hauptakteure bei der Kristallisierung eines neuen Paradigmas dar. Daher ist die political viability für Hall und Hay, der diesen Begriff explizit nicht benutzt aber implizit dem Gedankengang folgt, direkt und unmittelbar an Parteiinteressen ausgerichtet, und meist an der Regierungspartei, jedenfalls in Ländern, in denen nur eine Partei als besonders dominant zu Tage tritt, wie z.B. in der Türkei. Doch die Ausrichtung der political viability könnte in anderen politischen Systemen ebenso gut von einer oder mehreren

oppositionellen Partei vorgegeben werden, wo die Nicht-Regierungsparteien keine zu vernachlässigende Rolle spielen und diese immer noch Einfluss genug haben, um alte Paradigmen mit neuen zu ersetzen. In Deutschland würde man in Zeiten, in denen keine große Koalition herrscht, an die Volksparteien CDU/CSU und die SPD denken³. In Ländern wie in den USA, wo ein Zwei-Parteien-System vorherrscht, können die Parteien, die nicht den Präsidenten stellen und nicht die Mehrheit im Kongress haben, die *political viability* auslegen bzw. vorgeben. Die Interessen der (Regierungs-) Parteien werden in erster Linie anschaulich durch die Parteiprogramme. Auch die Beschlüsse in den Parteitagen, die sich direkt in die parteipolitische Programmatik einbettet, geben Hinweise auf die parteipolitischen Interessen. Bei den Regierungsparteien ist die Analyse der Programmatik einfacher, da sie mit ihren Gesetzesvorschlägen und ihrem parlamentarischen Vorgehen die Ausrichtung der allgemeinen Staatspolitik direkt vorgeben können, und so die Bewertung der *political viability* um so offensichtlicher wird. Ebenso können dominante Politiker einer Partei, das können die Parteivorsitzenden sein oder auch ein/e SpitzenkandidatIn, die Auslegungen der *political viability* für ein Paradigma, vorgeben. In einem Land müssen aber auch nicht zwangsweise demokratische Parteien die Politik vorgeben, in manchen Ländern können zu bestimmten Zeiten auch andere Akteure die *political viability* auf Regierungsebene auslegen. Dies ist in Ländern der Fall, wo das Militär eine dominante Rolle spielt, insbesondere nach Militärputschen, wie es auch öfters in der Türkei der Fall war.

Als dritte Voraussetzung für den Erfolg eines neuen Paradigmas nennt Peter Hall die „administrative viability“ (ebd.: 374). Hierbei gehe es darum, dass die nicht parteipolitisch geprägten und gebundenen Institutionen des politischen Systems dazu bereit sind und durch ihre Ressourcen auch in der Lage sind, die Umsetzung des neuen Paradigmas zu ermöglichen. Hall nennt in seinen Fallstudien u.a. die Zentralbank, deren Einflussmöglichkeiten und Machtapparat von Hall analysiert wurde. In der Politikwissenschaft wäre die Entsprechung das Paradigma der Polity-Dimension eines politischen Systems, womit die institutionelle, strukturelle und formelle Dimension eines politischen Systems, beispielsweise behördlich-staatliche Institutionen, Verfassungsgrundsätze und Gesetzestexte, beschrieben und erklärt werden. Auch Beyme hatte weiter oben erklärt, dass die administrative Ebene eine nicht zu vernachlässigende Rolle beim „Kampf der Paradigmen“ spiele. Wenn ein Paradigma und mit ihm seine Verfechter den Anspruch erheben, ein Paradigma zu sein, das auch in der weiten Zukunft über Generationen hinaus bestand hat, dann ist es erforderlich, innerhalb des Staatsapparats des politischen Systems eine integrale Position einzunehmen, um weiterhin bestehen zu können, auch wenn die Faktoren, welche das Paradigma zum Erfolg geführt haben, nämlich die Konflikte und die politischen Akteure, keine dominante, bedeutende oder überhaupt existente Rolle mehr in der politischen Landschaft spielen.

³ Spätestens seit den letzten Bundestagswahlen ist der Begriff „Volkspartei“ umstrittener denn je. Selbst Mitglieder und Bundespolitiker der SPD wollen teilweise die SPD nicht mehr als Volkspartei bezeichnen. Zu ähnlichen Erschütterungen ist es in der CDU in verschiedenen Bundesländern und Wahlen der Landesparlamente gekommen, so dass der Begriff Volkspartei kein naheliegender Begriff mehr zu sein scheint.

2.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend soll hier kurz hervorgehoben werden, dass zur Untersuchung eines etwaigen Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik zum einen die first, second und third order changes analysiert werden sollten, um den Grad an Veränderungen in der staatlichen Politik untersuchen zu können. Damit einhergehend sollen die entsprechenden Etappen zur Auflösung und Neuschaffung von Paradigmen überprüft werden, wonach die politisch-gesellschaftlichen Krisen analysiert, die Konsequenzen dieser Krisen, verbunden mit staatlichen Programmen (political viability) untersucht und anschließend die Resultanten dieser Programme, die sich auf die staatlichen Institutionen und Administrationen auswirken, diskutiert werden sollen.

3. Von der *Kurdenfrage* zum *Kurdenproblem*

Um die eingangs gestellte Frage klären zu können, ob es zu einem Paradigmenwechsel in der türkischen Politik in Bezug auf die Kurden gekommen ist, bedarf es der Untersuchung der alten, bisherigen Paradigmen in Bezug auf die in der Türkei lebenden Kurden. Daher wird in diesem Abschnitt ein einführender Überblick über den historischen Kurdenkonflikt gegeben. Es wird gezeigt, dass der historische Kurdenkonflikt ein eigenständiges Paradigma in der türkischen Politik gewesen ist. Ausgehend von den oben diskutierten Viabilitätskriterien von Hall wird der politisch-gesellschaftliche Konflikt, die politische Viabilität und die administrativ-institutionelle Viabilität im Kurdenkonflikt analysiert.

3.1 Der historische Kurdenkonflikt

Die Geschichte der Kurden geht weit in die Zeit des Osmanischen Reiches zurück. In der ausführlichen Monographie, „Die Kurden“, von Siegwart-Horst Günther (2001), werden die Kurden als ein Volk beschrieben, das schon mindestens seit dem 7. Jahrhundert n.Chr., d.h. vor-islamischer Zeit, im Gebiet des vorderen Asiens (manchmal auch Kleinasien genannt) lebten. Dabei konnten die Kurden nie eine gemeinsame, staatliche bzw. nationale Autonomie schaffen, sondern lebten schon immer in Stammestradiation. Eine genaue Einordnung und Sortierung der Stämme ist nie gelungen, da die Zahl der kurdischen Stämme nie genau erfasst werden konnte. Das Gebiet, in dem die Kurden seit ihrer ersten Erfassung im 7. Jahrhundert leben, erstreckt sich über eine Fläche, das in etwa so groß ist wie das heutige Frankreich (ebd.: 12). Jeweils kleine Einheiten dieser Region werden von einem Stammesführer, dem Aga, und seiner Familie, dem Asiret (Familienclan), kontrolliert. Zwar stellt auch Meggle (2009: 29ff.) und Deschner (2003) fest, dass mit der Bezeichnung „Kurde“ eine gemeinsame Entität bezeichnet werden kann, die aus der selben ethnischen Wurzel abstammen, doch Günther verdeutlicht mehrmals, das aufgrund der Verteilung

der Stämme über ein weites Gebiet, das unterschiedlichen religiösen und sprachlichen Einflüssen unterworfen ist, die kurdischen Stämme sich über die Jahrhunderte hinweg voneinander entfremdet hätten und nur noch wenige Überreste der gemeinsamen ethnischen Wurzel übrig geblieben sei. Tatsächlich lässt sich heutzutage feststellen, dass die im heutigen Kurdengebiet lebenden Kurden sehr unterschiedliche Dialekte sprechen. Grob werden sie in drei Dialekte eingeteilt: Kurmandschi, Sorani und Zazaki (McDowall 2004). Diese wiederum werden beeinflusst von den hiesigen Landes- und Regionalsprachen türkisch, persisch, arabisch und armenisch. Es wird davon ausgegangen, dass die meisten Kurden in der heutigen Türkei leben. Den Schätzungen zufolge würde der nächstgrößere Anteil auf den Iran fallen, gefolgt vom Irak, Syrien und Armenien in absteigender Reihenfolge. Exakte Angaben zu diesem Thema können nicht gemacht werden. Denn es gibt keine administrativ-institutionelle Struktur, mit der die Zahl der in der Türkei, im Iran oder sonst in irgendeinem Land auf der Welt lebenden Kurden gemessen werden könnte. Weder in irgendeinem Personaldokument, noch in irgendeiner anderen behördlichen Erhebung kommt der Begriff Kurde vor. Die Autoren, die eine Zahl nennen, gehen von einer Abschätzung der Zahl der Stammesklans aus, diese multipliziert mit einer statistisch gesehen durchschnittlichen Zahl an Familienmitgliedern. Diese Vorgehensweise führt zu sehr abweichenden Angaben. Insbesondere heute ist es kaum mehr möglich die Stammesklans abzuzählen, wie es vielleicht noch am Anfang des 20. Jahrhunderts möglich war, als die Kurden noch überwiegend in Kurdistan lebten. Seit den Deportationen im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden die Kurden über die gesamte Türkei verstreut und leben heute zu einem sehr großen Teil in Istanbul oder an den Küsten der Ägäis oder des Mittelmeeres⁴. Die Abschätzungen zur Zahl der Kurden im einstigen Kurdistan belaufen sich auf 20-35 Millionen, wobei für die Türkei ein Anteil von etwa 10-20 Millionen anfallt, für den Iran 4-10 Millionen, den Irak 3-7 Millionen, Syrien etwa 1 Million und Armenien etwa eine halbe Million Kurden. Die enorme Spannweite zwischen den Zahlenangaben erschwert eine quantitative Untersuchung der Lebensverhältnisse der Kurden.

Die kurdischen Stämme sind nicht nur sprachlich und regional unterschiedlich, sondern auch in religiöser Hinsicht. Es wird angenommen, dass die Mehrheit der Kurden dem sunnitischen Islam zugehörig ist, gefolgt von Yeziden, Aleviten und assyrischen Christen (Lehmann et al 1973: 196). Aufgrund dieser spannbreite an Diversität ist es nicht leicht, eine einheitliche Definition für „den Kurden“ anzugeben und dementsprechend von einem homogenen Volk zu sprechen, wie es in Debatten gerne getan wird. „Die Frage, wer Kurde ist, ist nicht leicht zu beantworten. Gleiches gilt für die Grenzen der kurdischen Gebiete und die Geschichtsschreibung“ (Völkel 2009: 2).

Die Nomenklatur „Kurdistan“ tauchte im 10. Jahrhundert erstmals als Bezeichnung für die von Kurden besiedeltem Gebiet in der armenischen Chronik des Matthias von Edessa auf (Asatrian 2001: 43). Kurdistan wurde später auch die Bezeichnung für die von den Seldschuken administrativ geleiteten Provinz, das unter der Regentschaft des Sultans Ahmad Senjar (Regentschaft 1097-1157

⁴Zum Thema Deportation und erzwungene Migration der Kurden in den Abschnitten 3.3 - 4 mehr.

n.Chr.) eingeführt wurde. Diese Provinz umfasste die heutigen iranischen Gebiete von Hamadan, Kermanschah, Dinwar und Sanandadsch, welche im westlich-südwestlichen Teil des heutigen Irans liegen. Nach dem Ende der Herrschaft der Seldschuken und der Gründung des Osmanischen Reiches ab dem 13. Jahrhundert wurden auch die heute im Osten der Türkei liegenden Gebiete Erzurum, Van, Hakkari, Diyarbakir und die im Nordirak liegenden Gebiete Mosul, Schahraur, Dschazira, Amadiya und Ardalan zu Kurdistan umfasst⁵. Die politischen Grenzen des Verwaltungsgebiets Kurdistan wurden immer wieder verschoben. Die verschiedenen kurdischen Stämme lebten voneinander unabhängig, zum Teil auch zerstritten. Als ein gemeinsames Volk oder gemeinsame Entität haben sich die Kurden selbst nie gesehen und dementsprechend nie organisiert (vgl. Strohmeier 2000). Die kurdische Millet, zu deut. „Volk“ im islamischen Kontext, galt im Kalifenstaat, insbesondere in der Zeit zwischen dem Eroberer Sultan Mehmet im 15. Jahrhundert noch bis zu den ersten „modernen Reformen“, den Tanzimat, gegen Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts, als Teil der muslimischen Umma, d.h. „Volk des Propheten Mohammed“. Erst mit den Tanzimatverträgen, zu deut. Neuordnung, die mit Mahmut II. im Jahr 1839 begannen und den Hintergrund hatten, das im Zerfall begriffene Reich zu reformieren und den Aufständischen Impulse zur Stabilisierung und Zusammenhalt zu geben, wurde zwischen christlichen und alevitischen Kurden differenziert und diese als solche anerkannt. Sie wurden im ersten Reformanlauf aber weiterhin im Kanon der kurdischen Millet zusammengefasst. Erst mit der zweiten Reformwelle in den Jahren zwischen 1856 und 1876 wurde das Millet-System aufgelöst und die Aufteilung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen aufgehoben. Damit wurden Kurden als eigenständige Minderheit anerkannt (ebd.: 39). Die Reformvorhaben endeten 1876 mit der Annahme der Osmanischen Verfassung, die bürgerkriegsähnlichen Zuständen in weiten Teilen des Reiches nahmen jedoch kein Ende. Viele Bürger, darunter Großgrundbesitzer und ausländische Investoren, wie auch die ethnischen Gruppen der Kurden, aber auch Griechen, Armenier, Juden usw. verlangten die Weiterführung der Reformen.

Nach den oben diskutierten Begrifflichkeiten lässt sich aufgrund von politisch-gesellschaftlichen Krisen, die sich in der osmanischen Provinz Kurdistan unter den Kurden auftat, eine Veränderung im Sinne der first order wie auch second order feststellen. Bereits mit den Tanzimaten lässt sich eine Veränderung in der Kurdenpolitik des Osmanischen Reiches feststellen. Galten zwar alle Kurden als ein eigenes Millet, wurden sich dennoch in ihrem Vermögen und Besitz unterschiedlich besteuert. Das war zum Nachteil gegenüber der muslimischen Millet, die mehr Rechte genossen und in der osmanischen Herrschaftshierarchie Aufstiegsmöglichkeiten hatten. Mit der Verfassung von 1876 wurde zwar das Millet-System aufgelöst, die Provinz Kurdistan und ihre „Angehörigen“ galten dennoch als Menschen unterer Schichten (Imrek 2001: 59ff), die mehr Steuern zahlen und ausnahmslos ihren Kriegsdienst absolvieren mussten, ohne die Möglichkeit zu bekommen Offizier zu werden, und in der konstitutionellen Versammlung kein Mitspracherecht hatten.

⁵In einem Brief des osmanischen Sultans Süleyman an den französischen König Franz I. aus dem Jahr 1526 bezeichnete der Sultan Süleyman Kurdistan als Teil seines Herrschaftsbereiches (Hasan 2006: 2).

3.2 Kurden vor Gründung der türkischen Republik

Eine Vorgängerbewegung der Jungtürken war die Bewegung der Jungosmanen. Diese Bewegung der Jungosmanen, die das Ziel hatte, auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene die Reform- und Modernisierungsvorhaben der Tanzimatverträge weiter zu führen und eine rigorose Liberalisierung, nach dem Vorbild Westeuropas, auf allen Ebenen zu forcieren, schlossen sich auch kurdische Sympathisanten und insbesondere kurdischstämmige Intellektuelle an (Behrendt 1993). Die Jungosmanen mussten teilweise ins europäische Exil fliehen und wurden im eigenen Land von der sultanischen Autokratie verfolgt und vehement bestraft (ebd.). Strohmeier geht davon aus, dass sowohl die kurdischstämmigen als auch die türkischen „Jeunes“ (jungen Leute) viele politische Ideen, wie z.B. die Idee der *Nation*, oder auch Begriffe wie *Freiheit*, *Gleichheit*, *Demokratie* und *Zivilisation*, im europäischen Exil erfahren und studiert hätten und diese u.a. über Publikationen in Zeitungen und Zeitschriften nach Anatolien brachten (Strohmeier 2003).

Nach verheerenden Verfolgungsaktionen und schonungslosen Strafprozessen mit der Folge der Todesstrafe ging gegen Ende des 19. Jahrhunderts die jungosmanische Revolutionsbewegung unter. Es dauerte jedoch keine zwei Jahrzehnte, bis sich die Revolutionsbewegung unter dem Namen „Jungtürken“ neu organisierte, diesmal jedoch ohne kurdische Beteiligung. Die wichtigste jungtürkische Partei war die „İttihad ve Terakki“, zu deut. „Komitee für Einheit und Fortschritt“, wo später auch Mustafa Kemal Pasha Mitglied wurde. Martin van Bruinessen zählt zu den Gründen, warum die neue Bewegung sich *Jungtürken* nannte und kurdischstämmige Mitglieder nicht vertreten waren die, dass sich ein Nationalismusbewusstsein unter den Revolutionären verankert habe, das sowohl die türkischstämmigen als auch die kurdischstämmigen Revolutionäre beflügelte (Bruinessen 2003), weswegen eine Trennung zwischen den Türken und Kurden von beiden Seiten gewollt war. Das erworbene Wissen und die gesammelten Erfahrungen aus Europa hätten die türkischen und kurdischen Animositäten aus Zeiten des Osmanischen Reiches wieder aufleben lassen, was sie zu der Einsicht bestärkt hätte, ihre eigenen Nationen zu gründen und nur ihre eigenen Völker als Teile dieser türkischen bzw. kurdischen Nationen zu betrachten.

Ob Animositäten aus Osmanischer Zeit die Trennung der türkischen und kurdischen Revolutionäre hervorgerufen hat, mag bezweifelt werden. Denn letzten Endes hatten die Revolutionäre zu Beginn ihrer Bewegung gemeinsame Ziele verfolgt, nämlich die Forcierung der Modernisierungs- und Liberalisierungsreformen. Nach den schlechten Erfahrungen aus der Jungosmanenbewegung und den neuen Erfahrungen aus dem europäischen Exil wäre der Gedanke durchaus annehmbar, dass eigenständige und separierte Umbruchsbewegungen die beiden Parteien zu neuen Strategien gezwungen haben mögen. Anzumerken ist jedoch, dass bei der Gründung der Jungtürken kaum noch große Politiker oder wichtige Entscheidungsträger Mitglieder der Jungtürken waren (Dabag 1998). Teilweise waren es von den Steuerreformen enttäuschte mittelständige Bürger und liberale Intellektuelle. Erst mit dem Hinzukommen des Großwesirs Talaat Pascha schloss sich ein Mann mit

großen Einflussmöglichkeiten und Ressourcen der Jungtürkenbewegung an. Mit der jungtürkischen Revolution und Putsch im Jahre 1908 kam dann eine Kehrtwende in der Entwicklung der Jungtürken. Die Revolution brachte zwar nicht den totalen Umsturz des Sultans, die Jungtürken konnten sich aber in den Staatsapparat einbringen und übernahmen Überwachungsfunktionen und nahmen wichtige Positionen als hohe Beamte ein, um ihre Reformvorstellungen voranbringen zu können. Nach der Revolution schlossen sich auch radikale Intellektuelle wie Ziya Gökalp und hohe Offiziere wie Mustafa Kemal der Jungtürkenbewegung als Mitglieder der Ittihat ve Tarakkiye Partei an. Die aus dem einstigen Exil geknüpften Kontakte hielten über die Jahre an und auch deutsche Demokraten wie Friedrich Naumann, der sich neue Expansionsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft durch ein deutsch-türkisches Bündnis erhoffte, und Theodor Heuss, der vor und während des Ersten Weltkrieges als Mitarbeiter des von Ernst Jäckh geleiteten Deutschen Werkbundes in Istanbul tätig war, bekundeten ihre Sympathie und Zusammenarbeit mit den Jungtürken (Heuss: Briefe 1933-45).

In der Zeit, als die Jungtürken sich neu organisierten und ihre Partei gründeten, organisierten sich auch die Kurden und die kurdischen Stämme neu. Bereits zum Krim-Krieg zwischen dem Russischen Zarenreich und dem Osmanischen Reich begannen die ersten, neuzeitlichen Aufstände der Kurden im Gebiet des heutigen Hakkari, im Osten der Türkei. Die darauf folgende Revolte des Scheikh Ubeidullah Schamdinan von Nehri und Belagerung von Urmiyeh im iranischen Kurdistan wird von Moradi als der erste kurdisch-*nationalistische* Aufstand angesehen und bezeichnet (Moradi 1992). Die türkisch-nationalistische Jungtürkenbewegung entstand demnach fast genau parallel zur selben Zeit wie die kurdisch-nationalistischen Bewegungen. Einer der möglichen Nachweise dafür, dass es sich bei den kurdischen Aufständen in den 80ern des 19. Jahrhunderts um nationalistische Bewegungen handelte, ist die Ballung und Zusammenarbeit verschiedener kurdischer Stämme zur Befreiung Kurdistans aus den autokratischen, ungerechten Zwängen des Sultanregimes, wie es der Versuch des Schakir Pascha zur Gründung der irregulären kurdischen „Hamidia-Truppen“ nahe legt (ebd.). Auch die Gründung des ersten kurdischen Nationalkomitees im Jahre 1897 und mit ihr die Zeitung „Kurdistan“ waren Zeichen eines aufkommenden kurdischen Nationalismusbewusstseins. Der Orientalist Moradi dazu: „Diese Zeitung [und mit ihr das Nationalkomitee, U.O.] versuchte, die Idee der kurdischen, nationalen Befreiung zu verbreiten“ (Moradi 1992: 59).

Die Jungtürken hatten zwar mit ihrer Revolution im Jahr 1908 eine neue Verfassung proklamiert, die für alle Nationalitäten des osmanischen Reichs Gleichheit verkündete. Aber ab 1909 praktizieren die Jungtürken eine repressive Politik, wie Sondersteuern oder Eigentumsbeschränkungen und später auch rigorose Deportationen mit unzähligen Toten, in Bezug auf die nichttürkischen Völker wie die Kurden aber auch gegen die Albaner und vor allem Armenier (Hanioglu 2001). Die „Milli-Kurden“, zu deut. „Nationalen Kurden“, sprachen ihre Empörung unter Ibrahim Pascha aus und gründeten mehrere kurdische Komitees und Zeitungen, die kurze Zeit später zerschlagen und verboten wurden. Ab diesem Zeitpunkt, die Zeit kurz vor dem

Ersten Weltkrieg, begannen die großräumig organisierten kurdischen Stämme und Milizen ihren Aufstand, ebenso wie die anderen Bevölkerungsgruppen, wie u.a. die armenischen Gruppen. Der endgültige Zusammenbruch des Osmanischen Reiches sollte seinen Lauf nehmen.

Die politisch-gesellschaftliche Krise gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte damit eine neue Qualität gewonnen. Die Kurden hatten sich gemeinschaftlich organisiert und ihr gemeinsames Ziel ausgesprochen: Vollkommene Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und Gründung einer eigenen, souveränen Nation.

3.3 Kurden und die Gründung der türkischen Republik

Die Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Gründung der Türkischen Republik stellt auch für die kurdische Bevölkerung eine Zeit des Umbruchs dar. Nach Moradi (1992) waren sich die kurdischen Stammesführer im Klaren, dass diese Zeit die beste Gelegenheit zur Gründung einer kurdischen Nation wäre. Denn das Osmanische Reich wurde besiegt und die Besatzungszonen wurden unter den Alliierten aufgeteilt. Die kurdischen Stämme hatten in jener Zeit ebenfalls sehr viele Aufstände und Schlachten in ihrer eigenen Region geführt, so dass sie von den alliierten Mächten als Eigner dieses Gebietes akzeptiert und anerkannt wurden. Der damit wichtigste Vertrag zu der Zeit, der die Reglements zwischen den Alliierten und ihren Besatzungszonen mit den noch verbliebenen Staatsbeamten des Reichs und den Kurden festhielt⁶, war der Vertrag von Sèvres. Ohne auf die weiteren Details des Vertrages einzugehen, soll hier erwähnt werden, dass mit Zustimmung des bereits kapitulierten türkischen Militärs und mit dem einheitlichem Einverständnis zwischen den Alliierten, den Kurden ein einheitlicher, autonomer und souveräner Staat zugesagt wurde und auch so im Vertrag festgehalten und unterschrieben wurde. Im Artikel 62 der „Kurdistan-Section“ des Vertrages heißt es:

“A Commission sitting at Constantinople and composed of three members appointed by the British, French and Italian Governments respectively shall draft within six months from the coming into force of the present Treaty a scheme of local autonomy for the predominantly Kurdish areas lying east of the Euphrates, south of the southern boundary of Armenia as it may be hereafter determined, and north of the frontier of Turkey with Syria and Mesopotamia, as defined in Article 27, II (2) and (3). If unanimity cannot be secured on any question, it will be referred by the members of the Commission to their respective Governments. The scheme shall contain full safeguards for the protection of the Assyro-Chaldeans and other racial or religious minorities within these areas, and with this object a Commission composed of British, French, Italian, Persian and Kurdish representatives shall visit the spot to examine and decide what rectifications, if any, should be made in the Turkish frontier where, under the provisions of the present Treaty, that frontier coincides with that of Persia.”

Und in Artikel 64 heißt es weiter:

„If within one year from the coming into force of the present Treaty the Kurdish peoples within the areas defined in Article 62 shall address themselves to the Council of the League of Nations in such a manner as to show that a majority of the population of these areas desires independence from Turkey, and if the Council then considers that these peoples are capable of such independence and recommends that it should be granted to them, Turkey hereby agrees to execute

⁶Der letzte Sultan des Reichs, Vahdettin Pascha, und der Großteil des Hofes waren bereits aus Istanbul geflohen. Übrig blieben nur noch wenige hohe Offiziere des Militärs und Staatsbeamte, mit denen der Vertrag von Sèvres geschlossen wurde. (vgl. Jorga 1990).

such a recommendation, and to renounce all rights and title over these areas.” (Vertrag von Sèvres, Artikel 62 und 64).

Wenn demnach in Artikel 62 die Grenzziehung für das Kurdistan geklärt wird, sagt Artikel 64 der kurdischen Bevölkerung zu, dass sie ihre Souveränität binnen eines Jahres nach Absprache mit dem Völkerbund erhalten würde.

Mit dem Vertrag von Sèvres ging für die Kurden ein seit spätestens der jungosmanischen Zeit gehegter Traum in Erfüllung, eine eigene Nation. Der Nationenbegriff hatte die Kurden, wie bereits erwähnt, seit ihrer Korrespondenz mit Europa und ihren Intellektuellen und Revolutionären beflügelt. Mit dem Begriff der Nation hatten sich die Kurden und die verschiedenen kurdischen Stämme darauf geeinigt, keine bloße Verwaltung mehr zu haben, sondern die eigene Unabhängigkeit von jedweder Obrigkeit und Fremdbestimmung.

Kurdistan als Provinzialverwaltung des Osmanischen Reiches existierte demnach nicht mehr. Die Provinz wurde in mehrere Sektoren aufgeteilt. Einerseits wurde mit dem Vertrag von Sèvres etwa 25% der einstigen Provinzialverwaltung Kurdistan an den neu zu gründenden Staat Kurdistan zugeteilt. Die südwestlichen Gebiete Kurdistans wurden dem französischen Völkerbundmandat für Syrien und Libanon zugeschlagen. Großbritannien wurde Mandatsmacht in Mesopotamien, das die südöstlichen kurdischen Landesteile auf dem Gebiet des heutigen Irak zugefügt erhielt. Ostkurdistan lag innerhalb des persischen Territoriums. Auch hier entbrannten etliche Aufstände, dem dortigen Kurdenführer Ismail Aga gelang es in der Zeit zwischen 1918 und 1922 eine Belagerung durch die iranischen Truppen entgegen zu wirken, die bedingt durch den Ersten Weltkrieg stark geschwächt waren. Doch ab Herbst 1922 gelang es den iranischen Militärs die Gegend um Oshnaviyeh zu stürmen und Ismail Aga, der heute noch neben Abdullah Öcalan als einer der größten Kurden in der kurdischen Bevölkerung gilt, getötet und die kurdischen Milizen zerschlagen.

Von ähnlichen Gefühlen und Gedanken über die Nationgründung waren nicht nur die Kurden beflügelt. Auch die Jungtürken wollten eine eigene, türkische Nation gründen und konnten den Vertrag von Sèvres, wo das Land unter den Besatzungsmächten und den Kurden aufgeteilt wurde, nicht akzeptieren. Als Mustafa Kemal Pascha gegen diesen Vertrag bei den hohen Offizieren und Beamten protestierte, wurde er aus dem militärischen Dienst suspendiert und galt fortan als Zivilist. Mit den fremden Besatzern und dem Vertrag von Sèvres machte sich in Anatolien unter der türkischen Bevölkerung Unruhe breit, mit der Suspendierung des Jungtürken Mustafa Kemal ging unter den jungtürkischen Offizieren die Empörung los, so dass sie eine Widerstandsbewegung gegen die Besatzer organisierten. Mustafa Kemal erklärte den Besatzern mit seinem Einmarsch im besetzten Samsun, an der Schwarzmeerküste im Norden, am 19. Mai 1919, heute ein Feiertag in der Türkei, den Krieg. Ab diesem Zeitpunkt entbrannte in Anatolien erneut der Krieg. Während des türkischen „Befreiungskrieges“ unter der Führung Mustafa Kemals, wurden die kurdischen Stammesführer mit den Protokollen von Amasya, die am 22. September 1919 unterschrieben wurden, dazu überredet, sich am Befreiungskrieg zu beteiligen. Ihnen wurde von Mustafa Kemal Pascha versprochen und dokumentarisch im Protokoll festgehalten, dass sie ihre Unabhängigkeit

und die ihnen zustehenden Ländereien bekommen würden, wenn die Kurden den türkischen Befreiungskämpfern beim Kampf gegen die Alliierten helfen würden⁷. Einige der kurdischen Stämme, die mit dem 25% Anteil des kurdischen Staates von dem einstigen Kurdistan nicht zufrieden waren bzw. Ländereien an das britische und französische Mandat abgeben mussten, stimmten zu, unterschrieben das Protokoll und kämpften an der Seite Atatürks gegen die Alliierten. Zwischen 1919 und 1923, bis zur Proklamation der Türkischen Republik, fanden die großen Schlachten gegen die „Triple Entente“ Großbritannien, Frankreich und Russland, so wie gegen die Griechen im Westen der Türkei an der Ägäis Küste und gegen die Armenier im Nordosten der Türkei statt.

Der Verlauf des Befreiungskriegs und die Zeit danach hat jedoch gezeigt, dass es nicht so gekommen ist, wie es in den Protokollen von Amasya festgehalten wurde, das Mustafa Kemal sein Versprechen nicht gehalten hat und das Protokoll für nichtig erklärt wurde. Kaum hatte sich eine Art third order change im Sinne Halls herausgebildet, in dem neue Ziele für die Kurdenpolitik propagiert wurden, schon war es binnen vier Jahren zu einer Kehrtwende gekommen. So kam es auch zu den kurdischen Aufständen sofort nach der Proklamation der türkischen Republik. Denn als der Befreiungskrieg gegen die Triple Entente und die Kriege gegen die Griechen und Armenier sich zu Gunsten der Türken entwickelte und die türkischen Truppen immer mehr Land gewannen, kam es, dass der Friedensvertrag von Lausanne zwischen den Türken und den Alliierten unterschrieben wurde. Der Vertrag von Lausanne, der am 24. Juli 1923 im Schweizer Kanton ausgehandelt und vereinbart wurde, war eine Revidierung des Vertrags von Sèvres. Reparationsleistungen und Wiedergutmachungsmaßnahmen wurden seitens der Alliierten zurückgenommen, die Grenzen der Türkischen Republik festgehalten und die Annexion Zyperns durch die Briten von den Türken akzeptiert. Der Vertrag regelte in dem Abschnitt über den Schutz der Minderheiten (Art. 37-45) die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei sowie der muslimischen Minderheiten in Griechenland und war somit ein auf die Religionszugehörigkeit, aber nicht auf die Ethnien bezogener Vertrag. Damit bezog sich der Abschnitt über den Schutz der Minderheiten de facto über die griechische Bevölkerung im Westen der Türkei, bzw. über die türkischen Minderheiten in Griechenland und Zypern, die Kurden wurden vollkommen vernachlässigt.

„The rights conferred by the provisions of the present Section on the non-Moslem minorities of Turkey will be similarly conferred by Greece on the Moslem minority in her territory.“ (Vertrag von Lausanne, Art. 45) De facto spielten die nicht-griechischen Minderheiten in der Türkei keine Rolle und wurden im Vertrag von Lausanne nicht erfasst und die griechische Minderheit, die damals in der Westtürkei um Smyrna, heute Izmir, herum lebte, stellte keine Minderheit dar, sondern die Mehrheit der Bevölkerung. (Akcem 2004, und Zusatzbestimmung des Vertrags von Lausanne „Convention concerning the exchange of Greek and Turkish populations“).

Die Vereinbarungen des Vertrags von Sevres, wo noch den kurdischen Stammesführern ein eigener,

⁷Auf der offiziellen Homepage der Regionalregierung der Provinz Amasya, aus dem historischen Stadtarchiv. URL: <http://www.amasya.gov.tr/http/index.asp?PageNo=113&milli=6>, Stand 28.09.2010.

souveräner Nationalstaat Kurdistan zugesprochen wurde, wurden mit dem Friedensvertrag von Lausanne aufgehoben. Im Friedensvertrag wurden die Kurden, die kurdische Bevölkerung oder Kurdistan nicht mehr erwähnt. Ein weiterer, möglicher Wechsel in der historischen Kurdenpolitik hin zur eigenen, selbstbestimmten Autonomie, Freiheit und Recht wurde obsolet. Der „Verrat“ von Amasya und Lausanne, wie es heute von kurdischen Politikern bezeichnet wird, ist nach Ansicht der meisten Kurdologen der Moment, wo der Kurdenkonflikt in der modernen Türkei ihren Ausgangspunkt nahm. Aus der *Kurdenfrage* (Vor und während des Vertrages von Sevres) wurde ein *Kurdenproblem* (Mit der Gründung der türk.Republik, dem Ignorieren der Protokolle von Amasya und dem Vertrag von Lausanne), das bis in die Gegenwart anhalten sollte.

3.4 Kurden in der türkische Republik bis zum Tode Atatürks

Der erste große Aufstand nach der Gründung der türkischen Republik war der sogenannte Scheich-Said-Aufstand in den Jahren 1924-25. Dies war ein Aufstand sunnitischer Kurden unter der Führung Scheich Saids aus dem türkischen Kurdengebiet. Der Hintergrund war, dass zum einen Atatürk das Kalifat aufgehoben hatte. Damit wurde eine Institution abgeschafft, die ganz wesentlich für die „türkisch-kurdisch-muslimische Bruderschaft“ war (Bruneissen 1984: 20). Es wird davon ausgegangen, dass die meisten Kurden dem sunnitischen Islam nahe standen, vgl. Abschnitt 3.5, und somit seit ihrer Islamisierung im 13.Jahrhundert dem über mehr als 1300 jährigem Kalifat Gehorsam und Gefolgschaft leisteten (Lehmann et al, ebd.)⁸. Kurze Zeit später wurde auch die kurdische Sprache in der Türkei verboten, so dass nicht nur im öffentlichem Raum kein kurdisch mehr gesprochen werden durfte, sondern auch innerhalb des privaten Raumes, wie innerhalb der eigenen Familie, kein kurdisch mehr gesprochen werden durfte, sowie das kurdische Alphabet nicht benutzt werden durfte⁹. Die türkische Assimilierungspolitik gegenüber Minderheiten erreichte 1928 mit der Kampagne „Bürger spricht Türkisch“ ihren Höhepunkt. Minderheiten wurden nicht nur verunsichert, sondern offen bedroht. Wer nicht türkisch sprach, würde aus der Türkei ausgewiesen, wurde den Kurden und anderen Minderheiten erklärt.

Türkisch wurde gesetzlich als Muttersprache aller türkischen Staatsbürger festgelegt. Der Strafraumen bei Verstößen gegen dieses Gesetz betrug laut § 4 sechs Monate bis zwei Jahre Haft. Aus den Schulbüchern, Lexika und Landkarten wurden die Definitionen und Erläuterungen über Kurden und ihre Siedlungsgebiete verbannt.

Ein weiterer Bestandteil, der die Integrität der kurdischen Bevölkerung in der Türkei in Frage

⁸Das Kalifat oder der Kalif, arab. „Stellvertreter Gottes“, galt seit dem Tode des Propheten Mohammed als die höchste Institution des sunnitischen Islams. Zuletzt waren die osmanischen Sultane gleichzeitig Kalifen. Atatürk schaffte das Kalifat mit dem Erlass vom 3. März 1924 ab. Seit dem existiert keine hohe klerikalische Autorität mehr im sunnitischen Islam, wie man es so ähnlich bei den Schiiten und Ayatollahs kennt.

⁹§ 222 Abs. 1 Türkisches Strafgesetzbuch ,dass eine Haftstrafe von 2 bis 6 Monaten vorsieht, sowie das Gesetzes Nr. 1353 vom 01.11.1928, das die Verwendung von Buchstaben, welche der türkischen Sprache fremd sind, verbietet.

stellte, war der Artikel 3 der Verfassung und ihre Begründung in den zugehörigen Absätzen:

„Die Staatsgewalt steht ohne Einschränkung und Bedingung der [türkischen, U.O.] Nation zu.[...] Unser Staat ist ein nationaler Staat. Er ist kein Vielvölkerstaat. Er kennt außer Türken keine anderen Völker. Anderen innerhalb unseres Landes lebenden Völkern ihren nationalen und kulturellen Besonderheiten gemäß Rechte zuzugestehen oder davon zu reden, ist unzulässig.“ (Türkische Verfassung 1923, Art.3)

Mit diesen Gesetzesartikeln begründeten die Aufständischen ihre Revolten. Der Scheich Said Aufstand begann zuerst mit einer großen Propaganda, in resp.Aufklärungsaktion, um die kurdische Bevölkerung zu überzeugen, dass mit diesen Verordnungen und Gesetzen ihre Rechte und Freiheiten beschnitten werden. Zusammen mit der Azadigruppe, einer kurdischen Eliteeinheit im damaligen osmanischen Heer, begann Said die Massen zu mobilisieren und die Kurden für sein Vorhaben zu gewinnen.

Da die türkische Regierung die lokale kurdische Bevölkerung in der Mosul-Frage hinter sich wissen wollte, die türkisch-irakische Grenzfrage war noch nicht gänzlich geklärt und Atatürk wollte Mosul zusammen mit Kirkuk in das türkische Gebiet nehmen, war sie bereit, ihnen einige ihrer Forderungen, die einer Autonomie nahe kamen, zu erfüllen. Am 1. August 1924 wurde in Diyarbakır zwecks Bestimmung des Ausmaßes der Rechte der Kurden eine Konferenz abgehalten. Dort wurde ihnen eine Generalamnestie, Sonderzahlungen aus dem Budget, fünfjährige Steuerfreiheit sowie die Wiedereinführung der Scharia-Gerichte, die mit der Abschaffung des Kalifat ebenfalls abgeschafft wurden, zugesagt. Die Vertreter der kurdischen Bevölkerung willigten ein und versprachen im Gegenzug die Türkei in der Mosul-Frage zu unterstützen. Bevor das Abkommen in der Großen Nationalversammlung der Türkei ratifiziert werden konnte, brach der Aufstand bereits aus. Somit spielte der Aufstand in die Hände der Briten, die noch über das Mandat in Mosul verfügten, da die Türkei einerseits ihre militärische Kapazität für die Beendigung des Aufstandes einsetzen musste und somit eine mögliche Intervention in den Nordirak unmöglich wurde.

Als der Aufstand bereits bürgerkriegsähnliche Zustände annahm und im gesamten kurdischen Gebiet im Osten der Türkei Schlachten zwischen den kurdischen Milizen und der türkischen Armee ausgetragen wurden, erließ Atatürk, ohne das Parlament vorher einzuberufen, das Gesetz Nr. 578 „Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“. Strohmeier führt aus: „[...] ,das der Regierung für zwei Jahre außerordentliche Vollmachten sichern sollte, in Wirklichkeit aber weit darüber hinaus eine bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges andauernde autoritäre Phase einleitete.“ (Strohmeier 2000: 98ff.). Mit diesem Gesetz, welches als eine second order change bewertet werden kann, da sie neue Instrumente einsetzt, um die Zielpolitik, nämlich Bekämpfung und Lösung des Kurdenproblems, durchzusetzen, weist die Kurdenpolitik eine neue, qualitative Dimension auf. Mit dem Gesetz Nr. 578 wurden verschiedene institutionell-administrative Maßnahmen getroffen, wie u.a. sogenannte Unabhängigkeitsgerichte aufgestellt, die tausende von Aufständigen in öffentlichen Prozessen im Tagestakt zu Tode verurteilten, darunter auch Scheich Said. Tausende weniger einflussreiche Kurden wurden ohne Gerichtsverfahren hingerichtet.

„Nach dem Ende des Aufstandes machte man sich an die Ausschaltung der -so die Sehweise der Regierung- „religiös-reaktionären Basis“, d.h. der Macht der Scheichs und kurdischen Stammesführer. Die kurdischen Stämme bzw. ganze

Dörfer wurden in den Westen des Landes deportiert, ihre Herden und ihr gesamtes Eigentum beschlagnahmt. Solche Maßnahmen veranlassten nicht nur geschlagene Rebellen, sondern vor allem auch Stammesgruppen, die mit dem Aufstand nichts zu tun hatten, in den (Nord)Irak zu fliehen.“ (Strohmeier ebd.).

Aus den Verhandlungsprotokollen geht hervor, dass Scheich Said vor allem aus religiösen Motiven handelte. Er begründete den Aufstand mit der Pflicht der Muslime sich, bei Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Scharia durch die Machthaber gegen diese zu erheben. „Dieser Schauprozess war der Auftakt zu einer Reihe von radikalen Maßnahmen, welche die angestrebte Säkularisierung und Verwestlichung vorantreiben sollten.“(Strohmeier ebd: 98) Im darauffolgenden Herbst wurde das Tragen des Fez (traditionelle Kopfbedeckung der Männer) verboten. Demonstrationen, die sich dagegen stellten, fanden überwiegend in Ost-Anatolien statt, (vermeintliche) Rädelsführer wurden von den Unabhängigkeitsgerichten zum Tode verurteilt.

Kurdische Nationalisten, die nach Gründung der Republik ins Exil geflohen waren, gründeten im Jahr 1927 in Libanon zusammen mit armenischen Nationalisten die Choibun, die Unabhängigkeitsbewegung. Mit dieser Allianz gewann die gesellschaftliche Kurdenkrise wieder an neuer Qualität. Diese Organisation umfasste alle kurdischen Gruppierungen, Parteien und Organisationen, die nach dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden. Choibun beschränkte sich nicht nur auf die Türkei, sondern umfasste auch die Kurden in den britischen und französischen Mandatsgebieten, sowie den Iran. Choibun arbeitete mit der armenischen Nationalistenorganisation Dasnaksution (Unionisten) zusammen, mit deren Hilfe sie die Kurdenfrage vor den Völkerbund zu bringen hofften. Laut Winrow und Kirisci (1997: 105) unterstützen die Armenier ihrerseits die Kurden, um so die internationale Aufmerksamkeit auf den Kampf beider Völker gegen die türkische Unterdrückung zu lenken. Nach Winrow war Choibun der erste Versuch intellektueller, militärischer, religiöser und tribaler Führer, ihren Widerstand zu koordinieren. Gemeinhin wird angenommen, dass Choibun die großen Ararat-Aufstände organisiert habe. In Ararat, das in der Nähe zwischen den Grenzen des Irans und Armeniens liegt, fanden in den Jahren zwischen 1927 und 1930 mehrere Aufstände statt. Ziel war es, so die Proklamation der Choibun in den eigens publizierten Blättern, die Republik Kurdistan zu gründen. Es kam zu mehreren Schlachten zwischen der kurdisch-armenischen Allianz gegen die türkischen Armee. In den ersten beiden Aufständen ging die Allianz als Sieger hervor, weil, so Kirisci, die Aufständischen hinter der Grenze des Irans Zufluchtsorte fanden. Nach einem Beschluss der türkischen Regierung am 28. Dezember 1929 und einer Vereinbarung mit der iranischen Regierung wurden die Grenzen zwischen der Türkei und dem Iran geschlossen. Die Allianz hatte keine Zufluchtswege mehr und wurde vom türkischen Militär vollständig zerschlagen. Nach dieser letzten, verlorenen Schlacht verlor Choibun an Bedeutung und löste sich kurze Zeit später wieder auf.

Die Assimilationspolitik ging in den folgenden Jahren von den Vorfällen unbeeindruckt weiter. Im Kabinett des Ministerpräsidenten İnönü war sogar von einer „Nichtintegrierbarkeit der Kurden“ die Rede (Strohmeier 2003: 101) und führten die Unabhängigkeitsgerichte mit aller Härte fort. Die während des Scheich-Said Aufstandes begonnenen rigorosen Deportationen der Kurden aus ihren Dörfern und Siedlungsgebieten wurden nach den Ararat-Aufständen verstärkt fortgeführt.

1934 trat dann das Gesetz „Personen ohne Verbundenheit mit der türkischen Kultur“ in Kraft, welches in erster Linie auf Kurden und in zweiter Linie auf die Armenier abzielte. Strohmeier konstatiert:

„Teile der Bevölkerung sollten umgesiedelt und zerstreut werden; das zahlenmäßige Verhältnis von Türken und Nicht-Türken [-d.h. türkische Staatsbürgern, die sie ja alle waren, die kein türkisch sprachen, U.O.] sollte so gestaltet werden, dass die Türken überall die Bevölkerungsmehrheit bildeten. Stammesführer und Scheichs sollten von ihren Gefolgschaften getrennt, die Funktionen von Scheichs [als Ordens/Sektenführer, U.O.] und Agas überhaupt abgeschafft werden, in der Realität war man auf sie angewiesen, so daß der von der Regierung angekündigte Kampf gegen feudale Großgrundbesitzer nie stattfand. Wenn auch die Ausführung dieses Gesetzes weit hinter seinen Absichten zurückblieb, so zeigte es doch den repressiven Charakter der Politik gegenüber den Kurden. Der Ausbau des Schulwesens verfolgte primär das Ziel, Kurden die türkische Sprache und Kultur ‚einzupflanzen‘; ernsthafte Ansätze zu einer wirtschaftlichen Entwicklung Ost-Anatoliens gab es nicht.“ (Strohmeier ebd: 101).

Die Konsequenzen dieses Gesetzes waren verheerend. Massendepортationen und -tötungen wurden vom Militär im ganzen Land, insbesondere im Osten, organisiert. Ein weiteres, und diesmal letztes Mal in der Lebenszeit von Atatürk sollten sich die Kurden für den Widerstand organisieren. Die letzte, große Schlacht der Kurden in der Ära Atatürk fand in Tunceli, damals Dersim, statt. Diese Schlacht sollte in die Geschichte als das größte Massaker und Völkermorden in der Geschichte der Kurden eingehen¹⁰. Denn im selben Jahr, wie das zuvor erwähnte Gesetz, trat am 21. Juni 1934 das sogenannte Besiedlungsgesetz Nr. 2510 (İskan Kanunu) in Kraft (Amtsblatt der Türkei, Nr 2510). Ziel des Gesetzes war, wie beim oben erwähnten Gesetz auch, die Türkisierung der Bevölkerung. Das erste Gebiet, in dem dieses Gesetz zur Geltung kommen sollte, war Dersim (Bruinessen 1994: 141-170). Die Türkei wurde in diesem Gesetz unter Artikel 2 in drei Regionen unterteilt:

1.) Regionen, in denen Menschen türkischer Kultur angesiedelt werden sollen, 2) Regionen, die für den Transport und die Ansiedlung jener Bevölkerung vorgesehen sind, die der türkischen Kultur angeglichen werden sollen; 3) Regionen, die unter anderem aus Gründen der Kultur, Politik, des Militärs und der Ordnung entvölkert werden sollen und in denen Ansiedlung und Wohnen verboten werden. Laut Artikel 10 sollten alle Institutionen der tribalen und religiösen Führung abgeschafft werden und ihr Grundbesitz sollte konfisziert werden. Alle nicht-türkischen „Nomadenstämme“, wie es im Text heißt, sollten in „Dörfer türkischer Kultur angesiedelt werden“ (Artikel 9). „Diejenigen, die nicht der türkischen Kultur angehören“ oder ihr zwar angehören, „jedoch eine andere Sprache sprechen“, konnten umgesiedelt oder ausgebürgert werden (Art.11 B). Die Region Dersim wurde zu einer Region der dritten Kategorie erklärt und war somit für eine Entvölkering vorgesehen (vgl. Lundgren 2004: 44).

Im Gebiet um Dersim lebten überwiegend Kurden alevitischen Glaubens, womit man aus den vorangehenden Stellen in den entsprechenden Artikeln und Gesetzesauszügen keine religiös-reaktionären Politiken der Regierung gegen die Widerständler konstatieren kann. Vielmehr erweist sich dieser politischer Akt als eine first und second order change, die die gesellschaftliche Krise des Kurdenkonflikts in eine Weise versucht hat zu bekämpfen, die mit Atatürks und der Regierung

¹⁰Wissenschaftler und Forscher sind sich nicht gänzlich einig darüber, ob das Dersim-Massaker oder die Massaker in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhundert mehr Tote, Opfer und Zerstörung gebracht haben, vgl. Hans Krech 1999, Andreas Berger 1999.

Inönüs Rassenpolitik zur endgültigen „Lösung des Kurdenproblems“ führen sollte, welche als third order change bereits mit der Gründung der Regierung festgelegt wurde. Das Paradigma des Kurdenproblems erhielt mit dem Tunceli/Dersim-Aufstand keine neue Zielhierarchie, sondern eine neue Qualität der Gewalt. Anfang 1936 wurde Dersim in Tunceli umbenannt und unter Militärverwaltung gestellt. Das entsprechende Gesetz mit der Nr. 2884 hieß „Gesetz über die Verwaltung des Vilâyet Tunceli“ und wurde am 25. Dezember 1935 verabschiedet. Der Militärgouverneur Alpdogan wurde mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet. Dazu gehörten auch Vollmachten in der Rechtsprechung (Art. 8ff.), bei der Verhängung und Vollstreckung von Todesstrafen (Art. 33) und der Umsiedlung und Verbannung aus „Gründen der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung“ (Art. 31)¹¹. Man beabsichtigte eine politisch-administrative Reorganisation mit Hilfe militärischer Repression (McDowall 2004: 208) und verhängte den militärischen Ausnahmezustand über Dersim (Kieser 2000: 409). Im Winter 1936/37 stellte die Armee die Zugänge zur Region unter strikte militärische Kontrolle und verhinderte das Ein- und Ausreisen. Um die Widerstandsbewegung auszumerzen, beschloss das Kabinett der Inönü-Regierung unter Aufsicht des Staatspräsidenten Atatürk die Ausweitung der Befugnisse der Militärverwaltung. Das Kabinett beschloss am 4. Mai 1937 die Operation „Züchtigung und Deportation“ (Tedip ve Tenkil) mit folgendem Wortlaut:

„Dieses Mal wird die Bevölkerung in dem aufrührerischen Gebiet zusammengezogen und in andere Gebiete überführt werden. [...] Wenn man sich lediglich mit einer Offensivaktion begnügt, werden die Widerstandsherde fortbestehen. Aus diesem Grunde wird es als notwendig betrachtet, diejenigen, die Waffen eingesetzt haben und einsetzen, vor Ort endgültig unschädlich zu machen, ihre Dörfer vollständig zu zerstören und ihre Familien fortzuschaffen.“ (Reşat Hallı: Türkiye Cumhuriyetinde Ayaklanmalar (1924–1938). Ankara: T. C. Genelkurmay Başkanlığı Harp Tarihi Dairesi 1972, S. 491., herausgegeben vom Fachbereich „Kriegsgeschichte“ des Generalstabes der Türkischen Republik).

Der Gewaltexzess nahm seinen Lauf, viele Tausend Kurden wurden vergast, hingerichtet und ihre Leichen in den Euphrat geworfen. In einem offiziellen Dokument des Generalstabes der türkischen Armee vom 12. Juli 1938 heißt es unter anderem:

„Die Räuber versteckten sich in Höhlen, deren Eingänge mit Steinen verschlossen und mit Schießscharten versehen waren. Die Höhlen wurden von unseren mutigen Soldaten umstellt. Neben Geschützen und Maschinengewehren wurde auch Sprengstoff durch die Pionierabteilung der 25. Division eingesetzt. Die Höhlen wurden zerstört und diejenigen, die sich darin befanden, getötet. Diejenigen, die lebendig herauskamen, wurden im [Gewehr-]Feuer vernichtet. So wurden in den Höhlen im durchkämmten Gebiet insgesamt 216 Räuber vernichtet.“ (ebd.: 437).

Der Generalstab gibt die Zahl der Toten in einem heroischen Ton mit etwa 14.000 an. Auf kurdischer Seite wird gemeldet, dass mindestens 300 Dörfer vernichtet wurden, mit deutlich mehr als 300 Einwohnern je Dorf. 343 Personen, Rebellen wie sie offiziell genannt wurden und beim türkischen Militär auch heute noch so genannt werden, darunter Stammesführer, Agas und Milizenführer, wurden in den Gerichten in öffentlichen Schauprozessen in Ankara hingerichtet. Der Gewaltexzess nahm gegen Oktober 1938 sein Ende, genau zu dem Zeitpunkt, als Atatürk auf dem Sterbebett lag, bzw. am 10. November 1938 starb. Rund 50.000 kurdische Zivilisten wurden ab dato nach türkischen Angaben in Auffanglager in 6 verschiedene Provinzen in den

¹¹Protokolle der Parlamentssitzung und vollständiger Text in: İsmail Beşikçi: Tunceli Kanunu (1935) ve Dersim Jenosidi. Istanbul 1990, S.10 ff.

Westen der Türkei deportiert; Manisa, Tekirdağ, Balıkesir, Kırklareli, Edirne und Izmir (Kalman 1995: 192-195). Mit dem Ende der kurdischen Aufstände wurde etwa zehn Jahre später, am 1. Januar 1947 das Tunceli-Gesetz und der Ausnahmezustand aufgehoben.

3.5 Zusammenfassung: Kurdenparadigma vom Osmanischen Reich bis zur Ära Atatürk

Ausgehend aus der Kurdenpolitik des Osmanischen Reiches und der Kurdenpolitik in der Zeit des Umbruchs zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Proklamation der türkischen Republik erscheint es naheliegend, die Entwicklung der Kurdenpolitik in zwei paradigmatische Phasen zu kategorisieren. Zum Einen die Zeit der Tanzimatverträge, als die Kurden nicht mehr im Millet-System eingeordnet wurden, welche als first and second order changes bewertet werden können, und später mit der osmanischen Verfassung regierungspolitische und administrative Reglements getroffen wurden, womit ihnen teilweise mehr Rechte, Freiheiten und Autonomie innerhalb der Provinzialverwaltung Kurdistan zugesprochen wurde. Die Verfassung brachte damit den Kurden eine third order change und damit eine administrativ-institutionelle Änderung, womit sie als eine Minderheit innerhalb des osmanischen Reiches anerkannt wurden und Kurdistan teilweise selbst verwalten konnte. In der zweiten Phasen entwickelte sich bei den Kurden mit den jungosmanischen und später beeinflusst mit den jungtürkischen Bewegungen das Nationalbewusstsein weiter aus, so dass es zu immer mehr Konflikten zwischen den Türken und später den Alliierten wegen des Vertrags von Lausanne kam (politisch-gesellschaftliche Krise). Der Vertrag von Lausanne wird bei den Kurden noch heute als Verrat bezeichnet und die türkisch-nationalistische, antipluralistische Politik des Mustafa Kemal als diskriminierend und gar als eine faschistische Diktatur eingestuft, die Minderheiten ausmerzt und Pluralismus negiert. Mit der Militärverwaltung, die in Dersim/Tunceli begann und in weite Teile Ostanatoliens ausgedehnt wurde, entwickelte sich das Kurdenproblem von einem *Minderheitenproblem* (Vertrag von Lausanne) zu einem *Sicherheitsproblem* (erneuter third order change mit weitreichender Änderung der Zielhierarchien für die Kurden). Innerhalb des Militärstabes wurden neue Instanzen und Abteilungen gegründet, wie z.B. die Gendarmerie oder der militärische Nachrichtendienst, die sich dem Kurdenproblem widmen sollte und das Problem aus der Welt schaffen sollte (first and second order changes innerhalb der neuen Zielhierarchie). Die Kurdenfrage, die sich noch vor der Gründung der Republik als Frage stellte, wurde zu einem Kurdenproblem, woraus sich ein Sicherheitsproblem entwickelte, das fort an nicht mehr politisch, sondern militärisch gelöst werden sollte (political viability).

4. Die Ära der Kemalisten

Mit dem Tod Atatürks begann in der Türkei eine Umbruchphase. Nach ihm und seinen Reformen fühlten sich gleich mehrere verschiedene Gruppen angehalten, die Nachfolge Atatürks anzutreten. Dazu gehörten u.a. die Mitglieder Atatürks Partei und einzige legale Partei der Republik, die Halkpartisi (HP) (zu deut. die Volkspartei), heute Cumhuriyet Halk Partisi (CHP); die Nationalisten bzw. Reformisten und vor allem das Militär, das ein Machtapparat geschaffen hatte, der teilweise unabhängig von der Regierung in Ankara agieren konnte und auch Vollmachten besaß, womit es ohne explizite Befugnisse der Regierung bzw. des Parlaments handeln konnte. Zu den größten Befugnissen gehört der 1933 gegründete „hohe Verteidigungsrat“ (Yüksek Müdafaa Meclisi, heute „Milli Güvenlik Kurulu“, Nationaler Sicherheitsrat). In diesem Rat versammelt der Staatspräsident auf der einen Seite das Regierungskabinet, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, und auf der anderen Seite den Generalstab, unter dem Vorsitz des Generalstabschefs. Damit erhielt das Militär im politischen System der Türkei eine außerordentliche Legitimation, womit es als politische Macht ein ebenso hohes Ansehen gewann wie die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes. Im Laufe der Jahre sollte der Verteidigungsrat immer mehr an Vollmachten und Befugnissen bekommen, dazu beigetragen haben die Putsche in den 60ern, 70ern, 80ern und 90ern.

Aus der Umbruchphase um die Nachfolge von Atatürk und die Vormachtstellung in der türkischen Republik, entwickelte sich der sogenannte Kemalismus. Die zu Grunde liegende Ideologie des Kemalismus ist der türkische Nationalismus. Dieser wird in den sogenannten sechs Pfeilern beschrieben, die erstmals am 5. Februar 1937 in Artikel 2 der Verfassung aufgenommen wurden. Im Laufe der Geschichte und während der Militärputsche wurden auch sie teilweise umformuliert und ergänzt. Die sechs Pfeiler der türkischen Nation und des Kemalismus sind in ihrer Reihenfolge folgende; **Nationalismus**: Atatürk wollte aus dem Vielvölkerstaat des Osmanischen Reiches einen Nationalstaat schaffen. Die Grundlage des Nationalismus und des Nationalgefühls sollte die gemeinsame Sprache sein (Sprach- und Kulturreform) und die Bewohner des Landes sollten eine gemeinsame Geschichte aufweisen. Der Befreiungskrieg galt als zentrales, Gemeinschaft schaffendes Element und die Sonnentheorie, wonach Adam und Eva Türken waren und der Ursprung der Menschheit türkisch gewesen sein soll, wurde entwickelt. Atatürk wollte den Nationalismus nicht nur auf die Rasse reduzieren. Jeder der sich Türke nannte, galt auch als Türke. Seinen Ausdruck findet der Nationalismus in dem Ausspruch Atatürks: „Froh sei, der sagt: Ich bin ein Türke!“. Dieser Nationalismuspfeiler sollte in den späteren Jahren weiteren Zündstoff für die kurdischen Aufstände und für die Gründung der PKK bieten; **Republikanismus**: steht für die Volkssouveränität und dass die Staatsform der Türkei die Republik sei (Artikel 1 der Verfassung). Damit sollte die osmanische Monarchie abgeschafft und ein parlamentarisches System aufgebaut werden. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, das jedwede Gründung einer Partei und Opposition im Parlament verboten war, siehe Populismus. Der R. stand unter dem Motto: „Eine

Nation, eine Flagge, ein Staat“. Dieser Umstand gab den kurdischen Nationalisten weitere Argumente, um gegen den Kemalismus anzukämpfen; **Populismus:** Dieser Begriff wurde von Atatürk und später den Kemalisten anders gebraucht, als das es heute im deutschen Sprachraum üblich ist. Populismus stand als Ausdruck einer auf die Interessen des Volkes, nicht einer Klasse gerichteten Politik. Später diente dieser Grundsatz zur Rechtfertigung des Ein-Parteien-Systems: Das Volk wird durch *die* Partei repräsentiert, nämlich die Halkpartisi (HP), zu deut. Volkspartei. Damit wurden Pluralismus negiert und individuelle oder Gruppenbegehren unterdrückt, denn nur das Wohl und Interesse des gesamten Volkes als ein einziger Volkskörper sollte im Vordergrund stehen, welches mit der HP repräsentiert wurde. **Laizismus:** Der Laizismus, der mit Trennung von Staatsangelegenheiten von Religionsangelegenheiten definiert wird und damit Atatürk sein Vorbild in Frankreich gefunden hatte, stellt keine direkte Trennung dar. Vielmehr ist die Trennung einseitig. Die Religion, also der Islam, darf sich in Staatsangelegenheiten nicht einmischen, der Staat allerdings kontrolliert die Moscheen, Imame und Prediger durch die Religionsbehörde Diyanet, also ein türkischer Staatsislam. Damit sollen für die Predigten und Gebete Vorlagen gegeben werden, um die muslimische Gemeinde unter Kontrolle halten zu können und Tarikats, muslimische Bruderschaften/Orden und Organisationen, zu unterbinden. Den ersten Aufstand, der mit dem Laizismus im Zusammenhang stand, nämlich die Abschaffung des Kalifats, wurde bereits oben mit dem Scheich-Said Aufstand diskutiert. In den letzten Jahren sollte der Laizismusstreit durch die AKP wieder aufblühen. **Etatismus:** Staatlichkeit wurde hier mit der Wirtschaftlichkeit des Staates definiert. Die fehlende Infrastruktur und das Fehlen privatwirtschaftlichen Engagements und Investitionen bewegte Atatürk und sein Kabinett zum Fünf-Jahres Industrieplan, nach Vorbild der Sowjetunion. Hierbei wurde vorgesehen, von Ankara in Richtung Westen bis Istanbul landwirtschaftlich genutzte Gebiete zu industrialisieren und insbesondere „schwere Industriezentren“, wie Metallindustrien zu gründen. Der Osten und damit das Kurdengebiet blieb bei dem Plan außen vor. Im Gegenteil, mit dem Tunceli-Gesetz und den Befugnissen der Militärverwaltung wurden, wie bereits oben diskutiert, Grundbesitzer enteignet und das Eigentum, der in den Westen Deportierten konfisziert werden. **Revolutionismus:** R. meint die stetige Fortführung der in den 1920ern begonnenen Reformen. Atatürks großes Ziel war die kulturelle und politische Verwestlichung und Europäisierung des Landes, fern vom orientalischen Islamismus¹², osmanischen Traditionen und Institutionen. Zum Ausdruck gebracht mit dem Spruch Atatürks: „Es gibt verschiedene Kulturen, aber nur eine Zivilisation, nämlich die europäische!“ (zitiert in Rill 1985:S. 80). Von den Kurden aber auch den Islamisten sollte auch dieser Pfeiler abgelehnt werden.

Das türkische Militär bzw. der Generalstab sieht sich selbst als Hüter des Kemalismus. Als Legitimation bedient sie sich neben den oben erwähnten Vollmachten und Privilegien, einer Rede von Atatürk, die er zur 10 Jahresfeier zum Bestehen der Republik in Erzurum hielt. Da weißt er die Mehmetcik, die türkischen Soldaten, an, das Land zu schützen, Ordnung zu halten, sie gegenüber

¹² Im eigentlichen Sinne; nicht gleichzusetzen mit dem islamischen Terrorismus, wie man es heute versteht und verbindet.

äußeren und inneren Feinden zu verteidigen, und den Nationalismus bis zum Ende der Welt zu verteidigen. Mit diesen Vollmachten ausgestattet, so sieht es die Militärjunta, legitimierte das Militär seine Staatsstrieche und militärischen Interventionen im Kurdengebiet der Türkei, aber auch seine Interventionen in den ausländischen Kurdengebieten im Irak, Iran und Syrien. Mit diesen Anforderungen und den eigenen Ansprüchen entwickelte sich das türkische Militär zu einer Institution in der Türkei, welches zu mehr wurde als nur eine militärische Streitkraft. Auf politischer Ebene, als Glied des nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrats und auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene wurde das Militär zu einem wichtigen, wenn nicht sogar wichtigsten und einflussreichsten, Akteur in der türkischen Öffentlichkeit. Dementsprechend vollzog sich der Kampf gegen die kurdischen Aufständigen und Minderheiten als sicherheitspolitisches Problem gleich auf mehreren Ebenen, in den mit Waffengewalt durchgesetzten Kämpfen im Osten der Türkei, mit wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien, um eine wirtschaftliche Unabhängigkeit des Kurdengebietes zu verhindern und kulturellen Maßnahmen, um das Türkentum und den türkischen Nationalismus zu heroisieren und jede Form der kulturell-intellektuellen Fortschritte der Kurden zu untergraben (Jung 2003). Das Militär und die CHP traten in der ersten Hälfte der Post-Atatürk-Ära als verbündete auf und arbeiteten in den verschiedenen Ressource stets zusammen. Damit ergaben sich in der türkischen Politik und Öffentlichkeit zwei Fronten, die Kemalisten, repräsentiert von der CHP und das Militär auf der Einen Seite, der Rest der Bevölkerung auf der Anderen Seite. Buhbe konstatiert:

„Die anatolische Landbevölkerung und damit die überwiegende Masse der inzwischen 20 Millionen Einwohner der Türkei war nie eine besondere Stütze des Kemalismus gewesen. Aus wirtschaftlicher Sicht war das leicht erklärlich, da sich die Lebensverhältnisse seit der Osmanischen Zeit kaum verändert hatten. [...] Aber auch aus weltanschaulicher Sicht konnte keine Begeisterung für Reformen erwartet werden, die das Volk in wesentlichen Teilen gar nicht gefordert hatte. Da man seit Jahrhunderten an Armut und Bevormundung gewöhnt war, wurde die neue Obrigkeit ertragen. Hinzu kamen die Drangsalierungen 1940-45, als die Landbevölkerung in manchen Provinzen unter Kriegsrecht für diverse Aufgaben zwangsverpflichtet wurde.“(Buhbe 1996: 60),

womit die Militärverwaltung im Kurdengebiet und die Konsequenzen des Tunceli-Gesetzes gemeint sind.

4.1 Adnan Menderes und die DP

Auch innerhalb der CHP entwickelten sich Oppositionen, die dem İnönü-Regime Willkürlichkeit und Inkompetenz in Wirtschaftsfragen vorwarfen. Nach mehreren gescheiterten Parteigründungsversuchen, gescheitert wegen Verboten und Verhaftungen, entwickelte sich die „Demokrat Partisi“ unter der Führung von Adnan Menderes. Den Unmut und die Enttäuschungen in der allgemeinen Bevölkerung und innerhalb der Volkspartei heranziehend, setzte sich Menderes und seine Partei durch, um das Ein-Parteien System, wo jede Form von Opposition als Landes- und damit Hochverrat galt, zu durchbrechen und das Mehr-Parteien-System in der Türkei zu etablieren. Nach den gescheiterten Parlamentswahlen 1944¹³ nahm Menderes zwei Jahre bzw. sechs Jahre später einen erneuten Anlauf, bestärkt von der rigorosen Unterstützung der Bevölkerung,

¹³Der CHP wurde Wahlbetrug vorgeworfen und nach mehreren Rezeptionen scheint es auch naheliegend (Buhbe 1996).

insbesondere der muslimischen und damit antikemalistischen Bevölkerung (Strohmeier ebd.: 103) und gewann die Wahlen 1950.

Menderes gewann die Wahl mit 53,4 Prozent und damit die absolute Mehrheit, die CHP unterlag mit 39,8 Prozent. Bereits damals soll das Militär zum Umsturz Menderes' und der DP bereit gewesen sein, so Serozan (1986: 69). İnönü lehnte diesen Weg ab, auch auf Druck des Westens, die Türkei hatte sich für die Truman-Doktrin ausgesprochen, die CHP wechselte nach 27 Jahren seit der Gründung der Republik in die Rolle des Oppositionsführers. Mit den Reformen, die Menderes durchgesetzt hatte, wurde die Kluft zwischen den Demokraten und den Kemalisten immer größer. Im Rahmen der Fragestellung dieser Arbeit ist interessant zu erwähnen, dass Menderes viele kurdische Agas und Stammesführer in seine Partei aufgenommen hatte, darunter auch Abgeordnete. Das Tunceli-Gesetz und die Militärverwaltung wurden in der Menderes-Ära vollständig aufgehoben und der Ausnahmezustand im Kurdengebiet vollständig außer Kraft gesetzt. Viele der deportierten konnten wieder zurück in ihre Dörfer, oder was noch davon übrig geblieben war. Wirtschaftsprojekte wurden ebenfalls durchgesetzt. Viele infrastrukturelle Maßnahmen wurden getroffen, wie der Ausbau des Strom- und Wasserversorgungsnetzes. Schulen und Krankenhäuser wurden in den nahe liegenden kurdischen Städten gegründet. Die wirtschaftliche Konjunktur war zwar im Vergleich zum Westen kleiner, jedoch hatte sich mit Menderes Ostanatolien mehr und weiter entwickelt als in den letzten 150 Jahren, seit der Gründung der Provinzialverwaltung Kurdistan und den Tanzimatverträgen (Topdemir 2010: 69) Der Politikwissenschaftler Ramazan Topdemir spricht sogar von der ersten demokratischen Öffnung der türkischen Politik gegenüber den Kurden und dem Süd-Ost Anatolien, dem Kurdengebiet und spricht schon hier von einem Paradigmenwechsel (ebd.) Menderes wollte die Kurdenfrage, so seine Rhetorik, demokratisch lösen und sie in die türkische Republik integrieren und nicht assimilieren, so Topdemir. Die DP gewann die nächsten Wahlen 1954 mit einer noch größeren Mehrheit, 57% für die DP zu 35% für die CHP. Der DP Abgeordnete Celal Bayar, der aus der CHP ausgetreten war und Waffenkamarad von Atatürk gewesen war, wurde von den Kemalisten sogar als Verräter öffentlich beschimpft. Als er 1950 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, unterwies die damalige (noch) İnönü-Regierung den Generalstab der türkischen Streitkräfte nicht mehr dem Staatspräsidenten, sondern dem Verteidigungsminister, der noch von der CHP gestellt wurde. Je mehr sich Menderes den Kurden aber auch den anderen Minderheiten wie den Armeniern und den Musevitern, der jüdischen Bevölkerung, mit seiner Reformpolitik annäherte und ihre Zustimmung gewann, umso verhärteter wurde die Front gegenüber den Kemalisten. Die Militärausgaben gingen zurück, der Sold blieb deutlich hinter dem allgemeinen Einkommenswachstum zurück (Kartal 2002: 34). Mit dem Beitritt der Türkei in die NATO wurden die Befugnisse der türkischen Streitkräfte innerhalb der Türkei drastisch gekürzt. Mit dem Ausbrechen des Korea-Krieges verlagerten sich die Aufgaben des Militärs ausschließlich auf den bewaffneten Kampf im Ausland. Die politische Rolle des Militärs innerhalb der Türkei, sowie auch ihre Präsenz dort, wurde verschwindend gering.

4.2 Erster Militärputsch: 1960

Eine neue, junge Riege innerhalb des Militärs schwor sich gegen die Politik Menderes'. Die neue Front nannte sich Hareket, zu deut. Aktion oder Aufmarsch. Am 27. Mai 1960 überfielen Offiziere das Parlament in Ankara mit Panzern und einer Schar mit schwer bewaffneten Soldaten. Staatspräsident Celal Bayar, der Ministerpräsident Adnan Menderes mit seinem gesamten Ministerkabinett, sowie dutzende weitere DP Abgeordnete und Mitglieder wurden erst verhaftet, anschließend in einem Blitzschauprozess zum Tode am Galgen verurteilt. Menderes' Foto am Strick ging durch die gesamte Presse. Die Putschisten gründeten das „Komitee der Nationalen Einheit“, ein Wortspiel zur jungtürkischen Ittihat ve Tarakki. Ihr Oberbefehlshaber General Cemal Gürsel erklärte das Parlament für aufgehoben und sich selbst zum neuen Staats- und Regierungschef der Türkei. Am Folgetag des Putsches wurde von Juristen der Universität Istanbul sowie Ankara ein Verfassungsausschuss gegründet, die sogenannte Onar-Kommission, die von den Putschisten den Auftrag erteilt bekamen, eine neue Verfassung zu schreiben, mit der Begründung, dass die Verfassung mit „anti-kemalistischen Texten“ infiziert sei (Serozan 1986: 39). Am 19. Juli 1961 trat die neue Verfassung, nach monatelangem Aushandeln mit den Militärs und einem Volksentscheid, in Kraft. Beim Volksentscheid nahmen etwa 71% der Wahlberechtigten teil. Für die neue Verfassung stimmten nach offiziellen Angaben der Militärs 59% zu. In den elf überwiegend kurdisch dominierten Provinzen war sogar die absolute Mehrheit gegen die neue Verfassung und gegen die Auflösung der DP (Buhbe ebd.: 80).

Ohne auf die Einzelheiten der neuen Verfassung einzugehen, sei hier im Bezug auf die Fragestellung folgende Reformierung erwähnt:¹⁴Der „hohe Verteidigungsrat“, siehe Abschnitt 4.1, wurde reformiert. Als „Beratungsgremium“ der Exekutive wurde ein „Milli Güvenlik Kurulu“ (MGK), zu deut. „Nationaler Sicherheitsrat“, ins Leben gerufen, der aus den wichtigsten Kabinettsmitgliedern der Regierung und der militärischen Führung bestand und den hohen Verteidigungsrat ersetzen sollte. Neben der Namensänderung bekam das Militär wieder mehr Befugnisse und Vollmachten, so ähnlich wie zu Zeiten Atatürks bzw. İnönüs, die mit der Machtübernahme von Adnan Menderes fast vollständig aufgehoben wurden. Den Vorsitz hatte der Präsident der Republik, der zu diesem Zeitpunkt selbst ein Offizier a.D. war, General a.D. und jetzt Präsident Cemal Gürsel. Und so blieb es auch bis 1989, dass der Staatspräsident und somit Vorsitzender des MGK immer ein Offizier, in resp. General war. Die MGK sollte das Kabinett bei allen Entscheidungen beraten, die die nationale Sicherheit berührten. Und die Staatsphilosophie der Militärs war so angelegt, dass so ziemlich alles den Bereich der nationalen Sicherheit betraf, wie es Mitglieder des Komitees selbst formulierten, z.B Orhan Erkanli, einer der Putschisten des 27.Mai 1960:

¹⁴Zur türkischen Militärverfassung von 1961 vgl. Walter Weider 1963 und Peter Siebeck 1964.

„Vom Reispreis bis zu Straßen und touristischen Sehenswürdigkeiten gab es in diesem Lande kein einziges Problem, das nicht mit der nationalen Sicherheit zusammenhing. War man zufälligerweise ein tiefgründiger Denker, war auch dies eine Sache der nationalen Sicherheit.“ (zitiert aus Kartal 2002: 29).

So wurde aus der Kurden- und Minderheitenfrage, wie es Menderes nannte, wieder ein Sicherheitsproblem, das unter den Befugnissen des Militärs und damit denen der Kemalisten stand, und nicht den demokratischen Gewalten. Aus der politisch-gesellschaftlichen Krise in der Zeit Menderes folgte mit der Übernahme des Regimes durch die Militärs eine politische und administrativ-institutionelle Umstrukturierung der Republik.

Der Staatspräsident, der direkt vom Generalstab gestellt wurde, bekam mehr Macht, insbesondere Steuerungs- und Kontrollmacht gegenüber der Exekutive, die mit den neuen Parlamentswahlen nach dem Putsch wieder von der CHP und damit wieder von Kemalisten gestellt wurde. Neben der CHP fanden auch sechs weitere Parteien Einzug in das neue Parlament, darunter auch die „Türkiye İsci Partisi“ (TIP), zu deut. „Türkische Arbeiterpartei“. Die TIP war eine pro-sowjetische Partei, die die marxistisch-leninistische Ideologie vertrat und für die Gründung eines sozialistischen Systems stand. Unter den 15 Abgeordneten befanden sich 9 kurdische Politiker. Im Parteiprogramm hatte die TIP das kurdische Volk als eigenes und gesondertes Volk beschrieben (Salman 2005). Am 16. September 1967 prangerten kurdische Mitglieder der TIP das Ungleichgewicht zwischen West und Ost im Lande an. Dies geschah in Form von sogenannten „Ost-Treffen“. Diese Treffen bereiteten die Basis für die Gründung der „Revolutionären Kulturvereinigung des Ostens“ (DDKO). Mit diesen Organisationen und politischen Vereinigungen entwickelte sich der kurdische Nationalismus auf Islam und Scharia-Regime basierten Nationalismus hin zu einem sozialistischen Kommunismus. Neben der pro-kurdischen TIP, die als kurdische Partei von den Militärs angesehen wurde, gründete Faik Bucak, ein kurdischstämmiger Anwalt aus Urfa, süd-östliches Kurdengebiet, die „Demokratische Partei Kurdistans-Türkei“ (DKP-T), einen türkischen Ableger der von Molla Mustafa Barzani, dem Vater von Masud Barzani, dem heutigen Kurdenführer im Nord-Irak, 1946 gegründeten „Demokratische Partei Kurdistans“. Da die DKP-T sich direkt als kurdische Partei bezeichnete, wurde sie mit ihrer Gründung von der türkischen Justiz sofort für illegal erklärt. Aus der DKP-T gingen die „Revolutionären Kulturvereinigungen des Ostens“ (türkisch: Doğu Devrimci Kültür Derneği) hervor, die als reine Kulturvereinigung legal waren. Später trennten sich die kurdischen Linken von den türkischen Linken-Gruppen, weil diese behaupteten, dass die Kurdenfrage sich von selber löse, wenn in der Türkei eine sozialistische Herrschaft errichtet werde.

Parallel zu den auf türkischer, wie auch kurdischer Seite, aufkommenden neomarxistischen Gruppierungen und Organisationen entstanden türkische nationalistische bzw. ultranationalistisch-rechtsradikale Vereinigungen und Parteien. Ihr „Führer“, so die offizielle Bezeichnung, wurde Alparslan Türkeş. Türkeş war Oberst in der türkischen Armee und gehörte den Putschisten von 1960 an¹⁵. Aufgrund von Streitigkeiten innerhalb des Komitees der Nationalen Einheit und mit dem Staatspräsidenten Gürsel, schloss sich Türkeş der nationalistischen Partei „Republikanische Bauern-

¹⁵Homepage der MHP: Biografie von Alparslan Türkeş, 12. Juni 2010. URL: http://www.mhp.org.tr/basbug_hayati.php.

Volkspartei" (CKMP) an, deren Vorsitz er 1965 übernahm. Nach dem Ausscheiden Cemal Gürsels vom Amt des Staatspräsidenten, übernahm Cevdet Sunay, General a.D., das Amt des Staatspräsidenten. Sunay gehörte, wie Türkeş, zu einer Front innerhalb des Offiziersstabes im Komitee der Nationalen Einheit, die mit Gürsel zerstritten waren. Weiker konstatiert, dass mit der Präsidentschaft Sunays hätte Türkeş wieder die Gunst des Militärs und der Kemalisten gewonnen, die ihn in seiner politischen Aktivität protegiert hätten (Weiker 1963: 23). Weiker führt an, das Türkeş und seine Grauen Wölfe, paramilitärische Organisationsflügel der Ultrationalisten, durch die Hilfe des Militärs und Kemalisten gegründet wurden, um beim Kampf gegen die kurdischen „Terroristen“ und Paramilitärs zu helfen. Nicht nur mit Waffengewalt, sondern vor allen Dingen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene sollten die Ultrationalisten unter der Leitung des „Führers“, das Terrain für die marxistisch-leninistischen Kurden ausdünnen. (Katy Schröder 2003). Die Grauen Wölfe waren in der Folge verantwortlich für zahlreiche Morde an kurdischen, linksgerichteten Politikern und Intellektuellen (ebd.). Zwischen den Grauen Wölfen und der PKK kam es zu zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen, nicht nur im östlichen Kurdengebiet der Türkei, sondern auch in Metropolen wie Istanbul, Izmir und Ankara.

Im selben Jahr errang Türkeş sein erstes Abgeordnetenmandat. 1969 ließ er die CKMP in „Milliyetçi Hareket Partisi“ (MHP), zu deut. „Partei der Nationalistischen Bewegung“, so wie sie heute noch heißt, umbenennen. Türkeş war von 1975 bis 1978 an drei Koalitionsregierungen der Türkei beteiligt. Er war unter Süleyman Demirel und Bülent Ecevit dreimal Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident der Türkei (39.-41. Regierung).

Alparslan Türkeş betrachtete die Kurdenfrage als Ergebnis eines Komplotts ausländischer Feinde. Diese nutzten die PKK, um die Einheit des türkischen Staates zu zerstören. Die meisten Kurden seien Türken und der kurdische Nationalismus sei in erster Linie eine griechische Verschwörung, um Anatolien mit armenischer und westlicher Unterstützung zu unterwandern (Jürgen Roth und Kamil Taylan 1994).

Wieder parallel zu den politischen Neugründungen der 60er gehörten auch islamisch orientierte Gruppierungen. Die Islamisten, Verfechter eines islamischen Gottesstaates, Mitglieder verbotener islamischer Bruderschaften und Eiferer gegen eine Überfremdung der Türkei durch „unislamische Werte“ und „zionistisches Auslandskapital“, fanden in Necmettin Erbakan einen charismatischen Führer. Die Islamisten, unter der Führerschaft von Erbakan, der später mit Türkeş in den 90ern eine Koalitionsregierung gründen sollte und weiter später im sogenannten „postmodernen Putsch vom 28. Februar 1997“ vom Amt des Ministerpräsidenten durch die Militärs suspendiert, mit 10 Jahren Hausarrest und lebenslangem Politikverbot bestraft werden sollte, wies mit den Ultrationalisten einige Gemeinsamkeiten auf, darunter Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, sowie die Ablehnung des Westens und Hinwendung zur „islamisch-türkischen“ Welt. In den 60ern und 70ern und bis zum postmodernen Putsch von 1997 bekam auch Erbakan teilweise die Unterstützung des Militärs, entfachte aber wegen seiner Ablehnung des Laizismus eine rigorose Antipathie bei den

orthodoxen Kemalisten. Der Generalstab sah in Erbakan, so ähnlich wie bei Türkes, eine strategische Gelegenheit, um gegen die aufkommenden neomarxistischen Kräften im Lande eine Gegenfront aufzustellen und die marxistischen Tendenzen auch in der nicht-kurdischen Bevölkerung einzudämmen. 1969 wurde Erbakan vom kemalistischen Staatspräsidenten Sunay zum Vorsitzenden der Vereinigung der Industrie- und Handelskammer der Türkei, TOBB vorgeschlagen. 1970 gründete Erbakan die Milli Nizam Partisi (Partei der nationalen Ordnung), begrifflich eine Anspielung an die vor-tanzimatische, osmanische Ordnung (Nizam) im Millet-System, wonach die Staatsbürgerschaft von der Religionszugehörigkeit abhing, wie bereits oben erwähnt. Gleichzeitig gründete Erbakan, nach dem Muster Türkes‘ erst politische Parteiungen, dann zivilgesellschaftliche Organisationen, nämlich die Milli Görüs Bewegung. Von manchen als islamische, von anderen als islamistische Bewegung bezeichnet, die in Deutschland vom Verfassungsschutz noch heute beobachtet wird und weltweit aktiv ist. Erbakan und seine Milli Görüs Bewegung propagiert eine „jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung“¹⁶, wie sie Erbakan immer wieder bei Reden formulierte und die Milli Görüs in ihren Presseorganen zum Ausdruck bringt, deren Schutzpatronen Israel, Europa und die USA die „kurdisch-anarchistisch-kommunistischen Bergtürken“ mit Waffen, Infrastruktur und Geld versorge, um die Türken und Muslime zu vernichten (Topuz 2003).

Der politische Islam unter der politischen Führung von Erbakan und der geistigen Führung von Fethullah Gülen sollte den Militärs auf politischer und gesellschaftlicher Ebene helfen, das Feindbild der neo-marxistischen PKK in der Bevölkerung weiter zu Verfestigen. Die Kurden und die PKK sollte nicht nur ein sicherheitspolitisches Problem des Militärs sein, sondern eine gesamtgesellschaftliche Krise, die vom türkisch-muslimischen Volk, seien es Islamisten unter der Führung von Erbakan bzw. Gülen oder Kemalisten bzw. (Ultra-)Nationalisten unter der Führung von Türkes, verachtet und verfolgt werden. Neben den neuen Vollmachten des Militärstabes mit ihrer weitgehenden politischen Legitimation sollten Erbakan/Gülen und Türkes als Projekte des Militärs, in resp. der Kemalisten zur Lösung des kurdischen und neuerdings marxistisch, pro-sowjetischen kurdischen Sicherheitsproblems dienen.

4.3 Zweiter Militärputsch: 1971

Die Spannungen im Land zwischen den Fronten der Linken, der Rechten und der Islamisten dehnten sich im Laufe der 60er und 70er weiter aus. Hinzu kamen die Aufstände der Studenten gegen Ende der 60er, wie sie in Europa und den USA ihren Anfang nahmen. Zeitweise sah es so aus, als ob die Regierung und das Militärregime die Kontrolle über die Lage verlieren würden. In Versammlungsplätzen in Istanbul und Ankara kam es immer wieder zu Anschlägen und Massendemonstrationen, die blutig ausgingen. Als der Generalstab am 12.März 1971 mit einem

¹⁶In Anlehnung an die antisemitische Hetzschrift „Die Protokolle der Weisen von Zion“, die seit 1905 propagiert wird, von den Nazis benutzt wurde, und noch heute im islamisch-arabischen Raum weit verbreitet ist (Hadassa 1998).

Memorandum den Rücktritt des Ministerpräsident Demirel provozierte, herrschten gesellschaftspolitischer Stillstand und klassenkämpferische Unruhen im Land.

Mit dem Rücktritt Demirels kam die Regierungspartei den Militärs entgegen, um einer erneuten direkten Militärdiktatur wie zehn Jahre zuvor zu entgehen. Das Parlament wurde nicht aufgelöst. Die Führung der Streitkräfte begnügte sich mit einer Zivilregierung, die mit für sie annehmbaren Politikern besetzt war. Da auch nach dem Memorandum und der unter militärischer Aufsicht getragenen Neugründung der Regierung die Gewalttaten im Land nicht abrissen, bestand der Nationale Sicherheitsrat unter Vorsitz des früheren Generalstabschefs und Staatspräsidenten Sunay auf „Ruhe und Ordnung“ als oberste Regierungsmaxime. Am 27. April verhängte das Parlament bei nur vier Gegenstimmen das Kriegsrecht in elf Provinzen, darunter die Metropolen und Industriezentren Istanbul, Kocaeli, Ankara sowie vier Provinzen des kurdischen Südosten, Tunceli, Hakkari, Diyarbakir und Urfa. Im besagten Kurdengebiet fingen wieder Deportationen an, das Militär übernahm die Verwaltung des Gebietes. Vom 28. April bis 19. Juli 1971, wurde der Ausnahmezustand im Gebiet erklärt und wieder aufgehoben, nachdem rund drei Dutzend kurdische Dörfer aufgelöst worden waren (William Hale 1994: 51).

Die Unruhen nahmen jedoch auch im Westen zu, wo viele kurdische Dorfbewohner verschleppt worden waren. Unter den vielen Verhafteten und Gefolterten befanden sich überwiegend TIP-Mitglieder. Das Verfassungsgericht verbot die TIP wegen separatistischer, prokurdischer Äußerungen. Weiterhin wurde mit einer Verfassungsänderung vom 20. September 1971 22 Artikel verändert, darunter wurden individuelle Bürgerrechte beschnitten, die Autonomie halbstaatlicher Institutionen wie Rundfunk, Universitäten u.ä., eingeschränkt, Streiks untersagt. Buhbe merkt an:

„Aber an dem Stillstand sollte sich unter der folgenden Vorherrschaft der Generäle mit Hilfe wechselnder Regierungen als Ausführungsorgan wenig ändern. Den Generälen war an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nach ihren antikommunistischen Maßstäben gelegen. Über das Kurdengebiet wurde wieder das Kriegsrecht verhängt. Die liberalen Elemente der Verfassung wurden zusammengestrichen und eine Sondergerichtsbarkeit installiert.“ (Buhbe 1996: 90)

Am 8. Februar 1972 gelang es der Staatsführung, bei nur 16 Gegenstimmen weitere Verfassungsänderungen durchzubringen, die ,wie es Kritiker formulierten, *den Staat besser vor den Bürgern schützen sollten*.

Ein neuer Gerichtstyp, das Staatssicherheitsgericht (DGM), wurde eingerichtet, um „den Zugriff auf Umstürzler zu erleichtern und ihre Aburteilung zu beschleunigen“ (Resmi Gazete Gesetz Nr. 1699 vom 15. März 1973.). Bis zu ihrer vorläufigen Auflösung 1976 fällten die DGM über 7.000 Urteile, darunter eine Vielzahl von Todesurteilen (Hale 1994: 41). Buhbe führt an:

„Es war eine schlimme Zeit für die Linken (und linken Kurden,U.O.) und Minderheiten. Viele Tausende, die aus Angst vor Repressalien die Türkei zeitweilig verlassen hatten, wurden ausgebürgert. Hier begann die große Phase der Flüchtlingswellen, die zum größten Teil als Gastarbeiter nach Deutschland und in die Niederlande flohen. Gegen die kurdische Opposition im Südosten wurde brutal durchgegriffen.“ (Buhbe 1996: 273).¹⁷

Die Kurden standen aus zwei Gründen unter Druck, zum einen die Unterdrückung und Verfolgung

¹⁷Vgl. Sayan: „Kurdische Einwanderung, speziell nach Berlin“, 1999.

durch den türkischen Staat, in resp. das türkische Militär, zum anderen die feudalen Strukturen in den kurdischen Dörfern, wo die Agas und Klanführer die Oberhäupter waren und ihren Willen in der Familie, den Ashirets, bzw. Klans autokratisch durchsetzten. Die kurdischen Intellektuellen, die sich zu der Zeit in Ankara und Istanbul organisiert hatten, wollten mit der marxistisch-kommunistischen Ideologie den Kurden zur „neuen Freiheit“ verhelfen. Der illegale Zweig der (noch) legalen kurdischen Kulturvereinigungen nannten sich seit 1975 Partiya Karkeren Kurdistan, die PKK, zu deut. Arbeiterpartei Kurdistans, unter Führung Abdullah Öcalans, der ebenfalls eine sozialistische Revolution und einen autonomen Staat Kurdistan anstrebte. Der Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, stand als Student in Ankara erst der THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front) und den Theorien von Mahir Çayan, einem sozialistischen Revolutionsführer, nahe (vgl. Özcan 2006).

Landesweit wurde den militärisch-faschistischen Repressalien einerseits, und im Osten den feudalen Herrschaftsstrukturen der Klans und Ashirets andererseits, der Kampf angesagt. 1974 wurden erste Aktionen wie Streiks und Proteste durchgeführt. 1975 reisten Anhänger der Öcalan-Bewegung durch verschiedene Städte Ostanatoliens, um neue Anhänger für ihre nationale Idee zu gewinnen und erste Aktivitäten gegen die Unterdrückung durch den türkischen Staat, in resp. das türkische Militär zu entwickeln. Infolgedessen konnte sich die Bewegung bis 1978 auf verschiedene Städte der Türkei ausweiten. Am 27. November 1978 wurde die PKK formal, aber im Geheimen, in Diyarbakir gegründet. Das Ziel der marxistisch-leninistisch orientierten Organisation lautete, durch einen Guerillakrieg eine Revolution zu erreichen und anschließend einen eigenen kurdischen Staat zu gründen (Demirkol, Solmaz 1997: 44). Die PKK versuchte eine Widerstandsbewegung gegen die kurdischen Landbesitzer und die herrschenden Kurdenführer aufzubauen. Im Jahre 1979, in der Region Siverek-Hilvan in der Provinz Sanliurfa, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Stämmen. Die PKK griff zugunsten enteigneter Aghas (Lehnsherren) ein, da sie deren Gegner ohnehin als Feinde betrachtete. Kurze Zeit später schlossen sich auch die meisten kurdischen Agas und Ashirets der Öcalanbewegung an. Nicht nur das es zu einem gesellschaftlichen Umbruch in Ostanatolien kam, auch auf der türkischen politischen Ebene kam es mit der PKK-Bewegung zu Erschütterungen. Während der zehnmonatigen Minderheitsregierung Demirels, mit dem Islamisten Erbakan und seiner Neugegründeten „Nationalen Heilspartei“ (MSP), sowie dem Ultrationalisten Türkes und seiner MHP, zählte man 1.500 politische Morde. Am 15. Juli 1979 wurde zum Ersten Mal ein Mitglied der TBMM, des türkischen Parlaments, ermordet. Wenige Tage später traf es weitere Prominente, den ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim, den ehemaligen DISK-Vorsitzenden Kemal Türkler sowie den israelischen Generalkonsul in Istanbul. Einzelne Stadtteile und Gemeinden erklärten sich landesweit zum „befreiten Gebiet“ und konnten nur mit massivem Truppeneinsatz vom Gegenteil überzeugt werden (ebd.).

Die antikommunistisch und antikurdischen Projekte Erbakan und Türkes schienen wieder bzw. weiterhin versagt zu haben, denn die PKK konnte immer mehr Anhänger finden und schaffte es immer wieder Polizei- und Jandarmeriestationen im Kurdengebiet zu belagern und die türkischen

Truppen aus dem Osten immer wieder zurück zu drängen. Das Bild der Türkei war Ende der 1970er geprägt durch fehlende politische Stabilität, ungelöste wirtschaftliche und soziale Probleme, Streiks und der Gewalt zwischen links- und rechtsextremen Gruppen. Die Politik und die Sicherheitskräfte schienen außerstande, die Gewalt zu bekämpfen. Den Kämpfen zwischen „Links“ und „Rechts“ und „Islamisten“ aber auch zwischen linken Gruppierungen untereinander, die bürgerkriegsähnliche Züge annahmen, fielen mehr als 5.000 Menschen zum Opfer (Hale 1994: 18). Aus dem kurdischen Sicherheitsproblem schien ein rigoroses, allgemeines Sicherheitsproblem entstanden zu sein. Das Sicherheitsproblem betraf damit nicht nur den im Kriegszustand befindlichen Kurdengebiet, sondern erweiterte sich auf das gesamte Land, einschließlich Istanbul und Ankara.

4.4 Dritter Militärputsch: 1980 – Die (noch) gültige Militärverfassung der Türkei

So sah sich das Militär wieder einmal verpflichtet, das Vaterland zu schützen und „Ruhe und Ordnung“ in das Land zu bringen. Am 27. Dezember 1979 übergab der Generalstab dem Staatspräsidenten ein Memorandum. Darin wurden die Parteien zu gemeinsamen Maßnahmen ermahnt und weiter betont, dass die Streitkräfte verpflichtet seien, die Republik zu verteidigen. In einer Grußadresse anlässlich eines Feiertages geißelte Generalstabschef Kenan Evren die „anarchistischen“ Aktionen der Kurden:

„Die Vaterlandsverräter [...], die die demokratische Ordnung und Einheit des Vaterlandes zerstören wollen, werden ihre verdiente Strafe erhalten. Ähnlich wie die, die es zuvor in unserer Geschichte gewagt hatten, den Kopf zu erheben, werden sie unter der vernichtenden Faust der Türkischen Streitkräfte zerquetscht werden und in den Sünden des vergossenen brüderlichen Blutes ertrinken. Die erhabene türkische Nation wird bis in alle Ewigkeit noch viele Feiertage froh und glücklich feiern unter der Sicherheit, die die Türkische Streitkräfte, die ihrem Schoß entsprungen sind, geschaffen haben.“ (Grußbotschaft General Evrens zum Tag des Sieges, URL: <http://www.belgenet.com/12eylul/30081980.html>, 29.9.2010).

In den Morgenstunden des 12. September 1980 übernahm das Militär unter der Führung des Generalstabschefs Kenan Evren zum dritten Mal durch einen Putsch die Macht, sämtliche Mitglieder des Parlaments wurden verhaftet, die Parteien wurden verboten und sämtliche Staatsgeschäfte eingestellt.

Unter dem Oberbefehl von General Evren, der bis 1989 Staatspräsident bleiben sollte, und damit die zweitlängste Amtszeit nach Atatürk vorweisen konnte, überließ das Militär die Tagespolitik dem Kabinett ziviler Fachleute unter der Leitung seines Offizierskameraden Ulusu. Unter der Aufsicht von Ulusu wurde eine fast vollständig neue Verfassung geschrieben, die noch bis heute Gültigkeit hat und die Erdogan und die AKP durch eine „zivile Verfassung“ ersetzen wollen. (vgl. Abschnitt 7.2). Buhbe konstatiert:

„Dieses Mal waren die Ziele des Putsches einfacher als 1960 und die Wirkungen tiefer als 1971. Es ging um nachhaltige Ruhe und Ordnung durch Restauration eines strikten Einheitsstaates gemäß soldatisch interpretierten Prinzipien des Kemalismus. Ein umfassender Umbau von Staat, Wirtschaft und Kultur wurde in Angriff genommen.“ (Buhbe 1996:108)

Zur neuen Verfassung wurden sogenannte 15 Übergangartikel eingefügt, bis „Ruhe und Ordnung“ eingekehrt und eine Zivilregierung gegründet würde. Sie stärkten die Macht und die Befugnisse des Staatspräsidenten, der wieder Oberbefehlshaber der Streitkräfte sein sollte und die Regierung ernennen durfte, sowie im Falle des Ausnahmezustandes der Staatspräsident das Parlament auflösen und das „Interventionsrecht“ dem Nationalen Sicherheitsrat (MGK) übergeben konnte, das vom Staatspräsidenten und somit dem Militär kontrolliert wurde. Zudem wurden in den Übergangartikeln bestimmt, dass Politikern, die vor dem Putsch aktiv gewesen waren, je nach Aktivitätsgrad für die Zeit von fünf oder zehn Jahren aktive politische Betätigung untersagt werden konnte. Ebenso durften die alten Parteien nicht wieder gegründet werden. Die unter dem „Militärregime“ erlassenen Gesetze durften niemals als verfassungswidrig beanstandet werden und die Mitglieder der Militärjunta durften wegen ihrer Praktiken nie angeklagt werden. Am 7. November 1982 wurde die von den Militärs vorgelegte neue Verfassung in einem Volksentscheid mit knapp 92% der Stimmen angenommen, so der offizielle Bericht des Generalstabes. Kenan Evren wurde am 9. November 1982 zum Staatspräsidenten ernannt. Der Kemalismus bekam eine neue Auslegung, aus den einst sechs Pfeilern wurden in der Verfassung nur noch zwei explizit erwähnt. In der Präambel heißt es:

„Um diese Verfassung in ihrem Gedankeninhalt, in ihrem Glaubensgehalt und ihren Entscheidungen zu verstehen, sei hervorgehoben: - daß kein Gedanke und keine Erwägung gegenüber den türkischen nationalen Interessen, der türkischen Existenz, dem Grundsatz der Unteilbarkeit des Staatsgebiets, den geschichtlichen und ideellen Werten des Türkentums und dem Nationalismus, den Prinzipien und Reformen sowie dem Zivilisationismus Atatürks geschützt wird und heilige religiöse Gefühle, wie es das Prinzip des Laizismus erfordert, auf keine Weise mit den Angelegenheiten und der Politik des Staates vermischt werden; -daß jeder türkische Staatsbürger gemäß den Erfordernissen der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit die Grundrechte und -freiheiten dieser Verfassung genieße und von seiner Geburt an das Recht und die Möglichkeit habe, innerhalb der nationalen Kultur-, Zivilisations- und Rechtsordnung ein würdiges Leben zu führen und seine materielle und ideelle Existenz in diesem Sinne zu entfalten“ (Präambel der türkischen Verfassung von 1982)“

In der staatlichen Philosophie der 82er Verfassung ist demnach das Gleichgewicht zwischen Individuellen- und Minderheitenrechten einerseits und kollektiven Rechten andererseits sehr stark in Richtung der kollektiven Rechte, der kollektiven Interessen und der kollektiven Sicherheit durchgeschlagen. Das Grundprinzip der „Unteilbarkeit des Staates von seinem Land und seiner Nation“ wurde bereits in die Militärverfassung von 1961 aufgenommen und in der Militärverfassung von 1982 explizit als Staatsdoktrin betont. Dieser Grundsatz galt als Grundformel für die darauf folgenden Gesetze und Rechtsverordnungen. Als Grundlegende Staatsdoktrin ist diese Formel, die auf den oben erwähnten Nationalismus und Laizismusdoktrin basiert, für die Beurteilung des „Rechtsstatus“ der in der Türkei lebenden Kurden von grundlegender Bedeutung. Sie gilt in der Verfassung als Schranke für alle individuellen Grundrechte und Freiheiten und wird in 20 Bestimmungen der Verfassung explizit als solche erwähnt¹⁸.

¹⁸Vgl. Art. 3 Abs.1, Art.5, Art. 13 Abs1, Art. 14, Art. 28 Abs. 5, 7 und 10, Art. 30, Art. 34 IV, Art. 51 VII, Art. 58 Abs.1, Art. 68 Abs. 4, Art. 69 Abs. 4, Art. 81, Art. 118 Abs. 3, Art. 122 Abs. 1, Art. 130 Abs. 4, Art. 133 Abs.2, Art. 143 Abs.1 und 3 der türkischen Verfassung von 1982.

Die rechtlich unzulässigen Begriffe „Kurde“, „kurdisch“, „Kurdistan“ werden, weil verboten, nicht erwähnt¹⁹. Mit der allgemeinen Verfassung wurden auch Gesetze, die den Zusammenschluss von sozialen Gruppen bestimmen, wie das Parteien-, Vereins-, Gewerkschaftsgesetz oder auch das Medien-, und Hochschulgesetz an die Staatsdoktrin angepasst, wo es z.B. im Parteiengesetz heißt: „Politische Parteien müssen gemäß dem ParteienG in Verbundenheit mit kemalistischen Prinzipien und Revolutionen arbeiten“ (Art. 4 ParteienG der TV). Den Vereinen ist es untersagt, jedwede politischen Ziele zu verfolgen (Art.33 Abs. 4 der TV) und den Gewerkschaften und den Konföderationen ist es gemäß §37 Gewerkschaftsgesetz verwehrt, eine Unterscheidung nach Minderheiten vorzunehmen. Die Einhaltung der Staatsdoktrin ist auch im Presse- (§31 Pressegesetz) und Hochschulgesetz (§4 Hochschulgesetz) vorgeschrieben. So räumt das Pressegesetz dem Ministerrat gemäß §31 Abs.2 das Recht ein, die Einfuhr von Presseartikeln aus dem Ausland zu verbieten, die z.B. gegen den Einheitsgrundsatz von Staat und Volk verstoßen. D.h. kurdische und kurdischsprachige Presseartikel durften in der Türkei nicht publiziert werden. Desweiteren sind Publikationen, Radio- und Fernsehsendungen aller Art entweder nur in Türkisch oder in einer der Amtssprachen der Staaten, die von der Türkei anerkannt sind, zulässig. Kurdisch gehört, wie bereits weiter oben erwähnt, nicht dazu. Eine Erlaubnis für die Produktion von kurdischen Kunstwerken wurde noch nie erteilt. Das Hochschulgesetz ist in akademischen Kreisen umstritten, weil es u.a. jede Diskussion über eine mögliche Lösung der Kurdenfrage/-problem unter Hinweis auf die Staatsdoktrin gem. Art. 130 Abs. 6 der Türkischen Verfassung verhindert, auch für Universitäten. Die Schulen und Hochschulen sind per Gesetz dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die kemalistischen Grundsätze gelehrt werden und Studierende entsprechend dem Nationalismus Atatürks für die Gesellschaft Dienste zu verrichten (§ 4 Ziff.1 und 5a Hochschulgesetz). Um das zu gewährleisten werden die Rektoren vom Staatspräsidenten, d.h. General a.D., der Republik ernannt.

Ein weiteres Novum in der Türkischen Verfassung ist der Begriff der „nationalen Kultur“. Nach der Präambel ist die Grundrechtsausübung nur im Rahmen der nationalen, türkischen Kultur erlaubt und weiter heißt es, dass „keine Meinung und Ansicht Unterstützung finden darf, die gegen die geschichtlichen und geistigen Werte des Türkentums und des Nationalismus Atatürks verstößt.“ (Präambel der TV). Bestimmen darf nur die Atatürk-Akademie für Kultur, Sprache und Geschichte, was nationale Kultur ist. Dies bedeutet für Kurden und alle anderen ethnischen Minderheiten eine massive staatliche Unterdrückung ihrer Kultur. Beispielsweise gilt griechische, assyrische und kurdische Volksmusik als „türkische Folklore“ und wurde als Teil der türkischen Kultur in der Türkei wie auch im Ausland gepriesen und vermarktet²⁰. Wer auf kurdisch sang oder

¹⁹Selbst im offiziellen Wörterbuch der Türkei, das von der Atatürk-Akademie für Kultur, Sprache und Geschichte, die von Atatürk selbst im Jahr 1932 gegründet wurde, herausgegeben wird, werden die Begriffe nicht ausgeführt.

²⁰In Anlehnung dazu werden auch die sogenannten Gastarbeiter, die aus der Türkei nach Europa „ausgesiedelt“ sind, als Türken bezeichnet. Dabei sind möglicherweise weit mehr als die Hälfte der Gastarbeiterfamilien kurdischstämmige Flüchtlinge und nicht türkischstämmige Gastarbeiter. (vgl. Sayan 1999)

veröffentlichte galt noch vor dem Putsch von 1980 als Separatist, nach dem Putsch galten diese als „Leugner, Lügner und Rassisten“. Buhbe merkt an:

„Die erwünschte Einheitlichkeit und der angestrebte Gemeinschaftscharakter des Staatsvolkes kam in Verboten zum Ausdruck, (1) partikuläre Interessen als allgemeine Interessen darzustellen und (2) allgemeine Interessen durch die Betonung partikulärer Interessen herabzusetzen. Letzteres bedeutete im Fall der Kurden, daß ihr Drang nach kultureller Eigenständigkeit nun ausgelegt werden konnte als ‚Rassismus‘ gegenüber der ‚schweigenden Mehrheit‘ im ethnischen Pluralismus der Türkei“ (Buhbe 1996:115).

Der Verfassungsrechtler Christian Rumpf kommentiert die Militärverfassung mit folgenden Worten:

„Der „heilige türkische Staat“ wurde über die Interessen und Rechte der Bürger gesetzt, ein Vorgang, der den Entwicklungen im übrigen Europa diametral entgegenlief, wo nicht zuletzt durch die Akzeptanz der Rechtsprechung der Europäischen Menschenrechtskommission und des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs sowie einiger nationaler Verfassungsgerichte Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit immer mehr eine Bedeutung gewannen, die sich auch außenpolitisch bemerkbar machte²¹. Dem steht die Neigung der türkischen Verfassung gegenüber, der Beschränkung von Grundrechten größere Aufmerksamkeit zu widmen als ihrer Gewährleistung.“ (Rumpf 2008: 290)

Mit dem Putsch und der Militärverfassung von 1982 begann demnach die Phase des „heiligen türkischen Staates“, dessen Souveränität und Integrität über allem stand, auch über den Bürgerrechten und allgemeinen Menschenrechten. Innerhalb des kurdischen Sicherheitsproblems kam es in der Ära von General Evren demnach zu keinen neuen Zielhierarchien, das bestehende Paradigma des kurdischen Sicherheitsproblems im Kurdengebiet wurde als ein gemeinsames Sicherheitsproblem im ganzen Land ausgeweitet und die sicherheitspolitischen Einschränkungen wurden per Verfassung auf alle Bürger und Staatsorgane ausgeweitet. Somit ergaben sich first and second order changes, innerhalb des bestehenden „kurdischen Sicherheitsparadigmas“, die die politisch-gesellschaftliche Kurdenkrise noch weiter verschärfen sollte.

4.5 Turgut Özal und die ANAP

Am 1981 kam der bislang in der Politik vollkommen unbekannt Turgut Özal, erst als stellvertretender Ministerpräsident, dann bei den Wahlen 1982 als Ministerpräsident der Republik an die Macht. Özal, der in Malatya geboren und aufgewachsen war, ehemals Teil der osmanischen Provinz Kurdistan und kurdisches Siedlungsgebiet, war nach seinen eigenen Angaben kurdischstämmig. Seine Mitgliedschaft im islamisch-fundamentalistischem Orden der „Nakschibendi“, dem auch Erbakan angehörte, war ebenfalls bekannt.

Mit der Militärverfassung von `82 wurde aus dem Wahlfach Islamkunde ein Pflichtfach in den Schulen, wonach jeder Schüler bis zum Erreichen der Reifeprüfung am Islamunterricht teilnehmen

²¹Anm. von U.O: Die Türkei hatte als Unterzeichnerstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) für einen Teil der kurdischen Provinzen, die unter Ausnahmezustand stehen, im August 1990 per Dekret die Suspendierung der Menschen- und Grundrechte der EMRK verfügt. Dadurch können folgende Rechtspositionen der dort lebenden Kurden an die Europäischen Gerichtshöfen nicht reklamiert werden, nämlich das auf Sicherheit (Art.5), der Anspruch auf rechtliches Gehör (Art.6), das Recht auf Achtung von Familie, Heim und Briefwechsel (Art.8), das Recht auf Freiheit der Meinung, der Rede und der Veröffentlichung (Art. 10), das Recht auf Versammlungsfreiheit (Art.11) und die Möglichkeit des Rechtsschutzes (Art.13).

musste, egal ob Muslime oder Nicht-Muslime. Ausgehend von diesem Gesetz und der Betonung der Militärs, dass 99% die türkische Bevölkerung Muslime sei²², wurden in der Regierungszeit von Özal etwa 80.000 Imam- und Koranschulen in der Türkei errichtet.

Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, warum das Militär zuließ, dass ein streng religiöser, kurdischstämmiger Bürger zum Spitzenpolitiker gemacht wurde. Sollte das Projekt Özal, ähnlich wie das Projekt Erbakan, darauf hinaus laufen, dass Özal mit seiner islamischen Gesinnung die breite Masse der muslimischen Bevölkerung ansprechen und ihre Gefolgschaft gewinnen, sowie nach den terrorähnlichen Aufständen der Ultranationalisten in den 70ern, für die Kurden und die Lösung des „neo-marxistischen Separatistenproblems“, d.h. Kurdenproblems, ein Ansprechpartner zu schaffen, um eine politische Lösung des Falls herbeizuführen? Wie und weswegen genau Özal zum Spitzenpolitiker gemacht wurde, ist unklar und kann hier im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter diskutiert werden. Seine Reden und sein Auftreten haben einen neuen Wind nicht nur in die Kurdenpolitik gebracht, sondern vor allem auch in die Wirtschaftspolitik, wo er eine rigorose Liberalisierungs- und Marktöffnungspolitik, Investitionen in den Osten und Südosten Anatoliens betrieb und den kemalistischen „Etatismus“ abgeschafft hatte. Als das größte wirtschaftliche Projekt Özals und des türkischen Staates jemals gilt das Südostanatolien-Projekt (Güneydogu-Anadolu-Projesi, GAP). Es umfasst insgesamt 22 Staudämme, 19 Wasserkraftwerke und Bewässerungsanlagen entlang der beiden Flüsse Euphrat und Tigris, inmitten des Kurdengebiets. Das ursprünglich angestrebte Ziel, GAP 2010 zu beenden, hat die türkische Regierung um mehrere Jahre verschoben. Wenn das Projekt abgeschlossen ist, wird die Türkei nach eigenen Angaben damit 28 Prozent ihres Wasserpotenzials kontrollieren²³. Von der wirtschaftlichen Entwicklung des Kurdengebietes, die das GAP mit 5 Millionen neuen Arbeitsplätzen, sowie neuen Industrien, Dienstleistungen und moderner Landwirtschaft, schaffen sollte, erhoffte sich Özal nicht nur einen gesamtwirtschaftlichen Aufschwung im Land, sondern auch die Lösung des „Separatistenproblems“ im Südosten. Ein weiteres Ziel des GAP's war es auch, die Kurden davon abzubringen, sich der PKK anzuschließen. Anstatt Waffen in die Hände zu nehmen und um Autonomie, Freiheiten und Rechte zu kämpfen, sollten die Kurden Beschäftigung erhalten und sich um das finanzielle Wohl ihrer Familien kümmern²⁴. Arbeit und Wohlstand würden die Militanten davon abbringen, um ihre Autonomie zu kämpfen, so der Glaube auch bei den Militärs (vgl. Joerg Dietziker 1998, Thiede et al 2001).

Doch genau der gegenteilige Effekt trat an. Die PKK formierte sich Anfang der 1984er zu einer

²²Das dies nicht zutreffend sein kann, zeigen viele Studien, wonach mindestens 20% der Bevölkerung Aleviten sind, min. 10% einer christlichen Konfession angehört und 10% sonstige Anschauungen haben (vgl. Yasar Aktas 1985: 71; Udo Steinbach 1996; Baum 2005)

²³Staatliche Homepage der GAP. URL: <http://www.gap.gov.tr/>

²⁴ Das Südostanatolienprojekt (GAP). Hrsg. von der Republik der Türkei, Ministerpräsidium. Ankara: Amt für GAP-Gebietsentwicklung, 1990.

starkbewaffneten Guerilla-Einheit. Seitdem finden im Kurdengebiet bis zum heutigen Zeitpunkt zwischen der PKK und den türkischen Streitkräften gegenseitige Angriffe statt. Eine genau Zahl der Toten und Verletzten lässt sich nicht angeben. Es wird geschätzt, dass auf Seiten der Kurden etwa 50.000 Menschen gestorben seien, auf Seiten der türkischen Streitkräfte etwa 4.000 (vgl. Kökbudak 2010: 61, vgl. Konfliktbarometer des Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, sowie u.a. Aliza, Marcus 2007). Die in die Militärverfassung aufgenommener „Ausnahmestand“, wo das Kriegsrecht, wie bereits oben erwähnt, angewendet wurde, trat am 19. Juli 1987 in 13 Provinzen wieder in Kraft. Die Provinzen wurden zu Militärverwaltungsgebieten erklärt, die Verfassung und die Bestimmungen der EMRK wurde außer Kraft gesetzt. Die Repressalien der '30er wurden wieder fortgeführt.

Özal blieb vom 13. Dezember 1983 bis zum 31. Oktober 1989 Ministerpräsident. Am 31. Oktober 1989 wurde Özal zum Staatspräsidenten gewählt. Nur kurze Zeit später, am 17. April 1993, starb Özal. Bis heute ist die Todesursache unklar und ungeklärt. Özal galt als moderner Reformler, der liberale Wirtschaftspolitik betrieb und eine Annäherung an die Kurden und die PKK suchte, womit seine Kurdenpolitik politisch überprüft werden kann (political viability). Denn nach dem zweiten Golfkrieg 1991 und der Flucht von hunderttausenden Kurden an die türkische Grenze setzte sich Özal für die Schaffung einer internationalen Zone im Irak ein, um die Flüchtlinge humanitär zu versorgen (Karasapan 1989). Anfang der 90er war auch die Zeit, als der Kampf der türkischen Streitkräfte gegen die PKK ihren, von den Todeszahlen pro Tag, Höhepunkt erreicht hatte. Özal erkannte, dass mit dem bewaffneten Kampf die PKK und die Kurden nicht zu stoppen wäre. Er eröffnete den Dialog zwischen Ankara und den irakischen Kurdenführern Masud Barzani, Dschalal Talabani und Ahmet Türk, die als Vermittler zwischen der türkischen Regierung und der PKK fungierten. So kam es, dass Regierungsvertreter mit der PKK eine Waffenruhe verhandelten. Am 12.04.1991 erließ das Parlament unter der Regierung von Özals Partei ANAP das „Antiterrorgesetz“. Hier wurde ausgelegt, wer Terroristen seien, wie sie verfolgt werden sollen und welche Strafmaßnahmen ergriffen werden können (vgl. Ibrahim Kaya 2005). Damit wollten Özal und sein Regierungschef Mesut Yılmaz klarstellen, dass es einen Unterschied gäbe zwischen der kurdischen Bevölkerung einerseits, und terroristischen PKK-Anhängern andererseits (first and second order change). Özal ließ mit dem Antiterrorgesetz jenen Artikel aufheben, wonach das Sprechen der kurdischen Sprache in der Privatsphäre untersagt war (ebd.: 12). Innerhalb der Familie durfte wieder kurdisch gesprochen werden. Damit erklärte die türkische Regierung, dass die Unterdrückung der kurdischen Sprache vorbei sei. Denn das Sprechverbot war ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Lausanne, der den Gebrauch aller Sprache, die von türkischen Staatsbürgern gesprochen werden, ohne Einschränkungen garantierte (Lausanne Art. 39). Darüber hinaus war das Sprachengesetz wegen seiner zusätzlichen Einschränkung in §3, der den Gebrauch aller anderen Sprachen als Muttersprache außer Türkisch für unzulässig erklärte, völkerrechtlich gemäß EMRK nicht haltbar (EMRK Art.10). Es verstieß auch gegen den Art. 8 der EMRK, der die Privatsphäre unter Schutz stellte. Im öffentlichen Raum war die Nutzung der

kurdischen Sprach weiterhin verboten.

Seine Wirtschaftspolitik, die Nähe zum Islam und seine Dialogbereitschaft mit den Kurden und der PKK weisen mit dem gepuschten und gehängten Adnan Menderes Gemeinsamkeiten auf. In mehreren Interviews die Özal auch mit deutschen Journalisten führte, betont er, dass er und die türkische Bevölkerung Muslime sind und distanziert sich vom kemalistisch-nationalistischem Türkentum²⁵. Mit dem Antiterrorgesetz lässt sich zwar eine neue Zielhierarchie konstatieren, nämlich die Unterscheidung zwischen Kurden und Terroristen, darüber dass nicht alle Kurden gleichzeitig Separatisten sind, sondern Bürger der türkischen Republik. Allerdings ergab diese Zielhierarchie keinerlei Nachhaltigkeit. Zwar lässt sich Özal's Kurdenpolitik durch die neuen Verordnungen und Gesetze überprüfen (political viability), doch eine institutionell-administrative Verankerung dieser kurdischen Öffnung lässt sich nicht überprüfen. Ähnlich erging es dem GAP. Zwar sollten für die Kurden neue Arbeitsplätze geschaffen und die kurdischen Gebiete einen Aufschwung erhalten, doch die Realisierung des Projekts steht immer noch aus. Nach dem Bau des Atatürk-Staudammes im Rahmen des GAP und dem Tode, möglicherweise Ermordung, Özals geriet das Projekt in Stocken. In den gesamten 90er Jahren lag das Projekt brach. Die Kämpfe zwischen den türkischen Streitkräften und der PKK bzw. Kurden ging nach dem Tod Özals weiter.

5. Die Ära der Islamisten und der „postmoderne Putsch“

Nachdem Tod Özals begann in der Türkei eine Zeit der politischen und wirtschaftlichen Instabilität. In der Zeit zwischen dem Tode Özals und der Wahl der AKP als Regierungspartei wurden in den 13 Jahren zehn Regierungen gebildet und wieder aufgelöst. Neun Parteien waren bei diesen Regierungsrochaden beteiligt. Die Spitzenpolitiker dieser Parteien und Regierungen waren dieselben, die in den vorangegangenen 30 Jahren an der türkischen Staatspolitik direkt beteiligt waren, in den 70ern und 80ern schon Regierungskoalitionen geführt hatten und zwei, manche sogar alle drei, Militärputsches miterlebt hatten. Die kürzeste Regierungszeit dauerte 21 Tage. Der Ministerpräsident war Erdal İnönü, der Sohn von İsmet İnönü. Die längste Regierungszeit lag bei etwas weniger als drei Jahren unter der Ministerpräsidentin Tansu Çiller, die mit Erbakan eine Koalitionsregierung gegründet hatte. Çiller unterhielt gute Beziehungen zur USA und EU. So gelang es ihr, dass in ihrer Regierungsperiode die PKK in den USA und der EU in die Listen der terroristischen Organisationen aufgenommen wurde. Seit dem Erlass des Antiterrorgesetzes, wonach Kurden nicht mehr automatisch als Terroristen galten, sondern nur Anhänger der PKK als

²⁵Spiegel-Magazin. 1991, 42. Online URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491636.html>.

Terroristen eingestuft wurden, gründeten ostanatolische Kurden mehrere politische Parteien, insbesondere aber auch um „legale Kurdenpolitik“ außerhalb der PKK zu betreiben, die mittlerweile international als Terrororganisation anerkannt wurde. Aber auch die kurdischen Parteien wurden schon kurze Zeit später vom türkischen Verfassungsgericht für verfassungswidrige Parteien erklärt und verboten. Vier dieser Parteien schafften es in das Parlament einzuziehen, namentlich die Hep, Dep, Özep und Hadep. Zu beinahe 100% erhielten die Wahllisten ihre Wahlstimmen aus den kurdischen Gebieten. Insgesamt zogen 112 kurdischstämmige Abgeordnete in das Parlament ein. 98 dieser Politiker wurden, nachdem ihre Partei verboten wurde und sie ihre Abgeordnetenimmunität ablegen mussten, verhaftet und angeklagt. Die Anklagen waren immer die Selben: „Gefährdung der demokratischen Ordnung des Landes“. (Hürriyet:DTP ban, 11.12.2009) Es lässt sich leicht nachvollziehen, dass die kurdischen Parteien und Politiker der PKK nahe standen. Denn immer kurz vor den Wahlen erließ Öcalan ein Pamphlet veröffentlichen, wonach die im Parlament befindlichen konservativ-nationalistischen Parteien herabgewürdigt und die (Neu-) Gegründeten kurdischen Parteien heroisiert und unterstützt wurden. Öcalan sprach sich klar und deutlich für diese kurdischen Parteien aus und erwartete auch von der kurdischen Bevölkerung die Unterstützung dieser Parteien (Öcalan 1996: 12f).

Neben den kurdischen Parteien war auch der politische Islam dem Militär ein Dorn im Auge geworden. Necmettin Erbakan kam 1996 mit seiner Refah Partisi, zu deut. Wohlfahrtspartei, an die Macht und wurde im Juni 1996 Ministerpräsident. Bereits kurz vorher, 1994 wurde sein politischer Ziehsohn Recep T. Erdogan Oberbürgermeister von Istanbul. Zusammen mit Özal hatte der politische Islam am Zuwachs und Einfluss in der türkischen Politik gewonnen. Auch die Zahl der verbotenen radikal-islamischen und fundamentalistisch-fanatischen Bruderschaften und Orden stieg stetig an (Soncan 2007: 9). Erbakan betrachtete das Kurdenproblem als eine von den westlichen Imperialen Kräften, die von Zionisten finanziert werden würde, inszeniertes Spiel, um die türkisch-muslimische Welt zu versklaven, politisch und wirtschaftlich²⁶. Zwar galt Öcalan und die PKK für Erbakan weiterhin als Terroristen, die allesamt hingerichtet werden müssten, doch bezeichnete Erbakan die Kurden stets als muslimische „Brüder“, die vom Westen und von den Zionisten „betrogen“ werden würden. Auch der Konflikt zwischen dem radikalen Islamisten Erbakan und den laizistischen Kemalisten und damit dem Militär entfachte sich zusehends. Das Militär warf Erbakan und seiner RP „religiösen Reaktionismus“ vor. Für Erbakan und der RP bzw. Milli Görüs Anhänger gäbe es keine ethnischen Unterscheidungen, sie seien eine Nation und allesamt Umma (Volk) des Propheten.

Im Jahr 1997, nach dem „12.Februar 1997“-Vorfall, bei dem das Militär mit einem sogenannten „postmodernen Putsch“ den damals amtierenden Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan verhaftete und seine Partei Refah Partisi verbieten ließ, schien das Militär wieder die vollständige Kontrolle

²⁶ Interview mit Erbakan Karl Pfeifer: Von „Bakterien“ und anderen „Zionisten“; Die Jüdische, Ausgabe vom 5. September 2007.

über die Türkei zu erhalten.²⁷ Doch das Militär begnügte sich mit der Schließung der RP und dem Politikverbot von Erbakan. Tansu Ciller durfte die Regierungsgeschäfte weiterführen und das Parlament wurde nicht aufgelöst. Gleichzeitig führte die PKK mehrere Stellungskriege nach dem Putsch im Südosten durch. Trotz des Parteiverbots von Erbakan und der Schließung der RP, gründeten die Milli Görüs Anhänger neue Parteien. Direkt nach der RP Schließung wurde die Fazilet Partisi (Tugend Partei) gegründet. Der Generalstaatsanwalt eröffnete auch der FP ein Verfahren, wegen Reaktionismus und das sie die direkte Nachfolgerpartei der RP sei. So wurde auch nach langjährigem Verfahren die FP verboten. Zusammen mit dem Verbotsverfahren wurde auch der frühere Oberbürgermeister von Istanbul Erdogan wegen „Reaktionismus und Anti-Laizismus“ verhaftet und im April 1998 vom Staatssicherheitsgericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Die Anklage lautete: Missbrauch der Grundrechte und -freiheiten gemäß Artikel 14 der türkischen Verfassung nach Artikel 312/2 des damaligen türkischen Strafgesetzbuches (Aufstachelung zur Feindschaft auf Grund von Klasse, Rasse, Religion, Sekte oder regionalen Unterschieden). Erdogan wurde zu zehn Monaten Gefängnis und lebenslangem Politikverbot verurteilt. Der letzte und entscheidende Anlass für das Staatssicherheitsgericht war eine Rede bei einer Konferenz in der ostanatolischen Stadt Siirt, in der er aus einem religiösen Gedicht, das Ziya Gökalp zugeschrieben wurde, zitiert hatte: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ (vgl. Dietrich 2004: 14).

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Befürchtung, dass die Nachfolgerpartei der Fazilet Partisi, nämlich die Saadet Partisi (Glückseligkeit), ebenfalls verboten werden könnte, wurde noch eine weitere Partei mit damaligen Mitgliedern der RP und FP gegründet, nämlich die Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP) (Siehe dazu weiter im Abschnitt 7).

Neben der politischen Instabilität litt auch die türkische Wirtschaft unter großen Problemen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse im gesamten Land lagen oft unterhalb der Kategorisierungsgrenzen eines Entwicklungslandes (Yilmaz Akyüz 2001). Die Hyperinflation mit einer Rate von über 200% zu Spitzenzeiten zwang den Staat immer wieder Kredite vom „Internationalen Währungsfond“ (IMF) zu nehmen. In den Jahren 2000/2001 erklärte die Koalitionsregierung unter Bahçeli (der Nachfolger vom 1997 verstorbenen Türkes) und Ecevit den totalen Staatsbankrott. Es befanden sich keine Devisen mehr in den Banken, die Zentralbank kam mit der Produktion von neuen, immer höher dotierten Geldscheinen nicht mehr nach. Zum Höhepunkt der Währungskrise lag der Wechselkurs DM zu TL bei 1 zu 4 Millionen. Zwar lag die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt bei etwa 25%, im Kurdengebiet lag die Quote Schätzungen zu folge aber bei

²⁷Der Begriff wurde von dem Journalisten Cengiz Candar und seinem Artikel „Postmodern bir askeri müdahale“ (Postmoderner militärische Intervention) vom 13 Haziran 1997, wo er Gemeinsamkeiten zwischen der türk. Armee und den NGO's in den coloured revolutions der 90er in Osteuropa feststellt.

über 80%²⁸.

Mit der zunehmenden innerpolitischen und wirtschaftlichen Krise der Türkei, entwickelte sich die politisch-gesellschaftliche Kurdenkrise von einer reinen „terroristischen Untergrundorganisation“, wie sie von der EU und den USA bezeichnet wurde, zu einem politischen Akteur, das Abgeordnete in das Parlament absendete. Die Parteiungen erwiesen sich für die PKK als voller Erfolg, zumal die kurdischen Bevölkerung die kurdischen Parteien fast vollständig unterstützte. So konnten sich die Kurden national wie auch international auf eine Weise Gehör verschaffen, wie sie es seit der Entstehung der Kurdenfrage bzw. des Kurdenproblems noch nie geschafft hatten. Im parlamentarischen System konnten die kurdischen Parteien zwar nicht erfolgreich werden, doch boten die Mandate den Kurden die Chance, das Kurdenproblem wieder zu einem politischen Ordnungspunkt zu transformieren, worüber im türkischen Parlament debattiert werden konnte, auch wenn es sich wegen den Parteienverboten nur kurz hielt. International genossen die kurdischen Parteien die politische Unterstützung von „linken Parteien“ und von „Umweltparteien“, wie u.a. Bündnis90/Die Grünen in Deutschland, die in der Türkei nach dem dritten Putsch verboten wurden und nie wieder (legal) gegründet werden durften.

6. Die Verhaftung Öcalans

Im Februar 1999 wurde der PKK-Chef Öcalan von türkischen und israelischen Agenten in Kenia gefasst und in der Türkei inhaftiert (Göztepe 2004: 5). Anfangs wurde er zur Todesstrafe verurteilt, die zur lebenslangen Haftstrafe umgewandelt wurde. Auf seinen Befehl hin zog sich die PKK aus der Türkei in den Norden Iraks zurück. Im Jahr 2005 nahm die PKK nach Jahren relativer Ruhe ihre Gewaltaktionen wieder auf, doch haben die Gefechte nicht mehr die Intensität der Kämpfe der späten 1980er und frühen 1990er Jahre erreicht. Mit der Inhaftierung ihres Anführers schien es bei der PKK zu einem Umbruch gekommen zu sein. In seiner Verteidigungsrede rief Öcalan zum Frieden und Dialog auf und rief die bewaffneten Kräfte auf, sich hinter die Grenzen der Türkei in den Irak und Syrien zurückzuziehen. Der befürchtete Bürgerkrieg blieb aus.

Seit seiner Inhaftierung hat Öcalan mehrere Bücher und Texte veröffentlicht. In diesen Schriften führt er seine Ideen und Lösungsvorschläge, die er schon Anfang der 70er veröffentlichte, lange bevor er die PKK gegründet hatte, fort und beschwört eine politisch-demokratische Lösung des Konflikts. Bei seiner historischen Rezeption des Kurdenkonflikts unterteilt er die politischen Phasen in der Türkei in drei zeitlichen Phasen:

„Die erste Phase der Republik war die ihrer Gründung, mit den dabei vollzogenen Reformen, den Schutz- und

²⁸IMF-Country Reports Turkey 1993-1999.

Abwehrmaßnahmen, es war die Phase der autoritären Republik (1920- 1950). Die zweite Phase war die einer gemeinsamen Willkürherrschaft eines kleinen Teils der oberen Schichten, es war die oligarchische Republik (1950-2000). Die neue Phase, in die wir jetzt hineingehen, ist die Phase der demokratischen Republik. Sie ist gekennzeichnet durch die Reflexion des Volkswillens in einem demokratischen Funktionsmechanismus. Sowohl was den Bereich des Bewusstseins als auch den institutionellen Bereich angeht, formt sie sich unter intensiver gesellschaftlicher Beteiligung. [...] Eine demokratische Lösung der Kurdenfrage ist sowohl der Hauptgrund für diese Phase als auch das, was sie vervollständigt. Die ersten beiden Phasen der Republik führten aufgrund von Nationalismus und Aufständen zu einer Ausgrenzung der Kurden, obwohl diese bei der Gründung strategische Partner gewesen waren. Dabei hatte der Führer der nationalen Befreiungsbewegung M. Kemal bei der Organisierung der Bewegung Kurden und Türken als zwei strategische Partner deklariert. Die Ausnutzung der von feudalen Führern geleiteten kurdischen Aufstände zur Verleugnung der Kurden ist die unglücklichste Tatsache in der Geschichte der Republik.“ (Öcalan 2002: 43)

Dabei stellt er die Politik Atatürks, M.Kemals, als ein Versuch dar, aus dem islamisch-autoritären Regime des Sultanats eine moderne, demokratisch begründete Republik zu gründen. Die Türken hätten mit den Kurden zusammen und brüderlich für die Freiheit gekämpft. Auch Atatürk sei sich bewusst gewesen, dass ohne die Mitwirkung der Kurden am Befreiungskrieg die Türken nie siegreich hervorgegangen wären. Den eigentlichen Grund des Kurdenkonflikts sieht Öcalan im Kemalismus, der nach Atatürk in der „zweiten Phase“, der „Willkürherrschaft“ kam, und den er als „blinder Chauvinismus“ bezeichnet. Diese sei die „verhängnisvollste Politik der Republik“ gewesen.

„Eine Reihe von Demarchen und Befehlen M. Kemals zeigen, dass der Befreiungskrieg ohne die Kurden nicht hätte gewonnen werden können. Eine Vielzahl von Ereignissen und Entwicklungen haben sich gerade durch die Mitwirkung der Kurden vorteilhaft für die Türken ausgewirkt. Angesichts dieser Tatsachen bedeutet das Ignorieren der Kurden, den Ast abzusägen, auf dem man sitzt. Hierin zeigt sich der Einfluss von blindem Chauvinismus. Die Kurden zunächst als Verbündete zu sehen, auf die man auf Gedeih und Verderb angewiesen ist, um sie dann, wenn dieser Bedarf nicht mehr besteht, zu ignorieren, ist die verhängnisvollste Politik der Republik.“ (ebd.:44)

Die zugrunde liegende Logik dieser Willkürherrschaft in der zweiten Phase der Republik sei begründet, um die „Besorgnis über die Einheit und Untrennbarkeit des Landes und Staates“ (Verfassung der Türkei 1961 und 1982). Diese Sorge habe ihren Ursprung, so Öcalan, in der Furcht vor der kurdischen Frage.

„Die Furcht führte zur Verleugnung, die wiederum verschiedene Aufstände und andauernde Krisen hervorbrachte. Die Folge waren Selbstbetrug und enorme materielle Verluste auf beiden Seiten. Dabei ist es doch nur zu offensichtlich, dass die Einheit des Landes viel stabiler zu gewährleisten ist, wenn die Kurden in ihren Heimatgebieten in geschwisterlicher Weise ihre sprachliche und kulturelle Existenz leben können. Es wird befürchtet, dass Freiheiten, die man den Kurden zugesteht, zur Trennung und der Konstituierung einer eigenen Nation führen könnten. Doch kann die Sinnlosigkeit von Abspaltung in freien Diskussionen leicht bewiesen werden. Der in jeder Hinsicht bereichernde Einfluss eines gemeinsamen Lebens in Freiheit ist offensichtlich. (...) Die Behauptung, die Kurden seien noch nicht auf dem Stand der Nationenbildung angelangt und bildeten, sollten sie doch eine Nation sein, nur eine Gefahr für die türkische Nation, kennzeichnet einen nationalistischen Fanatismus. Offensichtlich trägt es nicht dazu bei, die türkische Nation zu stärken, wenn man die Kurden mit aller Gewalt als Türken behandeln will. Nicht zuletzt erstarken ja auch Türken nicht durch ihre bloße Anzahl, sondern durch eine entwickelte Wirtschaft und Demokratie. Die Kurden als soziologisches Phänomen zu betrachten, nützte da der türkischen Nation schon mehr. Eine türkische Nation, die ihre Existenz anerkennt, ruft bei den Kurden mehr Achtung und den Wunsch zur Einheit hervor. Umgekehrt bringen Verleugnung, Sprachverbot und das Vorenthalten des Rechts auf Erziehung und Bildung nur Zorn und Verachtung hervor.“ (ebd: 45).

Abdullah Öcalan meint in der dritten und aktuellen Phase der Türkischen Republik einen demokratischen Wandel zu erkennen, die die Chance biete, die Kurdenfrage nachhaltig zu lösen und Frieden im Kurdengebiet zu schaffen. Zwar befand sich die AKP zur Zeit der Verhaftung Öcalans noch im Aufbau, doch die Umfragen und Trendmessungen für die anstehenden Wahlen deuteten

bereits in den Jahren 2000/2001 darauf hin, dass die alteingesessenen Parteien wohl kaum eine Siegchance hätten und die „gemäßigten Muslime“ der AKP deutlich im kommen wäre. Auch in den Veröffentlichungen nach dem Wahlsieg der AKP 2002 betonte Öcalan den demokratischen Wandel, in der sich die Republik vollzog und schlug Vorschläge vor, wie in einem demokratischen Rahmen die Kurdenfrage zu bewältigen wäre. Dabei stellte Öcalan Vergleiche mit anderen, demokratischen Ländern an, wo auch vielerlei Minderheiten leben aber die Minderheitenkonflikte im Vergleich zum Kurdenkonflikt in der Türkei marginale Ausmaße hätten:

„Diesbezüglich schlage ich als gemeinsamen Nenner eine Praxis wie in vielen Ländern vor, die Nationalität in Form des Ländernamens zu verstehen. Für die Türkei ist auch möglich, was z.B. in der Schweiz, Belgien, Spanien, Russland, den USA und vielen anderen Ländern gang und gäbe ist, nämlich bei aller Vielfalt an Sprachen und Kulturen eine einzige schweizerische, belgische, spanische oder US- amerikanische Nationalität zu bewahren. So kann auch die Türkei als eine Nation begriffen werden und für sie entsprechend der historischen und sozialen Gegebenheiten realistischerweise anstelle des ethnisch verstandenen Adjektivs „türkisch“ „Türkei“ als Landesname verwendet werden. Soziale Phänomene der natürlichen Assimilation zu überlassen, dabei aber der Entfaltung von kulturellen Werten Raum zu geben, ist seit jeher eine grundlegende Tendenz in der Menschheitsgeschichte. Nur die schlimmsten Fanatiker haben sich an der Liquidierung kultureller Werte versucht. (...)

Die Lösung der kurdischen Frage beginnt an diesem Punkt, mit der freien Teilnahme, der Zugehörigkeit der Kurden mit ihrer eigenen kulturellen Identität zur Republik. Die Lösung ist weder ein eigener Staat, noch Verleugnung, noch militärische Feldzüge – sie liegt in der bewussten, organisierten Entscheidung der in jeder Hinsicht gleichberechtigten freien Bürger und Bürgerinnen für die Demokratische Republik. Dieser Ansatz birgt keine Gefahr im Sinne der Einführung des Kurdischen als Amtssprache als Vorstufe zu einem Föderalmodell, wie sie immerzu in demagogischer Absicht von gewissen chauvinistisch-nationalistischen Stimmen beschworen wird. Es ist mittlerweile in jeder Hinsicht schwer, die Kurden daran zu hindern, sich als freie Mitbürger und Mitbürgerinnen mit ihrer kulturellen Identität an der Demokratischen Republik zu beteiligen, sowohl historisch als auch aus Sicht der Demokratisierung. Demagogische und destruktive Versuche, sich dem warnend entgegenzustellen mit der Begründung, die ungewollte freie Beteiligung [*der Kurden und anderer; A.d.Ü*] sei nur mit einem Verzicht auf Demokratie zu verhindern, sind ein Rückschritt, den unser Zeitalter nicht mehr akzeptiert. Das lässt sich weder mit den Notwendigkeiten der Modernisierung noch mit der Atatürk'- schen Ideologie erklären, sondern ist ein Merkmal des Faschismus, von dem man ablassen muss. Was bleibt, ist die wirkliche Sicherung der Einheit und Untrennbarkeit des Landes und des Staates, die mit Nachdruck in ihrer Form und ihrem Inhalt durch die freie Willensäußerung der Völker bestimmt werden muss. Bei dieser Lösung wird weder von einer Veränderung der Grenzen, noch von Autonomie, noch von einer Extraliste an wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Rechten gesprochen. Alles, was dazu notwendig ist, ist eine wirkliche Verbundenheit mit dem demokratischen System, ein Ablassen von chauvinistischen und faschistischen Ansprüchen und Freiheit für die eigene kulturelle Identität und Bildung jeder Gruppe, ohne dass das offizielle System negiert wird. Sozioökonomische Planungsprojekte und Organisationen, die den Bedingungen der kurdischen Gebiete entsprechen, können eingerichtet werden. Kulturelle und künstlerische Tätigkeiten, Publikationen und Sender in der eigenen Sprache, muttersprachliche Erziehung und Bildung sind Punkte, die im Laufe der Zeit nach langen Vorbereitungen eine Lösung finden werden.“ (ebd.: 47)

Dieser letzte Abschnitt könnte sich wie eine Art Checkliste einsetzen lassen, um zu überprüfen, ob und wie es zu einer Annäherung an die Kurden Seitens des türkischen Staates gekommen ist und welche Entwicklungen diese genommen haben.

7. Erdogan und die AKP

Im Folgenden soll kurz auf die Gründung und Entwicklung der AKP eingegangen werden, da sie als langjährige Regierungspartei und Einleiterin neuer Programme und Gesetze im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik die Politik der Türkei im Rahmen unserer Fragestellung maßgeblich gestaltet und beeinflusst hat.

Die Gründung der AKP geht auf das Parteiverbot der Refah Partisi (RP) und auf die Milli Görüs Bewegung zurück. Im Jahr 1997, nach dem „postmodernen Putsch“, schien es ein Paar Jahre so, als ob der politische Islam in der türkischen Politik keine Rolle mehr spielen würde. Doch schon kurze Zeit nach dem Verbot der RP mobilisierte der damalige Oberbürgermeister der Stadt Istanbul, Recep Tayyip Erdogan, einige, aber nicht alle, ehemalige Mitglieder der RP, u.a. den amtierenden Staatspräsidenten Abdullah Gül und den Parlamentsabgeordneten Bülent Arinc, um eine neue Partei zu gründen, die Adalet ve Kalkinma Partisi (AKP, zu deut. Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), die am 14. August 2001 gegründet wurde. Erdogan wurde am 24. Juli 1999 aus der Haft entlassen, sein aktives Politikverbot galt weiterhin. So konnte Erdogan nur bei der Gründung der AKP mitwirken, als Politiker durfte er jedoch nicht aktiv werden. Die AKP beschreibt sich selbst als "a ground where the unity and the integrity of the Republic of Turkey, the secular, democratic, social State of law, and the processes of civilianization, democratization, freedom of belief and equality of opportunity are considered essential" (AKP Homepage, Parteiprogramme, 12.6.2010). Sie bekennt sich zwar offen zu ihren islamisch-konservativen Wertvorstellungen, präsentiert sich jedoch als systemkonform, wertkonservativ und wirtschaftsliberal. Ihre politische Philosophie der konservativen Demokratie vergleicht sie mit dem Konservatismus der Christlich Demokratischen Union (CDU) in Deutschland. Von einem „offiziellen Staatsislam“, in Verbindung mit einem „Reaktionismus“, gegenüber den Staatspfeilern wie dem Kemalismus, dem der AKP vorgeworfen wird, will sie nichts wissen. Es gehe darum, so der Standpunkt der AKP, Laizismus mit Rechten und Freiheiten, insbesondere Meinungs- und Religionsfreiheit, zu verbinden (ebd.). Erdogan habe sich selbst seinerzeit „in einem schmerzhaften Prozess von seinem politischen Ziehvater gelöst“ (Seibert 2004:2). Kritiker unterstellen Erdogan und der AKP, noch immer eng mit der Milli Görüs zusammenzuarbeiten, sie würden sich aber von dieser Position offiziell distanzieren, um nicht wieder verboten zu werden, so der Vorwurf der kemalistischen CHP.

Bei den Parlamentswahlen 2002 bzw. 2003 und 2007 erreichte die AKP die absolute Mehrheit und Erdogan ist seit 2003 Ministerpräsident der Republik. Seit 2007 stellt die AKP auch den Staatspräsidenten mit Abdullah Gül, der vorher Außenminister, Parteivorsitzender der verbotenen RP und Mitglied der Milli Görüs war.

Das erklärte Ziel der AKP-Regierung ist der Beitritt der Türkei in die EU. Dieses Bestreben könnte man auch als Grund für die enorme Reformbereitschaft der AKP-Regierung nehmen. Denn nie zuvor in der Geschichte der Republik wurden in kürzester Zeit so viele Reformen durchgebracht,

wie in der Regierungszeit der AKP. Dabei betrafen die Reformen nicht nur die Reformpakete, die von der EU vorgeschlagen und mit EU-Bürokraten erarbeitet wurden, sondern auch die Haltung zum Internationalen Währungsfond (IMF). Die außenpolitischen Beziehungen, insbesondere zu Zypern, Griechenland, Armenien, dem Iran und den weiteren arabischen Staaten wurden „korrigiert“, so der Außenminister Davutoglu, sowie weitere fiskal- und rechtspolitische Reformen wurden durchgesetzt, die der Türkei einen wirtschaftlichen Aufschwung und hohe Staatseinnahmen mit gleichzeitigem Schuldenabbau brachten (vgl. IMP-Country Report seit 2003, und Gumpel 2006)

Zwar werden, neben dem muslimischen und „reaktionärem“ Charakter der AKP auch ihre Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik kritisiert, doch die Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Bevölkerung die AKP bei den Parlamentswahlen von 2007 gewählt hat, weil sie „wirtschaftliche Vorteile und Gewinne“ bringe²⁹.

Im Rahmen der Fragestellung stellt wohl die sogenannte „Kurden Öffnung“ bzw. „Demokratische Öffnung“ und die „zivile Verfassung“ zu den wichtigsten und bedeutendsten Neuerungen und Reformen der AKP-Regierung. Die Entwicklungen hin zur „demokratischen bzw. kurdischen Öffnung“ und zur „zivilen Verfassung“ erstreckten sich im Laufe der Regierungsjahre seit 2002/2003 über mehrere Reformphasen. Nach der ersten Legislaturperiode, die geprägt war von der vorgehenden türkischen Banken- und Finanzkrise, dem Afghanistan- und Irakkrieg und wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Bestrebungen, wie die Beitrittsverhandlungen mit der EU, wurden die Reformpläne für eine neue Verfassung und endgültige Lösung des PKK- und Kurdenkonflikts konkreter. Insbesondere mit den Parlamentswahlen von 2007 und den Kommunalwahlen von 2009 entwickelte sich das Parteiprogramm und das Regierungsprogramm der AKP weiter in Richtung Grundsatzreformen. Während der Wahlkampfkampagnen 2007 und 2009 äußerten sich sowohl der Ministerpräsident Erdogan als auch Politiker und Anhänger der AKP über eine demokratische Lösung des Konflikts, die eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Strukturen erforderlich mache. Eine Analyse des Partei- und Regierungsprogramm der AKP in der Zeit vor den Parlamentswahlen von 2007 und der Zeit danach machen einen Wandel der Rhetorik der Reformvorhaben deutlich. Vor den Wahlen 2007 wurde im Rahmen von Reformen und Verfassungsänderungen stets der Beitritt der Türkei in die EU als Legitimationsgrund für die Veränderungen genommen. Das Ziel war es, durch nötige Reformen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sowie Stärkung der Demokratie durch Stärkung der Menschenrechte und Versöhnung mit Nachbarstaaten wie Griechenland und Zypern, die Aussichten für den Beitritt der Türkei in die EU zu verbessern. Nach den Parlamentswahlen 2007 und insbesondere auch nach den regionalen Kommunalwahlen 2009 wurde deutlich, dass die öffentliche Debatte nicht mehr oder kaum mehr über den EU-Beitritt geführt wurde. Viel mehr wurden Minderheiten wie Kurden und Aleviten, aber

²⁹Feldstudie des Açık Toplum Enstitüsü Istanbul. Ergebnis: viele Menschen schließen sich der AKP Bewegung an, weil sie sich wirtschaftliche Vorteile erhoffen, bzw. wirtschaftliche Sanktionen befürchten, wenn sie nicht beten gehen, fasten und sich muslimisch verhalten, wie Kopftuch bei Frauen (Binnaz 2008).

auch religiöse Minderheiten wie Christen und Juden als Grund vorgehalten, die demokratischen sowie wirtschaftlichen Verhältnisse im Land zu verbessern. Gerade in der Rhetorik der AKP über die Kurden war die Rede von ethnischen und kulturellen Minderheiten, denen in den letzten Jahrzehnten die Menschen- und Bürgerrechte abgesprochen wurden und wirtschaftliche Existenzen beraubt wurden. Es dürfe, so der Ministerpräsident, nie wieder zu militärischen und wirtschaftlichen Ausnahmezuständen im Osten der Türkei kommen (Rede Erdogans in Mersin, Milliyet 29.08.2010). Die Kurden hätten, so wie jeder Mensch auf dieser Welt, das Recht, in ihrer eigenen Muttersprache zu kommunizieren. Eine Abwertung im Arbeitsmarkt aufgrund ethnischer Abstammung dürfe es ebenso nicht mehr geben. Das GAP-Projekt biete den kurdischen Anwohner in Ostanatolien die Möglichkeit, wirtschaftliche Existenzen zu gründen und einen Neuanfang zu wagen; „ Wenn das GAP-Projekt zu einem Erfolg wird, dann werden über 1 Million direkt und indirekt durch das Projekt entstehen, das Brutto-Pro-Kopf-Einkommen wird so um über 200% steigen. Die kurdische Bevölkerung wird, so Gott es will, einen neuen Aufschwung erleben“, so der Ministerpräsident in seiner ostanatolischen Wahlkampfreise im Kurdengebiet in Diyarbakir (Erdogan in Diyarbakir, CNNTürk 03.09.2010).

7.1 Aus der Kurdenfrage zur „kurdischen Öffnung“

Noch drei Monate vor den Kommunalwahlen setzte sich die AKP für die Einführung eines auf nur kurdisch ausgestrahlten Fernsehsenders durch. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei wurde ein kurdischsprachiges, öffentliches Medium erlaubt, ja sogar von der Regierungspartei selbst eingesetzt. TRT-6 (ausgesprochen: TRT-schech, schech ist das kurdische Wort für sechs), der sechste Kanal des staatlichen Senders TRT, ging am 01. Januar 2009 in Betrieb und sendet 24 Stunden lang kurdische Nachrichten, Filme, Folklore usw.

Die Euphorie bei den Kurden hielt sich dennoch in Grenzen. Einige Stimmen sprachen davon, dass Erdogan mit diesem „Schachzug“, wie es bei den kurdischen Politikern wie auch Oppositionellen heißt, kurdische Wählerstimmen für die anstehenden Wahlen gewinnen wollte. Erdogan hatte in mehreren Interviews und Ansprachen betont, dass er die kurdische Stadt Diyarbakir „erobern“ wolle und die AKP unter den kurdischstämmigen Wählern etablieren wolle. „Kurdischsprachige Nachrichten und Sendungen können die ‚alten‘ [gemeint sind ältere kurdische Bewohner, die kaum türkisch verstehen, U.O.] besser verstehen und damit die Politik der AKP besser nachvollziehen“, so Erdogan zur Rechtfertigung der Einführung von TRT-6 (Erdogans Diyarbakir-Rede, ebd.).

Ein weiterer Akt zur Annäherung an die Kurden und zur Gewinnung ihrer Sympathie ist das Vorhaben, alt-kurdische Ortsnamen wiedereinzuführen. Mit dem Tunceli-Gesetz von 1938, wie es weiter oben diskutiert wurde, änderte der Gesetzgeber per Erlass kurdische Ortsnamen in türkische Namen um, wie u.a. Dersim in Tunceli. Im Rahmen der „demokratischen Öffnung“ bzw. „kurdischen Öffnung“ hat die AKP Gesetzesänderungsvorschläge dem Parlament bereits vorgelegt, damit die alten geänderten Namen wieder eingeführt werden. Dazu ist es auch erforderlich, dass

kurdische Buchstaben, die im türkischen Alphabet nicht vorkommen, legalisiert werden.

Unter kurdischen Intellektuellen herrscht eine sehr gespaltene Meinung über diese „Öffnung“. Der kurdische Journalist Muhsin Kizilkaya findet: „Diese Sendungen bedeuten die Anerkennung der kurdischen Sprache. Aber dieser Kanal muss die kurdische Kultur abbilden. Wenn er die Stimme der offiziellen Ideologie wird, dann wird er scheitern.“ (Kizilkaya, Interview im swr, 02.01.2009).

Die ersten Maßnahmen im Rahmen der kurdischen Öffnung erwies keine besonders großen Erfolge, insbesondere erwiesen die Maßnahmen für die Kommunalwahlen kaum Erfolge. Das Ziel der AKP, 50% der Stimmen zu erhalten und damit ihren Wahlerfolg der Parlamentswahlen von 2007 um 3% zu steigern, schlug fehl. Die AKP erreichte landesweit nur 38.8% der Stimmen und verlor im Vergleich zu 2007 fast zehn Prozent. Diyarbakir, Tunceli und die weiteren süd-ostanatolischen Kurdengebiete konnten nicht „erobert“ werden. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2004 verlor die AKP, die damals 41.6% der Stimmen erhielt, ebenfalls knapp 3%. Die übrigen Parteien konnten dank des Verlustes der AKP an Stimmen gewinnen, doch als größter Sieger der Wahl 2009 ging die kurdische Partei Demokratik Toplum Partisi (DTP), zu deut. Partei der demokratischen Gesellschaft, hervor, die nur wenige Jahre zuvor gegründet wurde und als Nachfolgepartei der zuvor verbotenen kurdischen Parteien gilt. Sie gewann 5,7% der Stimmen und erhielt damit acht Regierungsprovinzen, darunter Diyarbakir und Tunceli und konnte 99 Bürgermeister in den Provinzen stellen. Damit erhielt zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik eine kurdische Partei die Regierungsverantwortung über mehrere türkische Provinzen.

Nach den gescheiterten Kommunalwahlen ging die demokratische Öffnung weiter. In einer im Januar 2010 veröffentlichten Broschüre über die demokratische Öffnung werden die einzelnen Maßnahmen und die große Zielen der AKP formuliert. Hier lautet die große Überschrift des Projekts „Milli Kardeslik Projesi“ ,zu deut: „Nationales Brüderlichkeitsprojekt“, wobei in fast jedem Abschnitt der Broschüre darauf hingewiesen wird, dass bereits bei der Gründung der AKP 2001 die meisten der hier erwähnten Punkte bereits formuliert worden seien³⁰. In der Tat lässt sich das anhand des ersten Parteiprogramms der AKP von 2001 nachvollziehen.

Gleich zu Anfang der Broschüre wird erklärt, worum es zu einer „demokratischen Öffnung“ kommen müsse und welche Ziele diese Öffnung verfolge. Dazu werden zwei Gründe genannt, zum Einen sei das Ziel, den Terrorismus im Land zu minimieren und letztendlich vollständig zu beseitigen. Zweitens müsse die Demokratie, und damit die Standards der Grundrechte und Freiheiten, verbessert werden (ebd.: 4). Denn die Gründe für die sozioökonomischen und politischen „Krankheiten“ seien Ungerechtigkeiten und „fehlende Rechtstaatlichkeit“. Die Lösung der politischen, sozialen, ökonomischen und rechtlichen Probleme, die in der Türkei vernachlässigt, ignoriert und aufgeschoben wurden und deswegen zu chronischen Problemen geführt haben, sei eine rigorose Demokratisierung. Das Ziel der Erweiterung der Grundrechte und Freiheiten betreffen jeden Bürger der Türkei, egal welcher ethnischen Minderheit, Religion, Geschlecht oder politischen

³⁰AKP-Headquarter: „Mili Birlik ve Kardeslik Projesi- Demokratik Acilim“, 2010.

Ideologien sie auch zugehörig seien. Somit betreffen die Maßnahmen der demokratischen Öffnung jeden in der Türkei lebenden Menschen, heißt es im ersten Kapitel der Broschüre.

In der Veröffentlichung wird betont, dass die demokratische Öffnung ein dynamischer Prozess sei, und man nicht erwarten könne, dass sämtliche Probleme und Demokratisierungsvorhaben mit nur einem Reformpaket in kürzester Zeit bewältigt werden könnten. So wurde die Broschüre in drei große Abschnitte unterteilt, und zwar was verändert werden soll, nämlich mehr Grundrechte und Freiheiten, und was niemals verändert werden wird, nämlich die Grundpfeiler der Republik, die da der unitäre Staatsaufbau sei, d.h. es werde nie zu einer föderalen Umstrukturierung des Staates kommen, wie es u.a. von Abdullah Öcalan gefordert wird, das Laizismusprinzip werde bewahrt und das Prinzip „Eine Nation, eine Flagge, ein Staat“, wie es Atatürk formulierte, werde niemals angetastet werden (ebd.: 8). Im zweiten Abschnitt werden die in den Regierungsjahren seit 2002 bereits getroffenen Maßnahmen geschildert und im dritten Abschnitt wird eine Roadmap skizziert und dargestellt, welche einzelnen Maßnahmen noch getroffen werden, sofern die AKP die Parlamentswahlen 2011 gewinnt und weiterhin die Regierungsverantwortung übernimmt.

Der zweite Abschnitt fängt mit der Aufhebung des „OHAL“ (abk. für Olanüstü Hal, zu deut. Ausnahmezustand) an. Wie im Abschnitt 3 bereits diskutiert, wurde im Rahmen des Tunceli-Gesetzes im Osten der Türkei der Ausnahmezustand erklärt und fiel im Rahmen des Kriegsrechtes unter die Militärverwaltung. Zwar wurde immer wieder der OHAL aufgehoben und wieder eingeführt, doch der letzte OHAL, der nach dem Militärputsch von 1980 ausgerufen wurde und ununterbrochen anhielt, wurde erst 2004 von der AKP-Regierung vollständig aufgehoben. Diese Maßnahme wurde bereits im Parteiprogramm bei der Gründung der AKP und etwa zwei Jahre vor den Parlamentswahlen 2002/2003 formuliert.

Die nächsten beiden Punkte betreffen die insbesondere in den 80ern und 90ern andauernden politischen und insbesondere sicherheitspolitischen „Krankheiten“, wodurch es immer wieder zu politischen, ungelösten Morden gekommen sei und aufgrund des Kriegszustandes immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen durch Folter und unrechtlichen Verhaftungen und Exekutionen gekommen sei. Den größten Anteil an derartigen Verhaftungen und Exekutionen hatten kurdische Mitbürger, die inhaftiert, gefoltert und exekutiert wurden, ohne Anklageschriften und ohne einen gerichtlichen Prozess genossen zu haben (ebd.: 16, sowie vgl. Amnesty International Report Turkey 1991-2000, und Kökbudak 2010: 63). Einen großen Beitrag hätten die Staatssicherheitsgerichte an diesen „desaströsen“ Zuständen gehabt, die die Militärjunta nach dem Putsch vom 12. September 1980 eingeführt hatte, so auf der Seite 17 der Broschüre. Die AKP-Regierung hat im Jahr 2004 die Staatssicherheitsgefängnisse durch ein Parlamentsentscheid auflösen lassen und die Befugnisse der vom Militär verwalteten Staatssicherheitsgerichte auf zivile Gerichte übertragen (vgl. TBMM Entscheid vom 15.6.2004). Nach der Verhaftung von Öcalan und etlichen Gerichtsprozessen im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurde die Todesstrafe abgeschafft und den kurdischstämmigen Bürgern, deren PKK-Zugehörigkeit nachgewiesen werden kann, werden in zivilen Gerichten und nicht mehr in militärischen Gerichten der Prozess gemacht, wobei jedem

Angeklagten ein Verteidiger zugestellt wird. Seit der Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte ist die Zahl der gemeldeten Folter und gefängnisinternen Ermordungen drastisch gesunken, so die Berichterstattung von Amnesty International von 2004-2007, wobei weiterhin vereinzelt derartige Fälle gemeldet werden.

Ein weiteres Gesetz, das mit der AKP-Regierung geändert wurde, betrifft das Antiterrorgesetz (TMK), das von Turgut Özal 1991 in die Wege geleitet wurde und ebenfalls im Abschnitt 4.5 diskutiert wurde. Im neuen TMK wurde die amtliche Definition eines Terroristen umgeschrieben und die Möglichkeit einer Amnestie erleichtert. Den größten Vorteil an dem neuen Gesetz, das am 12.03.2006 verabschiedet wurde, genießen Kinder und minderjährige Jugendliche. Nach dem alten Gesetz galten auch Kinder und minderjährige Jugendliche als Terroristen, wenn sie Anhänger der PKK waren und/oder mit ihr sympathisierten. Bilder von Steine werfenden „Kinderterroristen“ gehen häufig in den AKP-kritischen Medien wie Hürriyet und Milliyet durch die Presse. Mit dem neuen Gesetz werden diese Gruppen nicht mehr als Terroristen bezeichnet und ihre Aktivitäten werden im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzgesetzes ausgelegt, wodurch das Strafmaß deutlich gesenkt wurde. Mit dem TMK geht auch die unter Punkt sieben der Broschüre aufgeführten neuen Regelungen für die Versammlungsfreiheit einher. Dies betrifft kurdische Protestveranstaltungen und Aufmärsche. In der Vergangenheit wurden Meetings, die von Kurden gehalten wurden, die kurdische Parolen aussprachen und gegen die militärischen Kampfhandlungen im Osten protestierten, auf das massivste von den Sicherheitskräften zerschlagen und Massenverhaftungen durchgeführt (HRW, Worldreport 2009 Turkey). Mit der Änderung des Gesetzes Nr. 2911 können nun Kurden auf kurdisch protestieren und dürfen nicht mehr, wie es in der Vergangenheit mehrmals der Fall war, wegen auf kurdisch ausgesprochenen oder geschriebenen Parolen verhaftet werden.

Ein weiterer Grundpfeiler der Öffnung sind die Wiedergutmachungszahlungen bzw. -leistungen des Staates gegenüber deportierten Kurden. Dabei spricht die AKP-Regierung nicht direkt von Deportierungen, sondern von „durch den Terror verursachten Schäden und Unannehmlichkeiten“ und die Rede ist von „Terrorismusopfern“ (ebd.: 19). Seit dem Regierungsantritt wurden nach offiziellen Angaben bereits 1.3 Milliarden Türkische Lira an die „Geschädigten“ gezahlt. Aus diesem Vorgehen erhoffen sich die kurdischen Ansässigen, wie auch Angehörige im Westen der Türkei, dass es jedenfalls in der AKP-Regierungszeit zu keinen weiteren Deportierungen mehr kommen wird. In der AKP wird diese Maßnahme auch als „Kehre in deine Heimat zurück!“ Aktion bezeichnet. Ausgehend von den hohen Wiedergutmachungszahlungen, die etwa 2,4% des BIP betragen sollen (ebd.), ist nicht davon auszugehen, dass es wieder zu Deportierungen und Zerstörungen der Dörfer kommen wird, da ansonsten die Zahlungen weiter steigen würden. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass die tatsächlich gezahlten Transferleistungen noch nicht verifiziert werden konnten, sondern nur aus dem Staatshaushalts-Budgetbericht hervorgehen.

Die nächsten Punkte beziehen sich auf die oben in mehreren Abschnitten erwähnten Sprachregulierungen. In der Broschüre heißt es wörtlich:

„Es wurden bereits die Möglichkeiten eröffnet, Sprachschulen zu gründen, um Kurdisch und andere Sprachen und Dialekte zu lehren und zu lernen. Daneben wurde der Kanal TRT- ŞeŞ gegründet, um 24 Stunden lang Sendungen in der kurdischen Sprache zu senden. Ebenso können auch auf anderen Sprachen und Dialekten im Radio und Fernsehen Sendungen ausgestrahlt werden, deren Verwendung bislang verboten war.“ (Eigene Übersetzung, ebd.:21).

Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkischen Republik benutzt eine (Regierungs-) Partei das Wort „kurdisch“. In den bisherigen Gesetzes- und Verfassungstexten wurde der Begriff immer vermieden und von offizieller, staatlicher Seite niemals verwendet. Erdogan ist der erste türkische und türkischstämmige Politiker, der diesen Begriff verwendet hat, neben kurdischen Politikern, die in der Vergangenheit wegen Verwendung dieses Begriffs verhaftet wurden. Im Rahmen des Sprachengesetzes dürfen nun auch Häftlinge in den Vollzugsanstalten in ihrer eigenen Muttersprache sprechen und in Gerichtsverfahren sogar ihre Aussagen auf kurdisch machen. Ebenso können angehörige Besucher sich mit den Häftlingen auf kurdisch unterhalten. Die Begründung dafür ist nunmehr die offizielle Akzeptanz der Tatsache, dass viele Kurden, die aus den Dörfern kommen und/oder nie zur Schule gegangen sind, die türkische Sprache nicht beherrschen und sich nur auf kurdisch äußern können. Somit ergibt sich für die Kurden die bislang nicht mögliche Chance, sich in ihrer Muttersprache zu verteidigen und sowohl in der Privatsphäre als auch im öffentlichen Raum kurdisch zu sprechen und sich mit der kurdischen Kultur in der öffentlichen Sphäre legal auseinander zu setzen³¹. Mittlerweile gab die renommierte Bilgi Universität in Ankara bekannt, dass sie im anstehenden Semester einen kurdischen Sprachkurs anbieten werde. Desweiteren wurde mitgeteilt, dass mit den Vorbereitungen zur Einrichtung einer Abteilung für kurdische Philologie begonnen werde. Nach dem Grundsatzentscheid des Rates für Höhere Bildung (YÖK) zur Zulassung von Sprachabteilungen für Kurdisch und Instituten für kurdische Philologie ist das der erste konkrete Schritt zu seiner Umsetzung.

Auch das oben erwähnte Vereinsgesetz, das mit dem Militärputsch von 1980 drastisch verschärft wurde, wie bereits im Abschnitt 4.1 diskutiert, wurde weitgehend entschärft. Mit der Änderung des Vereinsgesetzes mit der Nr. 5253 dürfen nun auch staats- und regierungskritische Vereine, kurdische Vereine, ihre Satzungen auf kurdisch verfassen, sowie weitere zivilgesellschaftlich organisierte Vereine gegründet werden, die nicht „staatsideologiekonform“ sind, wie es noch in der Militärverfassung hieß.

Ein weiterer Punkt in der Roadmap, mit dem Namen „Demokratische Kontrollinstanzen“, ist die Errichtung eines „Amtes zur Aufsicht der öffentlichen Sicherheit“ (ebd.: 27). Hierin soll es insbesondere darum gehen, die Gendarmerie und die Polizeikräfte besser zu kontrollieren und jedwede „illegalen Handlungen der staatlichen- und militärischen Kräfte zu beaufsichtigen“. Denn in der Vergangenheit kam es immer wieder zu Überfällen von der Gendarmerie und Polizei auf

³¹Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat vor kurzem die Strafe, die vor sieben Jahren gegen Studenten verhängt wurde, die Kurdischunterricht gefordert hatten, als ungerecht zurückgewiesen. Im Jahre 2002, noch vor den Parlamentswahlen und vor der AKP-Regierungszeit, hatten 18 Studenten an der Afyon Kocatepe Universität Antrag auf ein Wahlfach Kurdisch gestellt und waren daraufhin exmatrikuliert worden; dagegen hatten sie eine Klage angestrengt. In seinem Urteil vom 4. März 2009 erklärte der EGMR, dass mit dem Ausschluss aus der Universität das Recht der Studenten auf Bildung verletzt wurde (EGZ 2009, Urteil 4.März 2009).

kurdische Dörfer und Zivilisten, ohne dass nötige juristische Vorgaben eingehalten wurden (Amnesty Report Türkei 2008: Menschenrechte, Meinungsfreiheit und die Macht des Militärs). Derartige Überfälle Seitens staatlicher Kräfte soll durch dieses Amt vermieden werden, so der Generalsekretär der AKP Ekrem Erdem.

Außerdem würde ein Gesetzesvorschlag vorbereitet werden, womit gegen sämtliche Kinder und Jugendliche ausschließlich in entsprechenden „Kinder- und Jugendgerichten“ prozessiert werden sollen. Wie in den Abschnitten zum Antiterrorgesetz bereits diskutiert, galten Kinder und Jugendliche, die sich mit und für die PKK engagierten, direkt als Terroristen und wurden in den entsprechenden Staatssicherheitsgerichten angeklagt. Diese und ähnliche Regelungen sollen mit dem neuen Gesetzesvorschlag vollständig abgeschafft werden.

Der dritte Punkt in diesem Abschnitt befasst sich damit, die durch die Militärverwaltungen entstanden „anormalen Lebensverhältnisse im Osten wieder zu normalisieren“ (ebd.:33). Die Straßenkontrollen sollen weiter abgebaut und Innerortskontrollen in den nächsten Jahren vollständig abgeschafft werden. Bislang hatten militärische Gendarmerieeinheiten in den ostanatolischen Gebieten hunderte Straßenkontrollen errichtet. Selbst bei der durchfahrt von einem Dorf zum nächsten innerhalb der selben Provinz wurden Bürger und Passanten kontrolliert, als „Vorsichtsmaßnahmen und zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten“, wie es in den Gendarmerieberichten des Generalstabes heißt. Auch war es in vielen und weiten Teilen ostanatolischer Ländereien verboten, Landwirtschaft und Viehzüchtung zu betreiben. Diese würden, so der Generalstab, „der PKK unterschlüpfe verschaffen und wären wegen der Kämpfe für die Bevölkerung viel zu gefährlich, sich auf großflächigen Gebieten zu betätigen“ (Basbug, Stellungnahme 3.9.2010). Ebenfalls wurden mit der Militärverfassung so genannte Dorfschützer eingesetzt. Diese wurden vom Militär beauftragt und mit Waffen beliefert, um mögliche terroristische Aktivitäten ausfindig und entsprechen unschädlich zu machen.

Menschenrechtsorganisationen berichteten immer wieder, dass die Dorfschützer ihre Position missbrauchen würden und sich zum „Aga“, Herrscher des Dorfes, erklären würden. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu ungeklärten Todesfällen, wo Dorfschützer beteiligt waren. International erregte eine Hochzeitsfeier im Kurdengebiet Bilgeköy in der Provinz Mardin Aufmerksamkeit, als ein Dorfschützer 44 Menschen umbrachte, weil die Familie der Braut seine Heirat mit ihr verweigert hätte. Die AKP-Regierung will derartige Kontrollen, Verbote und „Schutzmaßnahmen“ aus der Zeit der Militärverwaltung zwar vollständig abschaffen, wegen den in den letzten Monaten wieder zunehmenden Kämpfen in manchen süd-ostanatolischen Gebieten zwischen den Militärs und der PKK wurden in manchen Regionen die aufgehobenen Kontrollen und Verbote teilweise wieder eingeführt.

Im vierten und letzten Punkt dieses Abschnittes wird erläutert, dass vier neue Kommissionen und Ausschüsse errichtet werden sollen (ebd.: 44). Die erste Kommission soll Fälle aufklären, in denen sich Diskriminierungsbeschwerden angehäuft haben. Dort können nicht nur kurdische Minderheiten, sondern auch religiöse und andere Minderheiten ihre Beschwerden melden, die in

Behörden, Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen Diskriminierungsopfer geworden waren. Dahingehend ist die Kommission nicht nur auf die in den ostanatolischen Gebieten vorkommenden Fällen beschränkt, sondern vor allem auch in den westlichen Gebieten, wie insbesondere auch in Istanbul täglich vorkommenden Diskriminierungsfällen beschäftigt, wo auch christliche und jüdische Minderheiten eine große Rolle spielen.

Die bisher dem Amt des Ministerpräsidenten angeschlossene staatliche Menschenrechtsbehörde soll als unabhängige Organisation neustrukturiert werden. Die in den Abkommen der Vereinten Nationen getroffenen Vorschriften sollen in dieser Behörde nachgegangen werden und Fälle über Menschenrechtsverletzungen noch vor Ort verhindert und aufgeklärt werden. Im direkten Zusammenhang steht damit auch die „Kommission zur Überwachung der Staatskräfte“. Dieses dem Innenministerium angeschlossene Amt ist zuständig für Strategie und Planung der Terrorbekämpfung. Unter dem Dach des Staatssekretariats soll ferner ein Koordinationsrat für die Terrorbekämpfung eingerichtet werden. Hier können diejenigen, die von Polizei- und Gendarmeriekräften misshandelt wurden, Beschwerden einlegen und diese können nun direkt von der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Bislang genossen die „Staatskräfte“ hohe Immunität und unterlagen im Osten während der Militärverwaltung und des Ausnahmezustandes den Staatssicherheitsgerichten. Damit kam es insbesondere im Kurdengebiet zu unzähligen Misshandlungsfällen, die strafrechtlich nie verfolgt wurden³².

Ein weiterer Pfeiler der „demokratisch-kurdischen Öffnung“ des Nationalen Projektes der Brüderlichkeit ist das Flüchtlingslager Mahmur. Während der verheerenden und sehr verlustreichen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der türkischen Armee mussten zehntausende türkeistämmige Kurden ihre Häuser und Wohnungen im Südosten der Türkei, insbesondere diejenigen, die an der Grenze zum Irak lebenden aus Hakkari und Sirnak, verlassen und über die irakische Grenze fliehen. 1998 wurde unter der Aufsicht der Vereinten Nationen im irakischen Mahmur ein Flüchtlingslager aufgebaut, das die 12.000 Flüchtlinge aufgefangen hatte und seit dem von etwa 60 UN-Mitarbeitern verwaltet wird. Mit ihrem Projekte hat die Regierung eine „Rückholaktion“ gestartet (ebd.: 45). Bislang warf das türkische Militär dem Camp vor, dass in Mahmur PKK Anhänger leben würden und die PKK aus dem Lager neue Milizen rekrutieren würde. Ebenso würden im Lager Waffen und Drogen der PKK untergebracht werden, so die Stellungnahmen des türkischen Generalstabs³³. Erdogan wies darauf hin, das auch wenn PKK-Milizen dort leben würden, sie bei der Rückkehr in die Türkei „fair“ behandelt werden würden. Die Rückkehr würde sich für die PKK strafmildernd auswirken, sofern ihnen eine PKK Zugehörigkeit nachgewiesen werden könne. Ansonsten sollen sämtliche Flüchtlinge „bedenkenlos“, wie es heißt,

³²Vgl. Human Rights Watch: „Ankara muss auf dem Gebiet der Folter und der intern Vertriebenen handeln“ URL: <http://www.hrw.org/de/news/2004/10/03/t-rkei-fortschritt-der-menschenrechte-entscheidend-f-r-eu-kandidatur>, Stand 14.07.2010.

³³Stellungnahme Gen.Basbug: <http://www.radikal.com.tr /Default.aspx? aType= RadikalDetay& Date=&ArticleID=960768&CategoryID=77>, 14.8.2010.

in ihre „Heimat“ zurückkehren und ihr Leben hier weiter führen. Dafür würde die Regierung den Flüchtlingen neue und sogar bessere Unterkünfte in den umliegenden kurdischen Städten Diyarbakir, Mardin, Kiziltepe, Nusaybin, Batman, Siirt und Agri kostenlos zur Verfügung stellen, als Wiedergutmachungsleistung dafür, dass sie damals „fliehen mussten“. Weiterhin würden den „Zurückkehrern“ Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Auch die Ausreise von Führungsstäben der PKK in europäische Länder wie Deutschland, Norwegen oder Schweden würde unterstützt werden. Seitens der deutschen, norwegischen oder schwedischen Regierung wurde jedoch bislang keine öffentliche Stellungnahme zu dem Vorschlag der türkischen Regierung veröffentlicht.

Der inhaftierte PKK-Führer Abdullah Öcalan warnte dabei die kurdische Bevölkerung in Mahmur vor einer Rückkehr. In einer Veröffentlichung, die von der Zeitung „Radikal“ veröffentlicht wurde erklärte er, das dies eine „Falle“ sei und die Pläne der Regierung „leere Versprechen“ seien³⁴. Es ginge darum, „so viele Kurden wie nur möglich zu inhaftieren und das Leben der Kurden, die sich in Mahmur mittlerweile eingelebt und ein neues Leben aufgebaut haben, wieder zu zerstören“. Die Politologin Havva Kökbudak schrieb zu der Initiative in der Zeitschrift INAMO im Frühjahr 2010:

Die von der AKP und der DTP gemeinsam vorbereitete medienwirksame „Heimkehr“ von 34 Personen (26 Flüchtlinge, darunter 4 Kinder, 8 PKK-Anhänger) [4] aus dem Flüchtlingscamp Mahmur und den Kandil-Bergen im Nordirak am 19.10.2009 verdeutlichte noch einmal den unterschiedlichen Ansatz für die Lösung der Kurdenfrage: während die Regierung die Rückkehr als einen Akt der Reue einordnete, wollten die Rückkehrer von Reue nichts wissen. Sie seien als eine „Friedensgruppe“ gekommen, erklärten sie, während die Justiz „tragbare Gerichte“ an die Habur-Grenze zum Irak (Provinz Şırnak/Silopi) verlagerte, um die Angekommenen „symbolisch“ zu verurteilen. Sie wurden euphorisch von der ansässigen Bevölkerung, DTP- und PKK-Anhängern empfangen, aber auch mit Bildern von „Apo“ und PKK-Fahnen. Diese Szene ging nun über die Fernschirme und rief türkeiweit entsprechend harsche Reaktionen hervor. In den Augen der Öffentlichkeit kamen „Terroristen“ über die türkische Grenze spaziert, während die Justiz und die Sicherheit nur zusahen. Dies warf den ersten langen und dunklen Schatten auf die Kurden-Initiative der Regierung. (Kökbudak 2010: 59)

Die Rhetorik der Regierungspartei, das Parteiprogramm sowie die Veröffentlichungen dieses Projekts mit anschließender staatlicher Implementierung im Parlament, sowie die Ausführung der angesprochenen und diskutierten Veränderungen stellt in der türkischen Kurdenpolitik einen Wechsel der Zielhierarchien im Bezug auf das bisher besprochene Kurdenparadigma dar. Illegale Begriffe wie Kurden und kurdisch wurden legalisiert. Es findet eine klare Abgrenzung zwischen PKK-Milizen und der kurdischen Bevölkerung dar, wie es auch impliziert formuliert wird, und der kurdischen Kultur, wie es ebenfalls implizit formuliert wird, werden Medien (TRT-Ses) und Freiräume (Theater, Musik) zur Verfügung gestellt. Die kurdische Sprache wird in den Hochschulen verankert und die kurdische Bevölkerung darf sich ihrer Muttersprache immer und überall bedienen, dazu werden sogar entsprechende Vorkehrungen in den Behörden und Gefängnissen getroffen. Aus dem Parteiprogramm der AKP noch vor ihrem Regierungsantritt, entwickelte sich eine Exekutive, die bislang einige ihrer Wahlversprechen gehalten hat und nach entsprechenden Vorkehrung sollen weitere Schritte eingeleitet werden. Diese Vorkehrung, bekannt geworden als

³⁴ Öcalan, Radikal Zeitung, 15.07.2010.

„zivile Verfassung“, betreffen offensichtlich die Militärverfassung und das politische System der Türkei im Allgemeinen, so wie sie im Laufe der letzten vier Staatsstriche in den letzten fünf Jahrzehnten etabliert wurde. Um der eingangs gestellten Forschungsfrage nachgehen zu können, bedarf es also näher auf die „zivile Verfassung“ einzugehen.

7.2 Die „zivile Verfassung“

Fast zeitgleich wurde mit dem Nationalen Brüderlichkeitsprojekt auch das Projekt der „zivilen Verfassung“ entwickelt und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Am 22.3.2010 veröffentlichte die AKP ein Reformpaket, wonach die Verfassung der Türkei, die als „Militärverfassung“ seit 1982 bestand und nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 eingeführt wurde, teilweise umgeschrieben werden sollte. Am 12. September 2010, d.h. am 30. Jahrestag des Putsches, soll über ein Volksentscheid, ein Referendum, das Volk die „neue Verfassung“ annehmen. Ziel des Reformpaketes sei es, aus der Militärverfassung eine „Zivilverfassung“ zu gestalten. Dabei sollen die grundlegendsten Änderungen, die die Militärjunta von der Verfassung aus dem Jahre 1961 vorgenommen hatte, teilweise revidiert werden und teilweise Neuerungen hinzugefügt werden.

Im Rahmen der Fragestellung kann an dieser Stelle nicht auf die gesamten Einzelheiten der neuen Verfassung, in resp. Verfassungsänderung eingegangen werden. An dieser Stelle werden nur die Punkte diskutiert werden, die die Kurdenpolitik direkt bzw. indirekt betreffen. Dabei gehen einige Punkte der Verfassungsänderung mit einigen der bereits erwähnten Maßnahmen des „Nationalen Brüderlichkeitsprojekts“ einher.

Eine Verfassungsreformen hatte die AKP schon lange geplant. Zuletzt hatte man die Wahlmodalitäten und die Amtszeit des Präsidenten der Republik geändert. 2007 wurde entschieden, dass der Präsident direkt durch das Volk statt durch das Parlament gewählt werden soll; die Amtszeit wurde auf fünf Jahre verkürzt, statt bisher sieben Jahre, mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit und die parlamentarische Legislaturperiode wurde von fünf auf vier Jahre verkürzt. Auch über diese Veränderungen wurden über ein Referendum abgestimmt. 69% der Bevölkerung stimmte dafür, 31% dagegen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 67%³⁵.

Nach den Parlamentswahlen von 2007 wurden die Punkte der Zivilverfassung konkreter, die die Änderung von 27 Punkten vorsah. Das Parlament stimmte mit den Stimmen der AKP dem Änderungsvorschlag zu, eine Zweidrittelmehrheit zur sofortigen Umsetzung der Verfassungsreform wurde aber verpasst. Somit wurde ein Referendum zur Bestätigung des Parlamentsbeschlusses notwendig. Als Termin des Referendums wurde der 12. September 2010 festgelegt, der 30.

³⁵Yüksek Secim Kurulu, zu deut. Hohes Gremium zur Aufsicht von Wahlen. Referendum 2007, URL: <http://referandum.secimsonuclari.com/2007-referandum-sonuclari/>

Jahrestag des Militärputsches. Im Kern besteht das Reformpaket aus sieben Punkten³⁶:

- **Aufarbeitung der Junta-Zeit 1980-1982:** Bislang waren die „Täter“ des Militärregimes 1980 – 1982 infolge einer Übergangsbestimmung in der türkischen Verfassung von Strafverfolgung verschont geblieben, vgl. Abschnitt 4.4. Dies soll sich ändern. Den verantwortlichen Generälen und Offizieren kann nun der Prozess gemacht und angeklagt werden.

Die besonderen Bedingungen der türkischen Politik in den vergangenen achtzig Jahren machen es schwer, diesen Schritt zu bewerten. Aus der türkischen Verfassung in der Fassung von vor 1982 ist die Annahme richtig, dass der Putsch am 12.9.1980 einen Verfassungsumsturz darstellte, was strafrechtlich gemeinhin als „Hochverrat“ oder „Landesverrat“ zu qualifizieren ist. Auf der anderen Seite lässt sich auch konstatieren, dass sich die Türkei am 11.9.1980 in einem Zustand befand, in dem die Politik und die Republik gelähmt schienen, angesichts des schier willkürlichen Mordens, sowohl in den Kurdengebieten, als auch in den westanatolischen Metropolen. Aus der Sicht des Militärs blieb keine andere Möglichkeit als ein militärischer Eingriff. Wiederum wird dem Militär vorgeworfen, selbst an der gesamtgesellschaftlichen Situation schuld gewesen zu sein, diese mit dem Erbakan und Türkes Projekt provoziert zu haben, sich so die „Feinde der Republik“ selbst geschaffen zu haben, um sich dann als Retter und Schützer des heiligen Staates zu profilieren.

„Vor diesem Hintergrund erscheint eine Abrechnung mit dem Militär eher als der Versuch, die Macht des Militärs als Regulativ einer permanent brodelnden Gesellschaft und Gralshüter kemalistischer Grundsätze zu brechen. Andererseits besteht natürlich Bedarf, Grenzüberschreitungen zu ahnden, die an die Würde des Menschen und die Integrität von Leib und Leben gegangen sind, die nicht ausschließlich die kurdische Bevölkerung betraf, sondern auch weite Teile der „Linken“, „Rechten“ und vor allem auch der „Erbakancis“, also den Islamisten, betrafen.“ (Rumpf 2010: 3).

In diesem Zusammenhang der „Abrechnung“ steht auch das Ergenekon-Verfahren. Seit 2008, also lange bevor das Referendum zur öffentlichen Debatte stand, leitete die türkische Regierung ein Strafverfahren gegen ehemalige, pensionierte Militärs der '90er ein. Diese hätten sich „verschworen“ und einen „tiefen Staat“ erschaffen, um die demokratische Ordnung zu unterwandern und die AKP-Regierung in naher Zukunft zu putschen, so der Vorwurf der AKP³⁷. Hohe Generäle des ehem. Generalstabes, insbesondere die der 90er Jahre, als Erbakan geputscht wurde, Jitem-Generäle (Gemeindienst der Gendarmerie) und Offiziere mit rund 90 Militärangehörigen, sowie auch Mitglieder der ultranationalistischen „Grauen Wölfe“ und Anhänger kemalistischer Zirkel, wie z.B. der Chefredakteur und weitere Journalisten der auflagenstarken „Cumhuriyet“ und „Hürriyet“ Zeitung, wurden verhaftet (Steinvorth 2008: 102f).

³⁶T.C.Resmi Gazete, zu deut. offizielle Erklärungen der Republik Türkei, Vorlage zur Verfassungsänderung 2010, URL: <http://rega.basbakanlik.gov.tr/eskiler/2010/05/20100513-1.htm> .

³⁷Mit „tiefem Staat“ ist ein „Staat im Staat“ gemeint. Neben dem türkischen Staat, repräsentiert durch ihre Organe, gäbe es das Militär, die unabhängig vom eigentlichen Staat handle und so ihren eigenen Staat in der türkischen Republik gegründet hätte (Tahir 2007: 4ff).

Die gerichtlichen Ergenekon-Prozesse laufen noch bis heute. Kurze Zeit später, als es so schien, dass das Ergenekon-Verfahren sein Ende genommen habe, leitete die AKP-Regierung das „Balyoz“-Verfahren (Vorschlaghammer Verfahren) ein, als Anspielung an das Balyoz-Verfahren, die die Militärjunta vom 12. März 1971 eingeleitet hatte, um den zweiten Staatsstreich zu planen. Weitere Ex-Militärs wurden verhaftet und prozessiert. Auch das Balyoz-Verfahren läuft noch weiter.

Angesichts der Tatsache, dass am 27.4.2007 der Generalstab ein Memorandum veröffentlichte, wonach die Militärs der AKP-Regierung öffentlich und offiziell „Landesverrat durch islamischen Reaktionismus“ vorgeworfen hatte, wirkt die Erzählung über den „tiefen Staat“ und den erneuten Putschversuch plausibel. Das Memorandum ging in die türkische Geschichte als „E-Muhtira“ (deut. E-Memorandum) ein, weil sie online auf der offiziellen Homepage des Generalstabes veröffentlicht wurde. Zwar hatte das E-Memorandum des Militärs keine direkten Auswirkungen auf die Regierung oder das Parlament, jedoch wurde kurze Zeit später das Verbotsverfahren gegen die AKP vom Verfassungsgericht eingeleitet und die sogenannten „Cumhuriyet-Meetings“, zu deut. „Meetings für die Republik“, organisiert, wo viele hunderttausende „Befürworter des Laizismus“ mit Atatürk-Fahnen auf den Straßen in Istanbul, Izmir, Ankara und Antalya gegen die „Islamisten“ und die AKP protestierten. Ähnliche Kundgebungen fanden auch in einigen europäischen Städten, wie u.a. in Berlin, statt. Zu diesem Zeitpunkt war Abdullah Gül Außenminister und kandidierte für das Amt des Staatspräsidenten.

- **Parteiverbote:** Wie bereits oben berichtet, wurde das Parteiengesetz, das vom Militär eingeführt wurde, stark kritisiert, auch von der EU und insbesondere vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Das Gesetz widersprach in vielen Punkten den Richtlinien der Europäischen Konventionen für Menschenrechte (vgl. Abschnitt 4).

Der Vorschlag der AKP ist es, das Parteienverbotsgesetz darauf hin zu beschränken, dass ein Parteienverbotsverfahren nur dann eingeleitet werden kann, wenn das Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit dafür stimmt. Bislang war es so, dass auf Anliegen der Staatsanwaltschaft das türkische Verfassungsgericht alleine entscheiden konnte, ob eine politische Partei verboten wird oder nicht. Auch die Verbotsvoraussetzungen sollen eingegrenzt werden, und zwar in einer Weise, die zum Beispiel das Überleben einer kurdisch geprägten Partei genauso erleichtern würde wie dasjenige einer Partei, die extreme religiöse Positionen vertritt (vgl. Artikel 69 TV). Von dieser Gesetzesänderung ist auch die AKP selbst betroffen, wie oben erwähnt. Denn Am 14. März 2008 wurde vom Generalstaatsanwalt ein Verbotsverfahren gegen die AKP beantragt. Begründet wurde das Verfahren damit, dass die AKP ein „Zentrum anti-laizistischer Aktivitäten“ geworden sei. Der Generalstaatsanwalt forderte für 71 Personen ein Politikverbot, darunter sind der Staatspräsident

Abdullah Gül, der Ministerpräsident und Vorsitzende der AKP Recep Tayyip Erdoğan, der ehemalige Parlamentspräsident Bülent Arınç, sowie viele ehemalige Mitglieder der RP bzw. FP³⁸.

Am 31. März 2008 leitete das türkische Verfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die 71 Politiker und die Regierungspartei AKP offiziell ein. Am 30. Juli 2008 wurde der Verbotsantrag abgelehnt. Sechs der elf Richter stimmten für ein Verbot, womit die notwendige Anzahl von sieben Stimmen knapp verfehlt wurde. Vier weitere Richter stimmten für eine Verwarnung wegen "antilaizistischer Umtriebe". In einem zweiten Wahlgang stimmten 10 Richter für eine Verwarnung der AKP, nur ein Richter stimmte dagegen.

Für die Kurden und die PKK stellte der Verbot der DTP eine Katastrophe dar. Zwar wurde die Nachfolgerpartei BDP gegründet, doch schien der Verbot der DTP die Hoffnungen der PKK und von Öcalan auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kurden und den staatlichen Institutionen endgültig zerstört zu haben. Ob es jemals zu einer Besserung zwischen den staatlichen Institutionen und der PKK bzw. Öcalan kommen wird, wird die Zeit nach dem Referendum und die damit zusammenhängenden einschneidenden Maßnahmen zeigen.

- **Unabhängigkeit der Justiz:** Ein Defizit bestand bislang darin, dass der „hohe Rat der Richter und Staatsanwaltschaft“ mit seinen 11 Mitgliedern nicht über eine eigene Verwaltungsorganisation verfügte, sondern vom Justizministerium kontrolliert wurde. Die Einflussnahme des Justizministeriums soll mit der Änderung reduziert und der Rat unabhängiger gemacht werden. Die AKP will die Zahl der Ratsmitglieder auf 21 erweitern, wobei nicht nur Richter und Staatsanwälte aus den obersten Gerichten, sondern auch aus der übrigen Richter- und Staatsanwälterschaft im Rat vertreten sein sollen. Damit soll eine von Verfassungsrechtlern in der Türkei seit langem geforderte Verbesserung des Systems eingeführt werden.

- **Rechtsweggarantie:** Auch der Hohe Militärrat, der wesentliche Entscheidungen in militärischen internen Angelegenheiten zu treffen hat, wozu insbesondere auch die Offizierskarrieren bis an die Spitze des Generalstabs gehören, soll nicht mehr unanfechtbar entscheiden können. Dazu gehört auch, dass die vom türkischen Militär verwalteten und kontrollierten Staatssicherheitsgerichte abgeschafft werden. Ferner sollen die bislang unanfechtbaren Entscheidungen des militärischen hohen Richter- und Staatsanwältersrates gerichtlich überprüft werden können.

- **Gleichheitsgrundsatz:** In der Türkei gilt der Gleichheitssatz de jure in umfassender Form. Geregelt werden soll aber die Möglichkeit, zum Zwecke der Umsetzung der Gleichheit aller, Frauen und Kinder zu privilegieren, d.h. zu fördern. Im Artikel 41 werden die Kinderrechte gestärkt und im Zusammenhang mit dem neuen Antiterrorgesetz sollen Kinder nicht mehr in die Definition für Terroristen fallen, wie bereits im Abschnitt 7.1 diskutiert.

³⁸Ausführlicher Bericht in „Die Welt“: „Gericht prüft verbot von Erdogans Partei“, 14.3.08. URL: http://www.welt.de/politik/article1801525/Gericht_prueft_Verbot_von_Erdogans_Partei_AKP.html (Stand 24.8.10).

-Volkstribun (Ombudsmann): Auch an die Einrichtung der Stelle eines Ombudsmans ist gedacht. Hier soll die Bevölkerung, und damit vor allem auch die kurdischen Mitbürger, eine örtliche Vertretung in den staatlichen Institutionen genießen und ihre Anliegen vertreten werden (Siehe Abschnitt drei, „Roadmap“, der Broschüre).

Das Ergebnis des Referendums vom 12. September 2010 war eindeutig. 58% der Wähler stimmten für die zivile Verfassung, 42% der Wähler dagegen, wobei 75% der wahlberechtigten Bevölkerung am Referendum teilgenommen haben³⁹. Trotz des Aufrufes der PKK, das Referendum zu boykottieren, sind im östlichen und süd-östlichen Anatolien, dem Kurdengebiet, etwa 70% der wahlberechtigten Bevölkerung zu den Wahlen gegangen und haben im durchschnitt zu etwa 94% für die Verfassungsänderung gestimmt (YSK Referendum 2010 ebd.). Ebenso hat die Bevölkerung in Istanbul, Ankara und Inneranatolien dafür gestimmt. In den von der CHP und MHP dominierten Küstengebieten um das Mittelmeer und die Ägäis herum hat die Bevölkerung dagegen gestimmt. Das meiste „Nein“ mit 80% kam aus Tunceli, eins Dersim, wo in den 30ern und 90ern die verheerenden Massaker stattfanden. Anzumerken ist, das in der Terrorismusforschung der letzten Jahrzehnte eine Verbindung der PKK mit Tunceli nie nachgewiesen wurde. Vielmehr stelle die alevitische Identität der Bevölkerung in Tunceli einen Hauptgrund für das „Nein“ dar und warum die AKP diese Provinz nie in den vergangenen Wahlen „erobern“ konnte. Die Aleviten würden sich von der „kurdischen Öffnung“ vernachlässigt fühlen, so Bağcı von der Bilkent Universität. Die Reformen wären nicht weitreichend genug, um die Massaker von Dersim wiedergut zu machen. Auch nicht mit dem Namensänderungsgesetz oder den Wiedergutmachungstransferleistungen (Bağcı, Hürriyet, 14.9.2010).

8. Kritik an der Öffnung

Um der Fragestellung nachgehen zu können, ob es zu einem Paradigmenwechsel gekommen ist und wie es sich auf die türkische Politik auswirkt, ist es erforderlich, Stimmen und Berichten außerhalb der Regierungspartei und aus der Fachdiskussionen einzuholen.

8.1 Die kurdische Öffnung in der öffentlichen Kritik

Der von der türkischen Sozial- und Wirtschaftsforschungsstiftung TESEV 2008 erstellte Bericht mit dem Titel „Road Map zur Lösung der Kurdenfrage: Vorschläge aus dem Gebiet an die Regierung“, fand weithin Beachtung, fällt sein Erscheinen doch auf einen Zeitpunkt, da Unterredungen mit der

³⁹Yüksek Secim Kurulu, zu deut. Hohes Gremium zur Aufsicht von Wahlen. Referendum 2010, URL: <http://referandum.secimsonuclari.com/2007-referandum-sonuclari/http://www.ysk.gov.tr/ysk/index.html>.

irakischen Regierung zur Lösung der Kurdenfrage geführt wurden und das Referendum noch nicht zur Debatte stand. Das Dokument wurde erstellt auf der Grundlage von Vorschlägen, die von kurdischen NGOs, Vertretern der Lokalverwaltung und politischer Parteien, von Meinungsführern und Fachleuten unterbreitet wurden. Entsprechend heißt es in dem Text: „Die Bewertungen, Feststellungen und Vorschläge in diesem Bericht stammen nicht von TESEV, sondern von den Kurden selbst.“(ebd.: 5) Enthalten sind in ihm die Erwartungen an die Regierung und eigene Lösungsvorschläge, die im Einzelnen konkret formuliert wurden (ebd.: 8ff).

- Unverzögliche Einstellung der grenzüberschreitenden und der im Lande durchgeführten militärischen Operationen; Inanspruchnahme der Vermittlung von Vertretern von NGOs und politischer Parteien für einen Aufruf an die PKK zur Niederlegung der Waffen; Verabschiedung von Gesetzen, die PKK Kämpfern das Aufgeben des bewaffneten Kampfes erleichtern; - Strafamnestie auch für verurteilte PKK Kämpfer; Initiative zur Einführung von Kurdisch als Zweit oder Wahlsprache an allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen; - In den Kurdengebieten Zulassung von Predigten auf Kurdisch, womit die muslimische Majorität unter den Kurden angesprochen werden soll; Aufführungen des Staatstheaters im Kurdengebiet auch in kurdischer Sprache; - Förderung der Einrichtung von Vertretungen und Konsulaten in Diyarbakir der Staaten Syrien, Iran und Irak sowie der Regionalen Kurdischen Verwaltung (Norderak).

Bereits vor dem Referendum gab die TESEV eine Stellungnahme ab, in der es hieß, dass die kurdische Öffnung und die Zivilverfassung noch unzureichend wären, da die meisten der vom TESEV-Bericht angesprochenen Punkte nicht enthalten seien.

Es lässt sich jedoch feststellen, dass einige der von der TESEV erwähnten Punkte von der Erdoganregierung bereits realisiert wurden. Zum Gedenken einer jungen Frau, die einem Ehrenmord zum Opfer fiel, wurde ein Konzert organisiert. Auf dem Konzert waren die populärsten und beliebtesten Künstler des Landes vertreten. Besonders bemerkenswert waren Auftritte mit kurdischen Künstlern und die stimmliche Begleitung in kurdischer Sprache. Die Veranstaltung nahm breiten Raum in der Berichterstattung ein und wurde von führenden Leitartiklern als ein Beitrag zum Frieden gelobt. Ebenso wurden die Sprachregelungen teilweise eingeführt, wie die Aufhebung des Sprechverbotes. Die weiteren von der TESEV erwähnten Punkte stehen Seitens der AKP und der Broschüre nicht zur Debatte.

Allerdings wird auch der TESEV-Bericht seitens der damaligen DTP kritisiert, da er nicht vorsehe, den Kurdenführer Abdullah Öcalan als Gesprächspartner für Lösungsgespräche zu akzeptieren.

Laut dem damaligen DTP-Vorsitzenden Türk dient die Öffnung und die Zivilverfassung der Regierung und der Regierung nahe stehenden Stiftungen nur kurzfristigen politischen Zielen und dem Verkauf ihrer Kurdenpolitik. Eine Fortsetzung sei nicht zu erwarten.

Auf Wahlkampfveranstaltungen sprachen DTP Führer ihre Zuhörer bisweilen auch auf Kurdisch an. Die damalige stellvertretende DTP Vorsitzende Emine Ayna ist das nicht genug:

„Wir bitten weder Erdoğan noch den Generalstabschef um eine Genehmigung, um unsere Sprache zu verwenden. Wir brauchen weder die Politik der AKP noch eine Erlaubnis des Generalstabs, um unsere Identität zu leben und unsere Sprache zu sprechen. Der Generalstabschef soll sich um die Angelegenheiten des Generalstabs kümmern und sich nicht in die Politik einmischen. Wir werden überall unsere Muttersprache verwenden.“ Und weiter: „In der Türkei gibt es

keine Spannungen zwischen den Völkern. Das Problem ist die monopolistische Gesinnung des Staates. Mit dieser Gesinnung ist das Problem nicht zu lösen. Mit der Verwendung des Kurdischen wollen wir auf den Umstand hinweisen, dass Sie (Ministerpräsident Erdoğan) zwar ein kurdisches Fernsehen einrichten, aber in diesem Sender (weiterhin) von ‚einer Sprache und einem Volk‘ sprechen; deshalb machen sich die Kurden diesen Sender nicht zueigen.“ (Interview, der Standard, 7.8.2009)

Der Fraktionsvorsitzende der neuen Kurdenpartei BDP (vormals DTP), Nuri Yaman, äußerte sich ebenfalls kritisch zu den Vorhaben der Regierung, unter Hinweis auf den Einfluss der AKP auf das Parlamentspräsidium, das Amt des Staatspräsidenten sowie auf wichtige Teile der obersten Bildungsbürokratie und der höchsten Gerichte. Die Frage, ob die Regierung tatsächlich an die Initiative glaube und das Kurdenproblem lösen wolle, beantwortete er mit den Worten:

„Wir können weder eine solche Intention noch einen solchen Willen erkennen. Unter dem Vorwand einer Lösung plant die Regierung auf Zeitgewinn, um die Kontrolle zu gewinnen und die Sache bis zur Wahl (Parlamentswahlen 2011, U.O.) zu retten. An einer echten Problemlösung ist sie nicht interessiert. Stattdessen zielt sie darauf ab, die Ansprechpartner für diese Problematik auszumanövrieren und zu isolieren.“ (Yaman, der Standard, 11.8.2010)

8.2 Bewertung von Menschenrechtsorganisationen

Da bislang, und somit im Rahmen des alten Paradigmas, stets von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und insbesondere im Kurdengebiet die Rede war, ist es naheliegend, die Beobachtungen und Berichterstattungen auch von Menschenrechtsorganisationen einzuholen. Die Organisation Amnesty International ist schon seit Anfang der 90er Jahre in der Türkei präsent und veröffentlicht jährlich Berichte über die Menschenrechtssituation im Land. Um der Fragestellung nachzugehen und zu überprüfen, ob es zu einem Paradigmenwechsel gekommen ist und sich damit die Menschenrechtssituation verbessert hat, insbesondere gegenüber Kurden, sollte an dieser Stelle die Berichterstattung bis 2009 herangezogen werden. Der Bericht macht auch die Konflikte zwischen der amtierenden Regierungspartei und der restlichen staatlichen Organen, wie dem Militär und dem Verfassungsgericht deutlich

Der Amnesty International Bericht 2010 für das Jahr 2009 weist weiterhin auf erhebliche Mängel in Bezug auf Menschenrechte und die Kurdenfrage hin. Darin heißt es:

„Bei den Bemühungen, die Menschenrechte besser zu schützen, wurden 2009 kaum Fortschritte erzielt. Nach wie vor trafen Berichte über Folter und andere Misshandlungen ein. Auch gab es weiterhin Strafverfahren, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränkten. Die legitimen Aktivitäten türkischer Menschenrechtsverteidiger wurden durch administrative und juristische Schikanen behindert. Bei Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Bedienstete wurde häufig nicht gründlich ermittelt. Es gab nach wie vor unfaire Gerichtsverfahren, vor allem auf Grundlage des (bisherigen-, U.O.) Antiterrorgesetzes, das auch dazu benutzt wurde, Kinder und Jugendliche auf dieselbe Weise strafrechtlich zu verfolgen wie Erwachsene. Bei den Haftbedingungen wurden kaum Verbesserungen erzielt, und häufig hatten Gefangene keinen angemessenen Zugang zu medizinischer Versorgung(...) Die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden wurden noch immer verletzt.“(ebd.: 1)

Es wird darauf hingewiesen, dass im Januar der neue staatliche Radio- und Fernsehkanal TRT-6 in kurdischer Sprache eingeführt wurde, die Einschränkungen zum Gebrauch nichttürkischer Sprachen im politischen Bereich sowie in öffentlichen und privaten Schulen blieben jedoch bestehen.

Weiter heißt es, dass im März die Kurdische Arbeiterpartei PKK einen Waffenstillstand ausgesprochen hatte, der bis Juni 2010 anhalten sollte, durch bewaffnete Angriffe der türkischen

Streitkräfte dennoch viele Menschen in Ostanatolien ihr Leben verloren.

„Im Mai kamen in der Ortschaft Bilge/Zangirt (Provinz Mardin) im Südosten des Landes bei einer Schießerei 44 Menschen ums Leben. Offiziellen Verlautbarungen zufolge waren die mutmaßlichen Täter in der Mehrzahl sogenannte Dorfschützer, die vom türkischen Staat ausgerüstet wurden, um als paramilitärische Hilfstruppe gegen die PKK zu kämpfen. Auch unter den Opfern waren einige Dorfschützer.“ (ebd.:2)

Der Bericht weist darauf hin, dass im Juli der Bau des Ilisu-Staudammes in Süd-Ostanatolien im Rahmen des GAP-Projektes, wie bereits im Abschnitt 4.3 erwähnt, gestoppt wurde, nachdem Deutschland, Österreich und die Schweiz ihre Exportkreditbürgschaften zurückzogen.

„Die drei Länder reagierten damit auf Bedenken, dass das Projekt nicht die vereinbarten Standards erfüllen würde, darunter auch die zugesicherten Menschenrechtsgarantien. Im Zuge des Staudammprojekts war die Umsiedlung von mindestens 55.000 Menschen geplant.“ (ebd.)

Im November befasste sich das Parlament mit einer Initiative, die den Klagen von kurdischstämmigen Bürgern über Menschenrechtsverletzungen Rechnung tragen und zur Beendigung des Konflikts mit der PKK beitragen soll. Die Regierung kündigte Schritte zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes an, ohne jedoch einen konkreten Zeitplan zur Umsetzung zu nennen.

„Im Dezember setzte das Verfassungsgericht der positiven Entwicklung in der kurdischen Öffnung ein vorläufiges Ende. Es verbot am 11. Dezember die kurdische "Partei für eine demokratische Gesellschaft" (DTP), die mit 22 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten war. Die Entscheidung löste eine Reihe gewaltsamer Zusammenstöße aus. In vielen Städten des kurdisch besiedelten Südostens lieferten sich Jugendliche Schlachten mit Polizisten in Kampfmontur. In Bulanik, einer Kreisstadt in der Provinz Mus, schoss ein Dorfschützer mit einem Maschinengewehr auf Demonstranten. Zwei starben an Ort und Stelle, weitere wurden schwer verletzt. Das Verfassungsgericht beschloss das Verbot der pro-kurdischen Partei mit der Begründung, die Partei sei zum "Brennpunkt von Aktivitäten gegen die unteilbare Einheit des Staates, des Landes und der Nation" geworden. Das Verbot erfolgte auf der Grundlage von Gesetzen, die nicht die internationalen Standards für das Recht auf Vereinigungsfreiheit erfüllen.“ (ebd.)

Der Amnesty-International Bericht kritisiert den Verbot der DTP und das fünfjährige politische Betätigungsverbot ihrer 37 Abgeordneten, darunter der Vorsitzende Ahmet Türk, und weist darauf hin, dass das Verbot nicht internationalen Standards entspricht. Als Begründung für das Verbot der DTP wurde angegeben, dass ihre Aktivitäten im Widerspruch zu der "Unabhängigkeit des Staates und der unteilbaren Integrität seines Staatsgebietes und der Nation" gestanden hätten.

In der Vergangenheit wurden immer wieder politische Parteien durch Beschlüsse des Verfassungsgerichtes verboten, darunter auch die Partei „Die Grünen“. Viele davon vertraten die Interessen des kurdischen Teils der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang steht das Recht auf freie Meinungsäußerung, die nach Ansicht von Amnesty International in der Türkei nicht gegeben ist.

Menschen, die auf gewaltlose Weise abweichende Meinungen äußerten, insbesondere Kritik an den Streitkräften, wurden zum Ziel strafrechtlicher Ermittlungen und Verfahren. Zu den Angeklagten zählten häufig Schriftsteller, Journalisten, kurdischstämmige politische Aktivisten eben wie die der DTP, sowie Menschenrechtsverteidiger. Viele auf Grundlage des Antiterrorgesetzes angestregten Verfahren betrafen die freie Meinungsäußerung zur Kurdenfrage in der Türkei. Die Prozesse endeten häufig mit der Verhängung von Freiheitsstrafen.

Osman Baydemir, DTP-Mitglied und Bürgermeister der im Südosten des Landes gelegenen Stadt

Diyarbakir, wurde im April der "Propaganda für eine illegale Organisation" für schuldig befunden (Artikel 7/2 des Antiterrorgesetzes). Er war angeklagt worden, weil er 2008 bei einer Kundgebung, die sich gegen die Militäroperationen der türkischen Streitkräfte im Nordirak richtete, eine Rede gehalten hatte. Das Berufungsverfahren war Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen.

Zwar wurden 2009 erneut zahlreiche Ermittlungen und Strafverfahren wegen "Herabwürdigung des Türkentums" (Artikel 301 des Strafgesetzbuchs) eingeleitet (Verfassungsgericht), was mit Haftstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden kann, doch verweigerte das Justizministerium (AKP) in den meisten Fällen eine Fortsetzung des Verfahrens. Das zeigt, dass die AKP Gesetzes- und Falllagen anders interpretiert als das kemalistisch geprägte Verfassungsorgan.

Im August 2009 wurde gegen den Journalisten Mehmet Baransu auf Veranlassung des Oberbefehlshabers der Streitkräfte Ilker Basbug ein Verfahren nach Artikel 301 eröffnet. Grund für die Strafverfolgung von Baransu war ein Artikel in der überregionalen Zeitung Taraf über eine vermeintliche Verschwörung der Armee zur Destabilisierung der Regierung. Die Genehmigung des Justizministeriums für die Fortsetzung der Strafverfolgungsmaßnahmen lag am Jahresende noch nicht vor. Auch hier, wie in so vielen anderen Fällen auch, zeigt sich ebenfalls eine Dichotomie in den Strafverfolgungsprozessen zwischen dem kemalistischen Militär und der AKP.

Die Kluft zwischen Armee und Regierung wird auch durch die neue Regelung deutlich, dass im Juni die Strafprozessordnung dahingehend geändert wurde, dass Armeeinghörige nun auch vor Zivilgerichte gestellt werden können und dadurch gewährleistet werden soll, dass Armeeinghörige nunmehr einen strafrechtlich fairen Prozess bekommen sollen, und in den Militärgerichten nicht mehr „bevorzugt“ (ebd.: 5) werden sollen, d.h. in Schutz genommen werden sollen. Denn bislang wurden in den Staatssicherheitsgerichten nie Befehlshaber in den oberen Rängen der militärischen Hierarchie angeklagt und somit auch noch nie verurteilt. Bislang wurden höchstens einfache Soldaten für Bagatelldelikte oder bei der Kriegsdienstverweigerung angeklagt.

Eine gewisse Auflockerung im Kurdenverhältnis betrifft die Haftbedingungen für den PKK-Führer Abdullah Öcalan. Im November wurden fünf Häftlinge in das Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel Imrali verlegt, in dem sich PKK-Führer Abdullah Öcalan seit zehn Jahren in Isolationshaft befindet. Es wurde angekündigt, dass die nun insgesamt sechs Gefangenen gemäß den geltenden Bestimmungen für Häftlinge in Hochsicherheitsgefängnissen bis zu zehn Stunden wöchentlich miteinander verbringen dürfen.

Mit dem alten Anti-Terrorgesetz wurden auch häufig Kinder und Jugendliche schwer bestraft.

„Immer wieder mussten Kinder und Jugendliche ihre Haftstrafen zusammen mit Erwachsenen verbüßen; generell gab es im Hinblick auf die Haftbedingungen keine Unterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen. Insbesondere hatten die Kinder in den Haftanstalten keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.“ (ebd.:3)

Dass Teile der Polizei und Justiz nichts von der "kurdischen Öffnung" halten, lässt sich auch an der Inhaftierung tausender Kinder und Jugendlicher seit 2008 ablesen. Viele von ihnen wurden zu Haftstrafen von mehr als zehn Jahren verurteilt. Hintergrund ist der Artikel 220/6 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach Personen, die Straftaten im Namen einer illegalen Organisation begehen, wie Mitglieder dieser Organisation bestraft werden können, ohne tatsächlich Mitglied zu

sein. Elci schildert die Situation so:

"Bei Demonstrationen in den kurdischen Gebieten geht es oft um Forderungen, die auch von der PKK erhoben werden, oder es werden Parolen gerufen, mit denen die PKK oder ihr inhaftierter Vorsitzender Abdullah Öcalan unterstützt werden. Kurdische Jugendliche tun sich dabei oft besonders hervor, teilweise werfen sie auch Steine." (ebd.)

Wenn sie festgenommen und vor Gericht gestellt werden, lautet die Anklage oft nicht nur Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung oder Propaganda für eine illegale Organisation, sondern eben auch Mitgliedschaft in einer illegalen Terrororganisation.

"Da die Strafen für die einzelnen Vergehen summiert werden, kommt es zu extrem hohen Haftstrafen, die in keinem Verhältnis zu den eventuell tatsächlich begangenen strafbaren Handlungen stehen", [...] "Oft werden auch Menschen wegen Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation verurteilt, weil sie politische Forderungen erhoben haben, die auch von der PKK gestellt werden. Ein Beispiel dafür sind Kampagnen für die Einführung von kurdischem Sprachunterricht an staatlichen Schulen. Dies ist ein allgemein verbreitetes Anliegen und wird von vielen Nichtregierungsorganisationen gefordert, aber auch von der PKK.", so Elci im Bericht.

Schon vor dem DTP-Verbot war für Tahir Elci der Machtkampf um die Kurdenpolitik, die eng verbunden ist mit den Chancen für eine Verbesserung der Menschenrechtslage, nicht entschieden:

"Die AKP-Regierung will eine friedliche Lösung, es gibt aber viel Widerstand in der Gesellschaft und von den nationalistischen Kräften, der MHP und der CHP, im Parlament. Das Militär sieht zwar auch, dass der Konflikt nicht mit militärischen Mitteln zu lösen ist. Es lehnt aber politische Zugeständnisse ab. Das DTP-Verbot war ein Triumph für die Gegner der "kurdischen Öffnung". (ebd.)

Der Bericht weist nochmal darauf hin, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kürzlich darauf hingewiesen hat, dass die Türkei im Zusammenhang mit Parteiverbotsverfahren mehrfach gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen habe.

8.3 Zusammenfassung

Damit zeigt auch der Amnesty-International Bericht, dass es eine fundamentale Dichotomie zwischen der AKP-Regierung und den staatlichen Institutionen, wie dem Verfassungsgericht und dem Militärstab, existiert. Vor der Machtübernahme der AKP dominierte der kemalistisch-laizistische Flügel die türkischen Institutionen, die per se nach der kemalistischen Ideologie das gängige Kurdenparadigma aufrecht hielten. Wie es Beyme oben schon formulierte, waren es diese Institutionen, die das vorherrschende Paradigma am Leben hielten. Das gängige, von den Kemalisten am Leben gehaltene Kurdenparadigma bestand also auch nach dem Amnesty-International Bericht darin, Menschenrechte zu verletzen, unfaire Gerichtsprozesse zu führen und Freiheiten einzuschränken. Um so offensichtlicher ist auch die Berichterstattung von Amnesty-International, die zeigt, dass die AKP nun eine Trendwende in der Kurdenpolitik einleitet und mit den alten Institutionen abrechnet, wie es Rumpf schon formulierte.

9. Die PKK und die „kurdische Öffnung“

Die PKK steht der kurdischen Öffnung und der Zivilverfassung sehr kritisch gegenüber und lehnt die Bestrebungen der Regierung kategorisch ab. In der Online-Zeitschrift der PKK, „Firat News“, bewerten die kurdischen Analysten die Regierungspolitik als eine Farce. Darin heißt es, dass das Kurdenproblem weder mit der PKK angefangen habe, noch mit der Vernichtung der PKK enden werde. Das Kurdenproblem sei ein internationales Problem, die Topographie Kurdistans sei vom internationalen politischen System aufgeteilt worden, was das Grundproblem sei. (Zafer 2009: 2).

Mit der Initiative von dem damaligen Ministerpräsidenten und späterem Staatspräsidenten Turgut Özal wäre ein guter Schritt eingeschlagen worden, als er mit Barzani, Talabani und Ahmet Türk den Dialog begann. Doch mit seiner Ermordung und den Repressalien in den 90ern habe sich das Problem weiter verschärft und ihren Höhepunkt bei der Verschwörung um die Verhaftung vom Kurdenführer Abdullah Öcalan erreicht, so die Analysten von Firat (<http://www.firatnews.com/index.php?rupel=kurdistan>).

Auch bereits die Aufnahme von Probesendungen in kurdischer Sprache auf TRT-SeS stieß bei der PKK auf heftige Kritik. Die PKK und ihr verbundenen Medienorgane äußern sich z.T. mit Abscheu über das Kurden-Fernsehen und verunglimpfen den TRT Sender als „neues Instrument der Assimilation“. Zugleich fordern sie das kurdische Volk auf, den Kanal nicht einzuschalten, und warnen kurdische Künstler davor, die Sendungen zu unterstützen. Während einige vom TRT eingeladene kurdische Künstler daraufhin eine Zusammenarbeit aus politischen Gründen abgelehnt haben, sollen andere laut Medienberichten durch die Drohungen der PKK abgeschreckt worden sein. In ihrer Propaganda wirft die PKK dem Staat den Versuch der Assimilation der kurdischen Kultur durch Fernsehsendungen vor. Unter Bezug auf das Dorfwächtersystem heißt es: „So wie auf politischem Gebiet ein System von Wächtern geschaffen wurde, so will man jetzt mit Hilfe von weißen Kurden ein künstlerisches Wachsystem errichten. Das kann nur als Verrat bezeichnet werden.“ (22.3.2010, Rojan.net/acilim.com). Die oberste Führung der PKK meldete sich der folgenden Analyse zu Wort:

„Hinter der Diskussion, dass mit dem Projekt eines solchen Senders an einigen Universitäten Abteilungen für Kurdologie eingerichtet werden könnten, verbirgt sich in Wirklichkeit ein nicht besonders gut ausgearbeiteter Schlachtplan. Mit der Ausstrahlung vor den Kommunalwahlen verfolgt die AKP das Ziel, Stimmen zu gewinnen. Als Provokation zur Verhinderung einer [echten] Lösung wird ein Sender eingerichtet. Unterstützung dieses Projektes ist Verrat am Kampf für die Freiheit der Kurden. Niemand darf sich diese Sendungen ansehen.“ (ebd.)

Emine Ayna, erklärte, dass die Kurden damit vor der Wahl betrogen werden sollen, denn ein solches Unternehmen stünde wegen des kurdischen Alphabetes nicht unter dem Schutz der Verfassung. Der DTP Abgeordnete aus Mus, Sirri Sakik, behauptete seinerseits, dass im türkischen Parlament und im kurdischen Fernsehen die Kurden nicht zu Wort kämen. Der Abgeordnete für Sırnak, Hasip Kaplan, erklärte die Sache so: „Wer kommt denn als Mitarbeiter für das kurdische Fernsehen in Frage? Kurden ohne Vorstrafen. Und gibt es überhaupt eine wahren Kurden, der keine Vorstrafen

hat – natürlich nicht!“ (ehem.Homepage der DTP, jetzt unter Firat News, 24.6.2010) Seinem Wissen nach, habe bisher kein Kurde ein amtliches Schreiben im Zusammenhang mit dem Kurden-Fernsehen erhalten. Nicht ein Kurde habe mit der Anstalt gesprochen; und er rät dringend vom Geschäft mit dem Kurdischen und dem Kurdentum ab. „Tun Sie es nicht zum Stimmenfang vor der Wahl?!; es wird Ihnen nur schaden.“ (ebd.)

Ein zentrales Element der PKK-Kritik ist, dass sie in ihrer Argumenten die kurdische Bevölkerung und die PKK gleichsetzen, die PKK sei das „Sprachrohr“ der kurdischen Bevölkerung und die Verfolgung der PKK stelle gleichzeitig die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, im Iran, im Irak und in Syrien da. Wörtlich heißt es:

„Die DTP war die letzte Partei, der legalen kurdischen Politiktradition. Sämtliche Vorgängerparteien, die HEP, DEP, HADEP und DEHAP wurden in der Vergangenheit verboten und ihre Politiker und Mitglieder verhaftet und gefoltert. Die Basis dieser von der absoluten Mehrheit der kurdischen Bevölkerung unterstützten Parteien, ist die Selbe Basis wie die der PKK.“ (AKP'nin Kürt açılımı çözümlü mü kördüğüm mü? BAKİ GÜL , 24.7.2009)

Weiter heißt es, dass mit dem Verbot der DTP die Kemalisten wieder einmal gezeigt hätten, wie schon immer zuvor, dass sie an der Lösung des Kurdenfrage nicht interessiert seien.

Desweiteren wird angeführt, dass die PKK, sowie der damalige DTP Vorsitzende Ahmet Türk und mit dem Einvernehmen der kurdischen Bevölkerung bereits mehrere Friedensratschläge der türkischen Regierung unterbreitet wurde, aber diese ignoriert worden seien. Solange die Regierungen (Türkei, Iran, Irak, Syrien und alle anderen Beteiligten) die PKK und seinen Führer Abdullah Öcalan nicht als Verhandlungspartner akzeptieren, solange werde das Kurdenproblem niemals gelöst werden. Das kurdische Volk und die PKK können nicht getrennt und gesondert behandelt werden. Die Forderungen der PKK werden hier klar formuliert, Öcalan und die inhaftierten DTP Politiker müssen befreit werden, alle Inhaftierten, die jünger als 18 Jahre alt sind, müssen befreit werden, sämtliche Verfahren, die direkt oder indirekt mit der kurdischen Sprache oder Kultur zu tun haben seien faschistische Vorgehensweisen, diese Verfahren müssen eingestellt werden, der Dialog mit den kurdischen Führern müsse aufgebaut werden (Sercan Bakir, Firat News, 14.5.2010).

Mit der begrifflichen Trennung von Kurden und PKK-Terroristen kann die PKK nichts anfangen. Für sie sind alle Kurden Anhänger und Befürworter der PKK. Da Abdullah Öcalan der Führer der PKK ist, ist er auch der Führer aller Kurden. Solange die AKP diesen Sachverhalt nicht akzeptiere, solange werde es, so die Ansicht der PKK, keine Lösung des Kurdenkonfliktes geben.

Dass die Gleichsetzung, alle Kurden sind PKK-Anhänger, eine Anmaßung ist, dürfte plausibel sein. Zumal die PKK nach marxistischer Tradition Religiosität ablehnt und offensichtlich ein großer Teil der kurdischen Bevölkerung sunnitische Muslime sind und ein weiterer Teil Aleviten, dürfte aus diesem Aspekt heraus eine solche Gleichsetzung nicht nachvollziehbar sein. In welchem Maße die religiösen Kurden die PKK unterstützen, lässt sich ebenfalls nur schwer nachweisen. Einen indirekten Hinweis auf die nichtvollständige-Unterstützung der religiösen Kurden auf die PKK dürfte das Ergebnis des Referendums sein. Trotz des öffentlichen Ausrufes Öcalans, wie auch der DTP bzw. BDT, das Referendum zu boykottieren und erst gar nicht zur Abstimmung zu gehen, hat

die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung am Referendum teilgenommen. Sie hat nicht nur am Referendum teilgenommen, in fast allen kurdischen Gebieten, mit Ausnahme von Tunceli, haben die Kurden mit sogar mehr als 90% für die Verfassungsänderung gestimmt.

Bislang waren die Kurden im Kurdengebiet zwar den Aufrufen der PKK und Öcalans nachgegangen, die entsprechenden kurdischen Parteien in den Parlamentswahlen bzw. Kommunalwahlen zu wählen. Ob das Wahlverhalten der Kurden auf die Aufrufe der PKK zurückging, oder das Interesse der Kurden, von kurdischen Parteien, die offensichtlich von der PKK unterstützt wurden, regiert zu werden, ist ebenfalls fraglich. Ob es auch zu einer Trendwende und damit zu einer neuen Form der politisch-gesellschaftlichen Krise in dem Kurdengebiet unter der Führung der PKK gekommen ist, wird die Zukunft und frühestens die Parlamentswahlen 2011 zeigen oder Hinweise geben. Das es zu neuen Krisen und Veränderungen im Kurdengebiet, unter der PKK und der türkischen, staatlichen Politik gekommen ist, zeigen auch die Wendungen im internationalen Umfeld der Türkei und des Kurdengebietes.

10. Die „kurdische Öffnung“ der AKP im internationalen Umfeld

Eine Besonderheit des Kurdenkonflikts liegt vor allem darin, daß es sich hierbei um einen transnationalen, grenzüberschreitenden und den internationalen Frieden gefährdenden Konflikt handelt. Vor allem die Massaker von Halabja im März 1988 in Irakisch-Kurdistan, die Bagdad unter Einsatz von Giftgasen an den Kurden verübte und bei denen mehrere Tausend Zivilisten ermordet wurden, sowie das Flüchtlingsdrama infolge des zweiten Golf-Krieges 1991 hatten eine „Internationalisierung des Kurdenkonflikts“ zur Folge, der bisher primär als eine innerstaatliche Angelegenheit der betroffenen Staaten betrachtet worden war (Gürbey 1998). Der friedensgefährdende und grenzüberschreitende Charakter des Kurdenkonflikts im Nahen Osten wurde mit diesen Vorfällen zum ersten Mal international anerkannt.

Nach den vorangegangenen Diskussionen wird ersichtlich, dass die Kurdenproblematik eine Themenkomplex ist, dass nicht nur innerhalb eines staatlichen Territoriums diskutiert werden kann, sondern dringend komparativ analysiert werden sollte, vgl. Abschnitt 3. Denn nicht nur historisch erstreckt sich das Kurdengebiet, die im Osmanischen Reich als die Provinz Kurdistan bezeichnet wurde, über einen breiten Raum im vorderen und Klein-Asien, angrenzend an den Nahen Osten. Die kurdischstämmige Bevölkerung ist in einem Raum zwischen vier Nationalstaaten, nämlich der

Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien angesiedelt. Ebenso sind auch die PKK und die kurdischen Organisationen in diesen Ländern gemeinsam organisiert. Die grössten und einflussreichsten Organisationen stellen neben der PKK, die als die PKK in der Türkei agiert, die PJAK („Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê“, zu deut. Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) im Iran, die PDK unter der örtlichen Führung von Masud Barzani (kurdisch: Partîya Demokrata Kurdistanê, zu deut. Demokratische Partei Kurdistans) im Irak bzw. Nordirak und die PDK-S (Demokratische Partei Kurdistans in Syrien) dar. Mit Ausnahme von einigen wenigen kleineren kurdischen Organisationen, die überwiegend unter regionaler Führung der Klanführer agieren, stellt Abdullah Öcalan den gemeinsamen Führer der genannten kurdischen Organisationen und wird von den Organisationen auch als der Führer der Kurden bezeichnet. In den Massenveranstaltungen, Protestkundgebungen, wie auch in den bewaffneten Kämpfen insbesondere seit den 80er Jahren haben diese Organisationen ihre Aktivitäten stets gemeinsam koordiniert, und immer unter der Führung von Öcalan. Auch seitdem Öcalan inhaftiert wurde, gilt sein Wort als Befehl für diese kurdischen Organisationen. Dies bekunden die jeweiligen Organisationen in ihren Veröffentlichungen und Mitteilungen, aber auch die kurdischen politischen Parteien in den staatlichen Parlamenten, wie zuletzt die DTP, beteuern ihre Solidarität mit Öcalan und fordern die Regierungen auf, Gespräche mit Öcalan zu führen, was als Hauptursache dafür angesehen wird, warum die DTP vom türkischen Verfassungsgericht als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft und verboten wurde. Eines der Begründungen des türkischen Generalstaatsanwaltes, der das Verbotverfahren gegen die Regierungspartei AKP eröffnet hatte, um die AKP schliessen zu lassen war die, dass Erdogan und die AKP bilaterale Gespräche mit der DTP und ihrer Parteispitze führte, was vom türkischen Generalstaatsanwalt ebenfalls als ein terroristischer Akt eingestuft wurde⁴⁰. Doch nicht nur die organisierten kurdischen Vereinigungen zeigen, dass das Kurden Themenkomplex nicht nur lokal, sondern komparativ analysiert werden sollte, sondern auch die Herangehensweise des türkischen Staates zeigt, dass das Kurdenproblem als solches nicht nur innerhalb der eigenen Staatsterritorien gelöst werden kann.

10.1 Iran-Türkei-Kurden Beziehungen

10.1.1. Vor der AKP-Ära

Mit der Auflösung des Osmanischen Reiches und der Gründung der Türkischen Republik brachen auch im persischen Kurdengebiet die Aufstände aus. In den dreißiger Jahren gab es immer wieder Aufstände, die durch Simko Aga angeführt wurden und 1930 von der persischen Armee erschossen wurde (Dogan 2010, sowie zur weiteren Ausführung). Am 22. Januar 1946 wurde in Mahabad die Republik Kurdistan gegründet, bis dahin der einzige Nationalstaat der Kurden. Das Staatsgebiet war

⁴⁰Siehe Begründung des Staatsanwaltes zur Schliessung der AKP

ein länglicher Streifen auf iranischem Territorium, der sich entlang der Grenzen zum Irak und der Türkei im Norden bis zur damaligen Sowjetunion erstreckte. Etwa zeitgleich kamen mehr als 3.000 Stammeskrieger der Barzanis aus dem Irak nach Mahabad. Sie flüchteten nach einem niedergeschlagenen Aufstand vor der irakischen Armee. Sie schlossen sich der Republik an und bildeten deren Armee. Ihr Anführer Molla Mustafa Barzani wurde zum General ernannt. Die Hauptaufgaben der Republik waren der Aufbau und Entwicklung eines Bildungswesens und die Pflege der kurdischen Sprache und Kultur. Die Demokratische Partei Kurdistan-Iran, deren Vorsitzender Qazi Mohammed war, stellte die Regierung des Staates. Es wurde ein Parlament mit 13 Abgeordneten gebildet. Zwischen den Kurden und der iranischen Armee kam es immer wieder zu Gefechten. Der Kurdenstaat hielt sich weniger als ein Jahr. Nach dem Rückzug der sowjetischen Armee wurde die Republik Kurdistan am 16. Dezember 1946 von iranischen Truppen erobert. Wegen „Aufruhr“ und „Hochverrat“ wurde Präsident Qazi Mohammed zum Tode verurteilt. Am 30. März 1947 wurden die Repräsentanten hingerichtet. Die Barzanis flohen über den Irak in die UdSSR.

Die Existenz einer kurdischen Kultur wird im Iran seitdem verleugnet. Die Region ist heute Teil der iranischen Provinz West-Aserbaidschan. In der Zeit des Shah Pahlavi versuchten die Kurden, die überwiegend sunnitisch waren, zusammen mit den islamistischen Schiiten, Aufstände zu organisieren und monarchistische Politiker zu ermorden. Dementsprechend kam es im „Ostkurdistan“ immer wieder zu militärischen Kampfhandlungen der königlichen Armee gegen die Kurden (Gronke 2003). Als Ayatollah Chomeini aus dem französischen Exil wieder in den Iran zurück kam, forcierte er die kurdisch-schiitischen Kräfte, um den Shah zu stürzen. Nachdem Chomeini der Sturz des Shahs im Frühjahr 1979 gelang, erklärte Chomeini den sunnitischen Kurden den Dschihad, den heiligen Krieg gegen diejenigen Mächte, die sich gegen den „wahren“ Islam stellten, worunter er auch die Kurden zählte, die überwiegend sunnitisch und sonst kommunistisch eingestellt waren. Mit der neuen islamischen Verfassung wurde den Kurden jegliches Existenzrecht abgesprochen, wonach unter dem Kommando von Abolhassan Banisadr Anfang 1980 eine Militäraktion gestartet wurde, um Ostkurdistan zu „säubern“ (Buchta 2004). Schätzungsweise 20.000 Kurden sollen bei diesen Angriffen ums Leben gekommen sein. Bis zum heutigen Zeitpunkt hat sich weder an der verfassungsrechtlichen Gesetzgebung, noch nach den Fatwas der Ayatollah an der Gesetzeslage gegenüber den Kurden etwas verändert.

Die offiziellen iranischen Stellungnahmen bei der Bekämpfung des Kurdenproblems, die PKK war in den 90ern auch im Iran sehr aktiv, beliefen sich, insbesondere in der Regierungszeit von Rafsandschani (Staatspräsident von 1989 bis 1997) und Chatemi (1997 bis 2005), auf die Behauptung, dass der türkische Staat, in resp. die türkische Armee die PKK benutze, um in den Iran einzumarschieren. Der iranische Staat warf dem türkischen Militär weiterhin vor, mit der Gründung des militärischen Geheimdienstes JITEM, das damals dem türkischen Generalstab und somit dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt war, die PKK finanziell zu unterstützen und mit Waffen zu

beliefern, damit die kurdischen Separatisten iranische Truppen angreifen können, um so die islamische Republik zu schwächen, damit sich die laizistischen Kemalisten weiterhin bestärkt fühlen können.

Im Gegenzug unterstellte der türkische Generalstab immer wieder, dass die PKK im Iran Unterschlüpfe und Rekrutierungslager aufbaue, und das diese vom iranischen Staat versorgt werden würde. Immer, wenn die ostanatolischen „Bergtürken“ sich in den Khandil-Bergen in Bedrängnis fühlten, würde sie sofort hinter die iranische Grenze fliehen, bis sie sich wieder mit neuen Ressourcen und Rekruten neuorganisieren, so die ultranationalistisch-kemalistischen Unterstellungen.

10.1.2. Die iranisch-türkisch-kurdischen Beziehungen seit der AKP

Die Beziehung zwischen der Türkei und dem Iran hat in den letzten Jahren eine merkliche Wende genommen, insbesondere seit dem Achmedinedschad und Erdogan, die auch die „islamische Synthese“ genannt werden, an der Macht sind. Beiden ist eine starke handelspolitische Ausrichtung auf die EU gemeinsam. Zwischen dem Iran und der Türkei gibt es eine umfassende Zusammenarbeit im Energie- und Gassektor. Beide Länder sind Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OWZ), beide Länder haben ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung politischer Stabilität im Irak, ohne einen souveränen Nord-Irak, und beide Länder hatten bislang grosses Interesse an der Eindämmung des kurdischen Separatismus (Gregor 2009). Nach den vorangegangenen Diskussionen stellt sich die Frage, wie sich die iranisch-türkischen Beziehungen im Bezug auf die Kurdenfrage geändert haben.

Die gegenwärtige Ebene der Zusammenarbeit zwischen Teheran und Ankara sei bisher beispiellos in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern, stellte Mottaki im Verlauf seines Zusammentreffens mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des türkischen Parlaments fest (Mottaki, Interview Teheran Times, 26.12.2007). Am 14. August 2008 reiste der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad in die Türkei, um dort mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül das iranische Atomprogramm sowie die bilateralen Beziehungen zu besprechen. Das säkulare Establishment in der Türkei begegnet Ahmadinedschad mit Misstrauen. Der vorherige Präsident der Türkei, Ahmet Necdet, ehemaliger Vorsitzender des türkischen Verfassungsgerichtes in den 90ern und Mitglied der CHP, hatte sich geweigert, im Verlauf seiner Amtszeit Ahmadinedschad zu empfangen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, dass die türkischen Behörden dazu gezwungen waren, den Besuch von Ahmadinedschad nach Istanbul zu verlegen und den Besuch von einer offiziellen Visite in einen Arbeitsaufenthalt umzubenennen, da er nicht beabsichtigte, das Grab von Mustafa Kemal Atatürk, dem weltlich orientierten Gründer der modernen Türkei, zu besichtigen. (Zerin, Reuters, August 4, 2008).

Trotz der Tatsache, dass beide Länder, aus historischer und staatsideologischer Sicht betrachtet, Rivalen sind, haben beide Länder zunehmende wirtschaftliche Beziehungen in den letzten 5 Jahren aufgebaut und verhandeln weiterhin über eine Erweiterung der Zusammenarbeit. Dies geschieht,

obwohl die Türkei ein wichtiger Verbündeter der USA und der NATO und das einzige muslimische Land im Nahen Osten ist, das mit Israel, dem Erzrivalen der islamischen Republik Iran, militärisch zusammenarbeitet (Iason 2006).

Seit der Regierungsübernahme der AKP wurde der Iran der größte Erdgaslieferant und der zweitgrößte Öl-Lieferant der Türkei. Viele türkische Unternehmen erhielten lukrative Großaufträge im Iran. Ankara und Teheran haben Abkommen im Umfang von \$ 1,5 Milliarden Dollar unterzeichnet, die die gemeinsame Errichtung von drei Kraftwerken mit einer Kapazität von jeweils 2.000 Megawatt vorsehen, zwei davon im Iran und eines in der Türkei, sowie eine Anzahl von hydroelektrischen Kraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 10.000 Megawatt (vgl. Staatliches Energieunternehmen der Türkei Botas, URL: <http://www.botas.gov.tr/index.asp>). Unter den Bedingungen des Abkommens wird Ankara pro Jahr drei bis sechs Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie aus dem Iran in die Türkei importieren. Gegenwärtig exportiert der Iran mit Hilfe von zwei Übertragungsleitungen elektrische Energie in die Türkei, deren Gesamtvolumen sich auf 250 Megawatt beläuft (Daly 2008: 2).

Im Zuge einer gemeinsamen Pressekonferenz in Istanbul mit dem iranischen Energieminister Parviz Fattah, die im November 2007 stattfand, gab der türkische Minister für Energie, Hilmi Güler, an: "Die Unterzeichnung (von Abkommen) wird weiter stattfinden. Unsere Bemühungen werden fortgesetzt." (Gregor 2008: 3). Die Türkei importiert 90 % ihres Gesamtenergiebedarfs. Unter Bezugnahme auf diese wirtschaftliche Tatsache gab der türkische Premierminister Erdogan am 20. September 2007 an, dass sich die Türkei auf Importe aus dem Iran und Russland verlasse, und dass es "außer Frage stünde, die Einfuhr aus einem oder beiden Ländern abubrechen." (ebd.)

Ein weiterer Pfeiler, möglicherweise sogar der wichtigste Pfeiler der iranisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen ist die Nabucco Pipeline, welches das finanzielle bislang grösste unternommene Projekt in der Geschichte der Türkei darstellt und GAP an die zweite Stelle rückte (Botas-International Projects,s.o.). Das Nabucco-Pipeline Projekt sieht den Bau einer Erdgas-Pipeline vor, beginnend in der Türkei bis in das österreichische Verteilerzentrum. Am 13. Juli 2009 wurde ein Rahmenabkommen von den fünf beteiligten Transitstaaten Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich unterzeichnet. Die Pipeline soll die EU mit den kaspischen Erdgasvorkommen verbinden, womit der Iran zusammen mit dem Irak zu den Hauptlieferanten werden soll. Die mit der Türkei beginnende Nabucco Pipeline wird direkt mit der iranische Erdgas Pipeline verkoppelt werden. Von den erwarteten 31 Milliarden Kubikmetern Erdgas würde der Iran mit etwa 14 Kubikmetern Erdgas, neben dem Irak, der Hauptlieferant für das Erdgas werden. Relevant in diesem Zusammenhang ist, dass die Nabucco-Pipeline/Iran-Pipeline Ankopplungsstrecke, die etwa knapp 2000km lang ist, mitten durch das iranische Kurdengebiet, dem „Ostkurdistan“, verläuft. Gerade in diesem Gebiet greifen die iranischen und türkischen Streitkräfte massiv die kurdischen Siedlungsgebiete und vermeintliche Stützpunkte der PKK/PJAK an, um „Ordnung und Stabilität“ ins Gebiet zu bringen, so Basbug, der Generalstabschef der türkischen Armee, da in der Vergangenheit mehrere Sabotageakte an der iranischen Erdgaspipeline

versucht worden worden seien, indem Sprengsätze angebracht worden seien und mehrere Kanäle der Pipeline dadurch beschädigt worden wären (Stellungnahme von General Basbug, 5.7.2010).

Aus den Stellungnahmen des türkischen wie auch iranischen Militärs geht hervor, dass die Zusammenarbeit der türkischen und iranischen Streitkräfte bei der Bekämpfung des kurdischen „Separatismus“, wie es in den Veröffentlichungen bezeichnet wird, kaum abgenommen habe (ebd). Dabei haben sich die Kämpfe nicht nur an der iranisch-türkischen Grenze, im Kurdengebiet, abgespielt. In den letzten Jahren sind beide Streitkräfte gemeinsam vermehrt in den Nord-Irak eingedrungen, um dort vermeintliche Stützpunkte der PKK/PJAK einzugreifen. Nach Angaben der PKK, wie auch Human Rights Watch, seien dabei überwiegend Zivilisten ums Leben gekommen (HRW 12.7.2010). Die PJAK wurde am 4. April 2004 durch ihren Gründungskongress offiziell gegründet und nennt sich selbst die „iranische Schwesterorganisation der PKK“. Beide Parteien teilen sich jedoch Abdullah Öcalans Ideologie und verfolgen dieselben Ziele mit ähnlichen Methoden. Des Weiteren gibt es personelle Überschneidungen bei der Führung und bei den Mitgliedern. Haji Ahmadi, Oberbefehlshaber der PJAK und früherer PKK-Miliz, bezeichnete Öcalan in einem Interview als denjenigen, der den Kampf der PJAK definiere. Im Gegensatz zur PKK wird die PJAK von Seiten der USA nicht direkt als Terroristische Organisation eingestuft, nach Aussagen der PJAK wird diese sogar von den USA unterstützt (PJAK 24.8.2006). Seymour Hersh, schrieb in The New Yorker, dass die PJAK von den USA und von Israel finanziell, sowie mit Waffenlieferungen unterstützt werde (Hersh 27.12.2006). Im Jahre 2009 listete nur das US-amerikanische Schatzamt die Organisation als eine „terroristische Organisation“ ein, worüber die PJAK sehr verwundert schien (Timmerman 2009). Seit 2007 nehmen die Gefechte an Intensität zu, so auch die Beobachtung des Heidelberger Institutes für Konfliktforschung, HIK (Konfliktbarometer Iran, 1982-2009). Im August 2007 starteten die Streitkräfte des Iran eine größere Offensive gegen die Präsenz der PJAK in Nordirak und nahm Lager der PJAK und kurdische Dörfer unter Artilleriebeschuss. Der Iran selbst hat keine offizielle Erklärung über Operationen im Irak abgeben. Protest kam von der kurdischen Regionalregierung der Autonomen Region Kurdistan.

Aus den Berichten des Human Right Watch (vgl. Minority Report Iraq,Iran, Turkey 2009) geht hervor, dass auch die gemeinsamen Angriffe des Irans und der Türkei im Nord-Irak in den letzten Jahren gestiegen seien. Die türkische Regierung hat im Frühjahr 2010 für 185 Millionen Dollar zehn Aufklärungsdrohnen, also unbemannte Flugkörper, aus Israel gekauft (Anfrage im TBMM von Sebahat Tuncel, 2.6.2010). Mit ihnen sollen PJAK/PKK-Trupps auch in ihren Rückzugsgebieten in Nordirak aufgespürt werden, so dass man sie mit Luftwaffe, Artillerie oder beim Grenzübertritt besser bekämpfen und die iranisch-türkischen Truppen besser koordinieren kann, so Basbug. Ebenso zeigen die Berichte des Heidelberger Instituts für Konfliktforschung, dass die militärischen Konflikte im Iran zugenommen haben.

Der Politologe und Iranologe Moschtaghi stellt fest, dass sich auf lange Sicht die Menschenrechtssituation und insbesondere die Situation der Kurden im Iran nicht verbessern werde (Moschtaghi 2010). Dabei stelle das Kurdenproblem im Iran kein *ethnisches Problem* dar, sondern

vielmehr ein *religiöses Problem*, so Moschtaghi. Da der Großteil der kurdischen Bevölkerung sunnitisch ist, und die Anhänger der PKK/PJAK Größtenteils Agnostiker bzw. Atheisten sind, werde sich die iranisch-schiitische Politik des Iran nicht verändern. Es ist davon auszugehen, dass die Repressalien gegenüber den Kurden und die Angriffe auf die Stellungen der kurdischen Organisationen weiter gehen werden, so Moschtaghi (ebd.: 42).

10.2 Irak-Türkei-Kurden Beziehungen

10.2.1. Vor der AKP-Ära

Die moderne Geschichte des Irak beginnt mit der Auflösung des Osmanischen Reiches. Um einen Hauptverbündeten aus dem Ersten Weltkrieg abzufinden, wandelt Großbritannien das Land formal in eine haschemitische Monarchie um (Gronke 2003: 9ff). Faisal Ibn Hussein, der den arabischen Aufstand gegen das osmanische Reich angeführt hatte, wurde am 23. August 1921 König des Irak. Als 1926 die erdölreichen Gebiete der Kurden um Mosul und Kirkuk an das Königreich Irak angegliedert wurden und 1927 die Erdöl-Konzession an die British Petroleum Company abgegeben wurde, begann kurze Zeit später der irakische Kurdenkonflikt. Der organisierte Widerstand der irakischen Kurden in „Südkurdistan“ begann mit Molla Mustafa Barzani, dem Vater von Mesut Barzani, der 1946 die Kurdisch-Demokratische Partei (KDP) gründete. Barzani organisierte mehrere Aufstände und Kriege gegen die erst monarchistische, dann militärisch (Militärputsch 1958) organisierte Republik Iran. Seinen Höhepunkt nahm der Kurdenkrieg im Irak 1970 (Ibrahim 1991). Schätzungen zufolge sollen bis dahin über 5000 Kurden und mehr als 300 kurdische Dörfer im Nord-Irak zerstört worden sein (ebd.). Nach einem erneuten Putsch übernahm die Baath-Partei die Kontrolle über den Staat. Gleich nach dem Putsch wurde mit den Kurden im Irak ein Abkommen verhandelt. Das Autonomieabkommen vom 11. März 1970 sah eine Region von etwa 37.000 km² vor, die die Provinzen Arbil, Dohuk und As-Sulaimaniyya umfasste. Forderungen der Kurden, dass Kirkuk und Mosul ebenfalls zu dieser Region gehören sollten, wurden von der Zentralregierung mit Rücksicht auf die arabisch-turkmenischen Bevölkerungsanteile dieser Städte zunächst abgewiesen. Nach dem Autonomieabkommen sollten fünf Minister der Regierung in Bagdad Kurden sein. Ein kurdischer Legislativrat (Parlament) und ein kurdischer Exekutivrat (Regierung) in Arbil sollten die Kontrolle über diese Region haben. Der Irak war seitdem zumindest das einzige Land, in dem Kurden auch offiziell ihre Sprache verwenden durften, jedoch nur innerhalb der drei autonomen Provinzen. Instabilität zwischen den irakisch-kurdischen Beziehungen brachte der Erste Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak von 1980 bis 1988 (Buchta 2004). In dem insgesamt für den Iran und Irak sehr verlustreichem Krieg verloren auch schätzungsweise nach dem Giftgasanschlag Saddam Husseins in Halabdscha am 16. Und 17. März 1988 etwa 15.000 Kurden sofort das Leben. Zwischen 17.000 und 20.000 Kurden wurden bei dem Massaker so schwer verletzt, dass sie später starben oder dauerhafte Gesundheitsschäden wie Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Tumorbildungen, Lungenschäden sowie Fehlgeburten erlitten (ebd.). Die türkische Regierung unter Özal intervenierte nach

dem Giftgasanschlag und nahm etwa 1 Million kurdische Flüchtlinge an der türkischen Grenze Harbur auf. „Die Kurden haben nicht vergessen, dass die Türkei, als 1988 Saddam Hussein in der Stadt Halabdscha zehntausende Kurden mit Gasbomben ermordete, Millionen Flüchtlinge aufnahm.“, sagte Mawlood, ein Sprecher von Masud Barzani bei den Friedensgesprächen zwischen Özal und der PKK Anfang der 90er (Basci 23.9.2010). Die Zeit nach dem ersten und später zweiten Golfkrieg im kurdischen Nord-Irak war geprägt von einer rigorosen Arabisierungspolitik der irakischen Regierung unter Hussein. Hussein veranlasste, dass über 2 Millionen Kurden aus dem erdölreichen Gebieten um Mosul und Kirkuk fliehen mussten, die meisten kamen in die Türkei. Hussein wollte, dass die Erdölreichen Felder unter der Kontrolle von sunnitischen Arabern stünde und nicht der Kurden. Die erneute Massenflucht und das rücksichtslose Vorgehen veranlasste die USA und die Staaten der Anti-Irak Koalition über den Nordirak ein Flugverbot für Irakische Kampfflugzeuge zu verhängen. Am 5. April 1991 wurden nach der Resolution 688 des UN - Sicherheitsrats Schutzzonen geschaffen, in die die kurdischen Flüchtlinge zurück kehren konnten. Während der Herrschaft des Saddam-Regimes pflegte die Türkei gute Beziehungen zum Irak. Der Irak lieferte über eine Pipeline Öl in die Türkei. Zudem verband beide Regierungen die Ablehnung gegenüber einem selbständigen kurdischen Staat. Dennoch gab es immer wieder diplomatische Krisen, weil das irakische Regime PKK-Kämpfer auf seinem Gebiet duldet, insbesondere auch als Waffe gegen den Iran (Gronke 2003). Vom Norden des Iraks aus griff die PKK türkisches Gebiet an. Im zweiten Golfkrieg unterstützte die Türkei den Krieg der Alliierten gegen den Irak. Am 19. Mai 1992 wurde das Nord-Irakische Parlament neu gewählt. Das türkische Militär beobachtete die Entwicklungen und Neuformierungen der Kurden im Nord-Irak mit Sorge. Nach dem Putsch der Erbakan-Regierung intervenierte das türkische Militär sieben Mal in den Nord-Irak (Amnesty International Turkey and Iraq Report 1996 bis 2009). Bis zum Sturz Saddam Husseins unterhielt das türkische Militär Kontakt zur irakischen Zentralregierung, um gemeinsame Aktionen gegen die PKK im Nordirak zu führen und das Erstarren der Kurden zu verhindern.

10.2.1. Die irakisch-türkisch-kurdischen Beziehungen nach dem Sturz von Hussein

Die Ereignisse der letzten Jahre machen deutlich, welche wichtige Rolle der Irak bzw. der Nord-Irak bei der Analyse des Kurdenkonflikts in der Türkei spielt.

Bereits im Irak-Krieg spielte die Türkei eine für die USA und somit den Verlauf des Krieges wichtige Rolle. Die US-Administration unter George W. Bush bat die türkische Regierung, die US Armee mit Hilfe der türkischen Streitkräfte zu unterstützen. Dabei sollte die türkische Armee das Gebiet des Nord-Irak besetzen und die strategischen Punkte der irakischen republikanischen Armee schwächen. Außerdem sollte der US-Armee gewährt werden, den türkischen Luftraum zu benutzen und es sollten 50.000 US-amerikanische Soldaten und Logistikmitarbeiter kurzfristig in der US-Military Base von Adana (im Süd-Osten der Türkei) stationiert werden (Woodward 2004).

Der damalige Ministerpräsident Abdullah Gül (Erdogan unterlag damals dem Urteil des

Politikverbotes seit 1998) gab keine eindeutige Stellungnahme ab und verwies darauf, dass gemäß Artikel 92 der türkischen Verfassung nur das türkische Parlament die Entscheidung darüber treffen könne. So wurde am 1. März 2003, kurz bevor der Irakkrieg losging, von der AKP an das türkische Parlament der Antrag gestellt, der amerikanischen Armee zu erlauben, den türkischen Luftraum zu benutzen und Personal in der Türkei zu stationieren, sowie den Einmarsch in den Nord-Irak zu gewähren. Der Antrag „[...]der Regierung zur Entsendung türkischer Truppen ins Ausland und Stationierung ausländischer Streitkräfte auf türkischem Territorium“ wurde nicht angenommen, da nur eine einfache Mehrheit im Parlament zustande gebracht werden konnte, die Verfassung sieht eine Zweidrittelmehrheit vor. Da die AKP die Zweidrittelmehrheit in der parlamentarischen Fraktion besaß, bedeutete dies, dass etwa 100 AKP Abgeordnete den Antrag abgelehnt hatten (Resmi Gazete 25055: 1.3.2003).

Nach dieser Ablehnung drückten die USA ihre Unzufriedenheit über die Informationspolitik des Ministerpräsidenten Gül deutlich aus und behaupteten, dass er seinen eigenen Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit die Bedeutung dieses Antrages nicht habe vermitteln können. In Anbetracht einer ähnlichen Berichterstattung in den türkischen Medien wurde immer deutlicher, dass ein neuer Antrag erwartet würde und dessen Erfolg am Erfolg des Ministerpräsidenten gekoppelt war. Diese Zuversicht wurde in den darauffolgenden Tagen ersichtlich, da amerikanische Truppen schon vor einem dritten Parlamentsbeschluss die militärisch wichtigsten Stützpunkte im Südosten der Türkei zu inspizieren begannen und entsprechende Grundstücke mieteten. Auch amerikanische Militärfahrzeuge und Rüstungsmaterialien, die in der südlichen Hafenstadt Iskenderun auf ihren Einsatz warteten, wurden an die irakische Grenze oder zur Luftwaffenbasis Incirlik-Adana transportiert, trotz des abgelehnten Antrages. Nur eine Woche später wurde erneut der Antrag gestellt und auch beim zweiten Parlamentsbeschluss lehnte das Parlament den Antrag ab. Da die türkische Verfassung es vorsieht, dass die Regierung den selben Antrag dreimal innerhalb von einem Monat stellen darf, war klar, dass ein dritter Antrag bevor stand (Göztepe 2005).

Doch bevor der dritte Antrag gestellt wurde, fand in der türkischen Politik ein bedeutender Akteurswechsel statt. Ohne dass zuvor in den Medien oder in der Politik darüber diskutiert wurde, brachte die AKP über Nacht einen Verfassungsänderungsantrag, welches vorsah, das Politikverbot von Recep Tayyip Erdogan aufzuheben. Das Parlament stimmte der Verfassungsänderung mit einer überwältigenden Mehrheit, d.h. alle Stimmen der AKP Fraktion, zu. Es kam zu Nachwahlen und in nur wenigen Tagen wurde Erdogan, der einen wesentlich höheren Popularitätsgrad, sowohl in der türkischen Bevölkerung als auch in der US-Politik⁴¹, genoss als Gül, am 12. März 2003 zum Ministerpräsident der Türkei vereidigt, Abdullah Gül wurde Außenminister und der stellvertretende Ministerpräsident. Dieser Wechsel sollte eine grundlegende Wende in der türkischen Irak- und Kurdenpolitik darstellen. Schon eine Woche nach den Nachwahlen, am 20. März 2003, d.h. am

⁴¹In mehreren Interviews erklärte Erdogan, auch bereits vor der Aufhebung des Politikverbotes und zur Nachwahl zum Ministerpräsidenten, dass die Türkei als Verbündeter der USA an deren Seite stünde und der Koalition der Willigen beitreten werde, vgl. Interview in Der Spiegel vom 10.02.2003.

selben Tag, als die USA den Irak invadierten, beschloss das Parlament dem Antrag „(...)der Regierung zur Entsendung türkischer Truppen ins Ausland und Stationierung ausländischer Streitkräfte auf türkischem Territorium“ zuzustimmen und sollte sechs Monate an Gültigkeit haben, die Türkei befand sich zusammen mit der „Koalition der Willigen“ im Irakkrieg. Am 7. Oktober 2003 erfolgte ein weiterer Antrag, um den zuvor gestellten Antrag bis auf Weiteres zu verlängern.

Am 7. Oktober 2003 bewilligte das Parlament zum zweiten Mal die Entsendung türkischer Truppen in den Irak, diesmal sogar mit noch weiter reichenden Befugnissen. Es wurde der Regierung überlassen, den Bedarf, den Umfang, die Anzahl der zu entsendenden Soldaten sowie den Zeitraum für deren Einsatz zu bestimmen. Am 17. Oktober 2007 hat das türkische Parlament erneut mit großer Mehrheit für eine Militärintervention gegen kurdische Rebellen im Nordirak gestimmt. Ministerpräsident Erdogan hatte für ein zweites Jahr die Ermächtigung zur Aktion bekommen. Der irakische Präsident appellierte daraufhin an die Türkei, nicht einzumarschieren, auch die EU und die USA warnten die Türkei vor einer Eskalation. Zwar kam es zu keiner direkten Invasion seitens der türkischen Armee, doch die Präsenz der türkischen Soldaten und Waffen direkt an der Grenze, zeugt die Bereitschaft der Armee, jederzeit einzumarschieren.

Das Interesse der Türkei am Irak bzw. am Nord-Irak besteht aus zweierlei, zum Einen aus der mehrheitliche Präsenz der Kurden im Nord-Irak, wo die PKK einen ihrer Hauptsitze pflegt, sowie aus Kirkuk, einer der der erdölreichsten Regionen der Welt.

Kirkuk ist eine Stadt im Nordirak und gilt als das Zentrum der Erdölindustrie im Irak und zu den bedeutendsten Erdölgebieten der Welt (U.S. Energy Information Administration). Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts wurde in Kirkuk nach Erdöl gebohrt (Fürting 2003: 3). 1934 begann der Öllexport über Pipelines nach Tripoli (Libanon) und Haifa. Das größte Ölfeld des Iraks erstreckt sich mittlerweile über 100 km Länge und 12 km Breite und hat eine 610m dicke ölführende Schicht. Die ursprüngliche Menge Öl im Feld wird mit 16 Milliarden Barrel angegeben. Damit hatte es etwa ein Fünftel der Ölmenge, des größten Ölfelds der Welt, Ghawar in Saudi-Arabien, und zählt zu den größten Erdölgebieten dieses Planeten. Heute lagern noch 10 bis 12 Milliarden Barrel im Feld (Sorkhabi 2010).

Zwei Pipelines aus der Stadt Kirkuk, die Kirkuk-Ceyhan Direktpipeline (KCP) und die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline, verlaufen durch die Türkei nach Ceyhan zum Mittelmeer und waren eine der beiden Hauptexportrouten für irakisches Öl im UNO-Programm „Oil for Food“ der letzten Jahre (Botas-Iraq Project, s.o.).

Die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC-Pipeline oder Transkaukasische Pipeline), ist eine Pipeline, die Rohöl von Ölfeldern aus dem Nord-Irak, Aserbaidschan und Kasachstan am Kaspischen Meer nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste transportiert. Die Inbetriebnahme dieser 1760 Kilometer langen Ölpipeline begann 2005 und soll den Westen vom Rohöl aus der Region am Persischen Golf unabhängiger machen (ebd.).

Die USA propagierten den Bau der BTC-Pipeline seit 1998. Nach Auffassung des damaligen US-amerikanischen Vize-Energieministers Robert Gee sollen Exporte aus der Kaspischen Region das

Energieangebot weltweit diversifizieren und damit eine zu große Abhängigkeit vom Persischen Golf vermeiden (Gökay 1999: 13). Am 18. November 1999 unterzeichneten die Präsidenten der Staaten Türkei (Süleyman Demirel), Georgien (Eduard Schewardnadse), Aserbaidshan (Heydär Aliyev) und der USA (Bill Clinton) in Istanbul eine Absichtserklärung zum Bau der Pipeline. Der Bau begann am 18. September 2002 und die Pipeline wurde offiziell erst nach dem Irak-Krieg am 14. Juli 2006 in Betrieb genommen (ebd.). Wenn die geplante volle Kapazität erreicht wird, soll sie täglich eine Million Barrel (160.000 Kubikmeter) Erdöl transportieren (Botas-Iraq Project).

Die Kirkuk-Ceyhan Pipeline wurde 1970 in Betrieb genommen, die Verträge zum Betrieb der Linie wurden zwischen der Türkei und dem Irak immer wieder verlängert (ebd.). Die KCP ist die größte Rohölpipeline Iraks. Die technische Kapazität reicht aus um theoretisch täglich 1,1 Millionen Barrel Erdöl zu transportieren. Aufgrund von Bombenangriffen und Sabotageakten der PKK soll es immer wieder zu Störungen und Ausfällen gekommen sein, so dass die KCP-Linie heute nur noch etwa 300.000 Barrel Rohöl transportieren kann (ebd.), dass einen wirtschaftlichen Schaden von etwa 80 Mil. US-Dollar pro Tag und etwa 30 Mrd. US-Dollar pro Jahr ausmacht⁴². Der Irak und die Türkei wollen ihre Vereinbarung über die Öl-Pipeline um weitere zwölf Jahre verlängern. Das endgültige Abkommen werde Ende Juni 2010 unterzeichnet. Die Verlängerung des 1985 geschlossenen Abkommens hätte ursprünglich bereits im vergangenen März besiegelt werden sollen. Doch Diskussionen über die Sicherheit der Pipeline hatten dies verzögert. Im Juni 2009 wurde der KCP ein weiterer Kanal in Erbil angelegt, das quer durch das Kurdengebiet des Nord-Irak, der autonomen Region Kurdistan, verläuft. Dieser Kanal soll in den nächsten Jahre bis zu 1 Mil. Rohöl exportieren können. Innerhalb der nächsten vier Jahre soll der Gesamtexport der KCP-Linie damit 2 Millionen Barrel Rohöl pro Tag betragen. Die Exporte seien ein riesiger Schritt für die Kurden, sagte Regionalpräsident Masud Barzani. „Wir sind stolz auf diesen Erfolg, der allen Irakern, aber besonders den Kurden nützen wird.“ (nzz-online, 2.6. 2009).

2005 wurde die Regionalregierung im Nord-Irak aus regional-patriotischen Ansprüchen in „Autonome Region Kurdistan“ umbenannt, um dem ethno-geografischen Begriff Kurdistan einen offiziellen Status zu verleihen (Salih 2005: 12). Die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) stellen die Regierung der Region. Die Autonome Region Kurdistan führt eine eigene Flagge, eine eigene Verfassung, eigenes Militär (die sogenannte Peschmarga), eigener Polizei, einer eigenen Regierung und einem eigenen Präsidenten, sowie eine eigene Hymne (ebd.: 13). Zu dem ist der Staatspräsident des Irak ein Kurde, Jalal Talabani. Der Präsident der ARK, Masud Barzani, sagte, dass diese Konstruktion zeige, wie ein künftiger irakischer Staat im Inneren aussehen könnte, nämlich mit weitgehender Autonomie, aber keine Selbständigkeit der verschiedenen Volksgruppen. Nach dem Sturz des Regimes seien es die Kurden gewesen, die die Einheit des Irak geschützt hätten, so Barzani im nzz-Interview. Seitdem das Erdölfeld in Erbil an die KCP Linie angeschlossen wurde, nimmt auch Barzani an den

⁴²Stand September 2010. Als der Rohölpreis 2008 seinen Rekordhöhestand erreichte, betrug der wirtschaftliche Schaden etwa doppelt so viel.

Vertragsverhandlungen mit der Türkei teil. Bei den letzten Vertragsverhandlungen wurde vereinbart, dass die ARK 17% des Gewinns am Erdöllexport bekommen soll.

Im Zusammenhang mit der neuen irakischen Verfassung wird darüber diskutiert, ob die erdölreichste Region Kirkuk auch in die ARK aufgenommen werden soll, ebenso Mosul, dessen Erdölverkommen etwa 2 Milliarden Barrel betragen soll. Wenn Mosul und Kirkuk in die ARK angeschlossen werden sollte, so würden die Kurden über fast die Hälfte des irakischen Erdölvorkommens verfügen (Regionale Erdölvorkommen im World Energy Outlook).

Ein Referendum sollte entscheiden, ob Kirkuk in die ARK angeschlossen werden soll. Dies wurde mit der neuen irakischen Verfassung von 2005 entschieden. Die Verfassung fordert das Selbstbestimmungsrecht der Kurden, wie es im Vertrag von Sèvres, siehe Abschnitt 3.3, vorgesehen war und für Atatürk der Grund war, den „Befreiungskrieg“ zu führen. Die Verfassung sieht vor, dass Kirkuk die Hauptstadt der ARK, die ein Bundesstaat mit eigener Fahne der Republik Irak sein soll, werden soll. Die Amtssprache ist Kurdisch, die Bevölkerung besteht aus dem kurdischen Volk, sowie den Minderheiten der Turkmenen, Arabern und Assyrern⁴³.

Bis März 2007 sollten alle kurdischen Familien, die in der Saddam Hussein Ara vertrieben wurde, zurückgekehrt sein, um Mitte 2007 eine neue Volkszählung durchzuführen. Im November 2007 sollte dann in einem Referendum entschieden werden, ob die Stadt der Autonomen Region Kurdistan angeschlossen werden wird oder nicht. Ende März 2007 verabschiedete das irakische Parlament eine Entscheidung, nach der alle Araber, die nach dem 14. Juli 1968 nach Kirkuk umgesiedelt wurden, die Stadt verlassen sollten. Ihnen sollte neben einer Entschädigung von 15.000 US-Dollar auch Grundstücke in ihrer Heimat, wo sie vor 1968 lebten, zugesichert werden. Seither beklagen sowohl die arabische, assyrische als auch turkomanische Bevölkerung eine systematische De-Araberisierung und -Ethnisierung und Vertreibung anderer Volksgruppen aus der Stadt, mit dem Ziel, die Stadt bis zum Referendum gegen Ende des Jahres 2007 in eine mehrheitlich von Kurden bewohnte Stadt zu verwandeln, um dann letztlich ein positives Ergebnis beim Referendum zu erhalten, wonach Kirkuk die Hauptstadt der ARK sein soll (Human Rights Watch Report: Ba'athis and Kurds, sowie Fleischman 2004). Das Referendum wurde am 20. Dezember 2007 auf Vorschlag der UNO und Zustimmung der kurdischen Regionalregierung um sechs Monate auf Mitte 2008 verschoben. Die Regionalregierung gab als Grund technische und nicht politische Gründe an (Status of Kirkuk, URL: <http://www.un.org/news/dh/pdf/english/2010/04082010.pdf>, 8.6.2010). Bis heute wurde das Referendum nicht durchgeführt. Die ethnische Zusammensetzung wird bei jeder Wahl zum Politikum. Für die Parlamentswahlen im Januar 2010 wurden trotz Protesten seitens der Araber und Turkomanen den seit 2004 hinzu gezogenen Kurden das Stimmrecht zugestanden. Im Gegenzug soll den Arabern und Turkomanen eine feste Anzahl Sitze für Kirkuk zugestanden werden.

Die Türkei steht den Entwicklungen in der ARK sehr skeptisch gegenüber. Bereits öfter haben

⁴³Siehe weitere Details der Verfassung in: http://www.uniraq.org/documents/iraqi_constitution.pdf.

sowohl Erdogan als auch das türkische Militär Stellungnahmen abgegeben, wonach von einem Referendum abgesehen werden soll. Die Türkei gibt an, dass die turkmenische Minderheit in Kirkuk und Mosul bei der Neuverteilung der Macht im Irak benachteiligt werden könnte (Rede Erdogans in Antalya, 7.8.2009).

Hintergrund ist, dass durch die reichen Ölfelder in Kirkuk ein wirtschaftlich überlebensfähiger und selbstständiger kurdischer Staat denkbar wäre. Es besteht die Befürchtung, dass durch einen selbständigen Kurdenstaat im Nordirak der Kurden-Konflikt in der Türkei erneut eskaliert.

So intervenierte das türkische Militär seit dem oben diskutierten Beschluss von 2003 bereits mindestens fünf Mal im Nord-Irak, mit der Begründung, die PKK bekämpfen zu wollen.

Dabei ist die Beziehung zwischen der Zahl der Sabotageakte an den Pipelines im Nordirak und die kurze Zeit später stattgefundenen Militärinterventionen signifikant (HIK, Konfliktbarometer 2003-2008 Irak).

Die Beziehung zwischen der türkischen Regierung unter Erdogan und der Regionalregierung unter Barzani erscheint aufgrund der häufigen Zusammenkünfte und Gespräche zwischen den Staats- und Regierungschef sehr konstruktiv zu sein. Bei ihrer letzten Zusammenkunft im Juni 2010 beteuerte Barzani, dass es „sehr zu wünschen wäre, wenn die Beziehungen zwischen beiden Regionen weiterhin so fruchtbar wären [...] Wir wollen, dass unsere Beziehungen zu der Türkei noch besser werden. [...] Wir unterstützen die Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus uneingeschränkt und würden uns wünschen, dieses Problem als bald als möglich aus dem Weg zu räumen.“ (haber 7, 3.06.2010).

Bereits in den vergangenen Jahren, davor zuletzt bei den Vertragsverhandlungen beim Ausbau der Kirkuk-Ceyhan Pipeline in Erbil 2009, hatte Barzani gemeinsam mit dem irakischen Präsidenten (kurdischer Abstammung) Celal Talabani der Türkei zugesichert, bei der Bekämpfung des Terrorismus der Türkei und den türkischen Streitkräften mit aller Macht beizustehen.

Kritik hatten beide Präsidenten darüber geäußert, dass die türkischen Streitkräfte immer wieder ohne Vorankündigung in den Nord-Irak eindringen, ohne die Zustimmung der regionalen Verantwortlichen zu erhalten und ausschliesslich eigenständige Aktionen zu unternehmen, ohne die irakisch-kurdischen Regierungen darüber zu informieren (Barzani im Interview, 24.6.2009).

Erste Erfolge konnte die türkische Regierung dennoch erzielen. Talabani forderte die PKK mehrmals öffentlich auf, die Waffen niederzulegen und den Irak zu verlassen. Die kurdischen Regionalbehörden verstärkten Kontrollen in der Gegend um das PKK-Hauptquartier in den nordirakischen Kandil-Bergen, um den Nachschub für die PKK zu erschweren. Im Herbst 2010 soll im nordirakischen Erbil zudem eine pan-kurdische Konferenz stattfinden, die laut Talabani von der PKK einen endgültigen Gewaltverzicht fordern wird (Güsten 2009: 3).

Der Kernkonfliktpunkt zwischen der Türkei, der ARK, dem Irak und der PKK wird der Status des Kirkuk sein. Ob es zu einem Referendum kommen wird, steht noch aus, die Kurdisierung des Gebietes geht weiter voran. Bis zu diesem Zeitpunkt steht die Regierungsfrage in Bagdad noch offen, von dessen Zusammensetzung die Zukunft Kirkus und der ARK und damit den weiteren

Beziehungen mit der Türkei und ihre militärische Präsenz im Nord-Irak abhängen könnte. Dabei fokussiert die AKP ihre Bemühungen im Irak und in der ARK auf die Pipeline-Projekte. Zum einen, um die bereits bestehenden Verbindung aufrecht zu erhalten und ihre Kapazitäten zu steigern, zum Anderen ist die AKP angehalten, die Nabucco-Pipeline plangemäß fertig zustellen.

10.3 Syrien-Türkei-Kurden Beziehungen

10.3.1 Vor der AKP-Ära

Ebenso wie im Irak beginnt die moderne syrisch-türkisch-kurdische Konfliktgeschichte mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches, als nach dem Ersten Weltkrieg im Völkerbund das Mandat für Syrien an Frankreich zugesprochen wurde (Küpeli 2007). Doch schon 1920, kurze Zeit später, rief Faisal I. das unabhängige Königreich Syrien aus. Es kam immer wieder zu Zusammenstößen mit der französischen Armee und ebenso mit der türkischen Armee, da Syrien die türkischen Provinzen Iskenderun und Hatay für sich beanspruchte (ebd.). Nach dem Zweiten Weltkrieg erklärte de Gaulles das Mandat für beendet und Syrien für unabhängig. Die Syrische Arabische Republik wurde am 17. April 1946 ausgerufen, Hatay und Iskenderun wurden der Türkei zugesprochen.

Die kurdische Minderheit begann schon in den 30ern damit, ihre Autonomie zu verlangen (Wanli 1992). Erste organisierte Aufstände brachen 1937 aus, in Koordination mit dem nationalistisch geprägten Barzani-Ashiret aus dem Irak und den islamistischen Kurdenbewegungen in der Türkei (Ibrahim 1991: 23). Die am 1. Juli 1939 zugesprochene Autonomie, die eine eigene Verwaltung der Kurden in der nord-östlichen Region Syriens vorsah, wurde mit der Ausrufung der Arabischen Republik Syriens negiert. Mit den militärischen Staatsstreichen in den 40ern und 50ern und der Machtergreifung der Baath-Partei, bzw. ihrem syrischen Ableger, begann in Syrien eine Arabisierungspolitik und damit eine De-Kurdisierungspolitik, ähnlich wie es Saddam Hussein im Irak betrieben hat (Sluglett 1991: 14). Minderheiten wurden negiert und in die Flucht getrieben. Die mit dem kurdischen Nationalisten unter der Führung von Osman Sabri 1957 gegründeten „Demokratischen Partei Kurdistan-Syrien“ hatte das Ziel, die Rechte und Freiheiten für die Kurden in Syrien zu vertreten (ebd.: 16). Die DPKS wurde vom syrischen Staat nie legal anerkannt und blieb eine Untergrundorganisation, besonders nach einer Razziawelle in den 1960ern, bei der die meisten Mitglieder verhaftet, wegen Separatismus angeklagt und eingesperrt wurden (Amnesty Report Syrien 2009). Am 23. August 1962 führte die Regierung eine außergewöhnliche Volkszählung in der Dschasira durch. Als Ergebnis wurden 120.000 Kurden in der Dschasira zu Ausländern erklärt (IMK 2004: 8). Die Bewohner hatten syrische Ausweise und ihnen wurde gesagt, die Ausweise auszuhändigen, um sie zu erneuern. Jene Kurden, die das taten, bekamen

jedoch nichts zurück. Eine Medienkampagne gegen die Kurden mit Slogans wie „*Rettet das Arabertum in der Dschasira!*“ und „*Bekämpft die kurdische Bedrohung!*“ wurde gestartet (ebd.). Diese Politik fiel mit dem Aufstand Mustafa Barzani in Irakisch-Kurdistan und der Entdeckung von Ölreserven in den kurdischen Gebieten Syriens zusammen (Sluglett ebd.:17). Im Juni 1963 nahm Syrien an einer Militäraktion der Iraker gegen die Kurden teil und sorgte für Flugzeuge, gepanzerte Fahrzeuge und 6000 Mann (Wanli ebd.: 151). Syrische Truppen überquerten die irakische Grenze und bewegten sich Richtung Nord-Irak, um Barzani Kämpfer zu verfolgen. Mit der Errichtung des sogenannten „Arabischen Gürtels“ entlang der türkisch-syrischen Grenze, wurde in Syrien der allgemeine Ausnahmezustand erklärt, der bis heute anhält. Beduinische Araber wurden in den kurdischen Gebieten angesiedelt. Die Toponymie des Gebietes wie zum Beispiel die Dorfnamen wurden arabisiert. Gemäß dem ursprünglichen Plan müssten etwa 140.000 Kurden in die südlichen nahen Wüsten bei Al-Raad deportiert werden. Obwohl die kurdischen Bauern enteignet wurden, weigerten sie sich wegzuziehen und ihre Häuser aufzugeben. Unter diesen Bauern durften diejenigen, die man zu Ausländern erklärte, kein Besitz haben (Wanlî ebd.: S. 161). Politische Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger, Angehörige der kurdischen Minderheit und weitere Personen, die Kritik an der Regierung äußerten oder Menschenrechtsverletzungen ans Licht der Öffentlichkeit brachten, wurden willkürlich festgenommen und über lange Zeiträume hinweg inhaftiert. Sie selben Szenen spielen sich auch heute noch nach dem gleichen Schema ab (Amnesty International Report ebd.).

Die syrischen Beziehungen zu der Türkei, Syrien lehnte die Truman-Doktrin ab und stellte sich an die Seite der Sowjetunion, waren wegen zweierlei Gründen gespalten. Zum einen tolerierte die syrische Regierung die Anwesenheit der PKK und ihres Führers Öcalan in Syrien, die wegen seines marxistisch-leninistischen Haltung von der Sowjetunion protegiert wurde (Berger et al 1998: 9). Die PKK-Anwesenheit und ihre Lager wurden zwar toleriert und teilweise auch finanziert und mit Waffenlieferungen unterstützt (Olson 1997: 122), allerdings nur mit der Bedingung, keinerlei Aktivitäten in Syrien zu organisieren und nur auf den Grenzgebietkampf zur Türkei um Hatay und Iskenderun herum ihre Aktivitäten zu verlagern. Zusammen mit dem Boykott des von Özal begonnenen GAP-Projektes stand die türkische Armee Ende der 90er kurz davor, in den Syrien einzumarschieren, wo sich zu der damaligen Zeit Abdullah Öcalan aufhielt. Die türkische Armee warf Syrien vor, die PKK zu unterstützen, damit diese das GAP-Projekt sabotieren und türkische Stützpunkte entlang des arabischen Gürtels angreifen können (Struck 2007: 92). Eine Intervention konnte kurzfristig verhindert werden, nachdem sich die USA in den Konflikt eingeschaltet hatte. Die türkische Armee sah von einer Intervention ab.

10.3.2 Die syrisch-türkisch-kurdischen Beziehungen seit Erdogan

Nachdem der türkisch-syrische Konflikt Ende der 90er Jahre seinen Höhepunkt erreicht hatte, hatten sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien nach der Verhaftung von Öcalan normalisiert. Am 20. Oktober 1998 wurde das sogenannte Abkommen von Adana zwischen der

türkischen und syrischen Regierung unterzeichnet und die Konzessionen Syriens an die Türkei waren weitreichend (Hibbeler 2006: 6). Öcalan wurde des Landes verwiesen und musste in den Kongo fliehen. Auch die Waffenlieferungen und Geldzahlungen an die PKK wurden von Damaskus nunmehr unterbunden.

Seit der AKP-Regierungsverantwortung 2002/2003 fand allmählich eine Annäherung zwischen den Staaten statt, die durch wechselseitige Besuche von Gül und Assad sowie Erdogan und ihren Familien in den Medien untermalt wurden. Baschar al-Assad war der erste syrische Präsident überhaupt, der im Jahre 2004 in die Türkei reiste. Bei dieser Gelegenheit verkündete er, dass sein Land jeglichen territorialen Anspruch auf die türkische Provinz Hatay aufgeben würde (Rana 2010: 3). Das türkische Militär hatte der syrischen Regierung immer wieder vorgeworfen, die PKK zu instrumentalisieren, um ihrem syrischen Anspruch auf Hatay und Iskenderun, wo heute noch überwiegend syrischstämmige Araber leben, nachzukommen. Die türkisch-islamische Synthese schien auch hier erfolgreich zu sein. Wenige Jahre später, im Januar 2009 wurden die Visabestimmungen zwischen beiden Ländern aufgehoben, so dass die Menschen die Grenzen einfach passieren und in das Nachbarland reisen können, was vor 10 Jahren noch vollkommen unvorstellbar gewesen war, zumal die beiden Länder kurz vor einem großen Krieg standen.

Seit dem Amtsantritt Erdogans versucht die AKP-Regierung ihren Anspruch als Vertreter einer islamisch-konservativen Politik nach zu kommen und die Beziehungen zur arabischen Welt, und somit zu Syrien, stetig zu verbessern. Je mehr sich die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU hinauszögern, desto mehr nähert sich die Türkei der arabischen Welt an und umso besser werden die Beziehungen zu Syrien. Doch der wohl wichtigste strategische Punkt, warum sich die Türkei dem Syrien immer weiter annähert, ist die sicherheitspolitische Lage des Irak. Sowohl Syrien als auch die Türkei sind vehement gegen die Etablierung der ARK als Bundesstaat eines föderalen Iraks, geschweige denn gegen einen unabhängigen Kurdenstaat. Beide Länder versuchen seit Jahrzehnten die Kurden und insbesondere die PKK zu bekämpfen, sowohl innerhalb ihrer eigenen Territorien, als auch in unmittelbarer Grenznähe. Die Erstarkung des ARK würde nach sich ziehen, dass sich die Kurden im eigenen Land bestärkt fühlten und die Sicherheitslage im eigenen Land eskalieren könnte. Der Politologe Rana Deep Islam schreibt dazu im „Internationalen Magazin für Sicherheit“:

„Die politische Entwicklung scheint den türkischen und syrischen Befürchtungen Recht zu geben. Im Jahre 2004 hat die PKK ihren bis dahin geltenden Waffenstillstand aufgekündigt und ihre militärischen Aktivitäten im türkisch-irakischen Grenzgebiet massiv verstärkt. Und auch in Syrien kam es seitdem zu vermehrten Aufständen der kurdischen Minderheit, die mit 1,7 Millionen Menschen immerhin neun Prozent der syrischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Ein stabiler Irak ist somit Voraussetzung einem grenzüberschreitenden kurdischen Nationalismus Einhalt zu gebieten und damit ein weiterer Faktor für die dauerhafte Etablierung eines syrisch-türkischen Bündnisses.“ (Islam 2010: 2)

Die Repressalien der kurdischstämmigen Bevölkerung ging in den letzten Jahren in Syrien weiter. Im Amnesty International Report von 2009 heißt es:

„Angehörige der kurdischen Minderheit, die bis zu 10% der Gesamtbevölkerung Syriens stellt und vor allem im Nordosten des Landes ansässig ist, litten weiterhin unter Diskriminierungen aufgrund ihrer Identität. Die Einschränkungen betrafen auch den Gebrauch der kurdischen Sprache und kulturelle Aktivitäten. Tausende syrische Kurden waren nach wie vor praktisch staatenlos und konnten ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte nicht gleichberechtigt ausüben“ (ebd.: 3).

Eine Verbesserung der Lage scheint nicht in Sicht zu sein, zumal der Ausnahmezustand, der in Syrien seit 1963 noch immer weiterhin in Kraft ist. Im Bericht heißt es weiterhin:

„Viele von ihnen (kurdische Aktivisten und Politiker, U.O.), darunter auch gewaltlose politische Gefangene, wurden in unfairen Gerichtsverfahren vor dem Obersten Staatssicherheitsgerichtshof (Supreme State Security Court - SSSC) oder vor Militär- oder Strafgerichten zu Haftstrafen verurteilt“ (ebd.).

Zur Gemeinsamen Bekämpfung der PKK und des Kurdenproblems einigten sich Syrien und die Türkei 2002 auf die Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen, wie zum Beispiel gemeinsame militärische Wehrübungen. Zwischen dem 27. und 30. April 2009 fand das erste, gemeinsame türkisch-syrische Militärmanöver statt (Presseerklärung des türk. Generalstabes am 26.4.2009). Die Türkei wirkt auch als Vermittler zwischen Syrien und Israel und konnte eine Zusammenkunft syrischer und israelischer Unterhändler im Jahr 2008 arrangieren, deren Verhandlungen über die Golan-Höhlen weiter fortgesetzt werden.

Die wohl bedeutendste Entwicklung zwischen beiden Ländern fand im wirtschaftspolitischen Bereich statt. Kurze Zeit nach dem Abkommen von Adana wurde ein türkisch-syrischer Wirtschaftsrat ins Leben gerufen, in dem sich viele Automobilzuliefer- und Textilfirmen engagierten (Hibbeler 2006: 7). Lange hielt dieser Rat jedoch nicht. Erst 2004 unterzeichneten Erdogan und Assad ein gemeinsames Freihandelsabkommen, welches seitdem den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder maßgeblich fördert und vor allen Dingen dazu beiträgt die gemeinsame Grenzregion infrastrukturell und ökonomisch zu erschließen. Bezeichnenderweise stiegen laut den Vereinten Nationen die türkischen Ausfuhren nach Syrien im Jahr 2008 erstmalig über eine Milliarde US-Dollar (Handelsbilanz Syrien IMF-Report 2009). Sowohl das Import- als auch Exportvolumen vervielfachte sich in den letzten Jahren. Zwischen dem Türkischen Verband der Kammern und Börsen (TOBB) und Syrien wurde eine Kooperation beim Aufbau der syrischen Börsen vereinbart (Hibbeler ebd.). Es ist demnach davon auszugehen, dass durch die eingeführte Visafreiheit zwischen Syrien und der Türkei die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen auch in Zukunft kontinuierliche Wachstumsquoten verzeichnen könnten.

Vom Volumen der Wirtschaftsbeziehungen profitiert am meisten der Ölsektor, ähnlich wie in den Beziehungen der Türkei mit dem Iran und dem Irak.

Die Energiekrise gehört derzeit zu den größten Problemen der syrischen Wirtschaft. Der Rückgang der syrischen Öl-Produktion in den vergangenen Jahren wird sich nach Ansicht von Experten auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Im vergangenen Jahr hatte das arabische Land 380 000 Barrel pro Tag gefördert. In diesem Jahr liegt die Prognose bei etwa 160 000 Barrel (Erdölproduktion Syrien, ebd.).

Im März 2006 einigten sich die Regierungen von Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien und der

Türkei darüber, dass die Nabucco-Pipeline durch einen Kanal in Syrien über die türkischen Staatsgrenzen erweitert werden soll, welches das jährliche Gasvolumen um 2-4 Milliarden Kubikmeter erhöhen soll (vgl. Botas: Nabucco-Project).

Im Januar 2009 wurde ein weiterer Vertrag ausgehandelt, wonach ein weiterer, 63 kilometerlanger Pipelinekanal zwischen Aleppo (Syrien) und Kilis (Türkei) dem Arab-Gas-Pipeline angeschlossen werden soll. Das Handelsvolumen der syrisch-türkischen Erdöl und –gas Abkommen würde damit über 400 Mrd. US-Dollar betragen, welches den größten Anteil des volkswirtschaftlichen Handelsanteils beider Länder entsprechen würde, so das türkische Staatsunternehmen für Energie Botas (ebd.). Ein unabhängiger kurdischer Staat im Norden des Irak, mit der Erdölmetropole Kirkuk als Hauptstadt, würde erhebliche Einbußen im Handelsvolumen des Nabucco-Pipelines und Arab-Gas-Pipelines bedeuten, deren Bilanzen mit der irakischen (Gesamt-)Regierung geregelt wird, sodass Wettbewerbsverzerrungen reguliert werden müssten (Ertalay über das Nabucco Projekt,turkishweekly,14.9.2010). Die Erdölpolitik wäre somit ein weiterer Faktor dafür, warum Syrien und die Türkei so akribisch versuchen, das Referendum im Nord-Irak zu verhindern und gemeinsame Kampfmanöver gegen die PKK an der Süd-Ost-Anatolischen Syriengrenze durchführen.

Nach all diesen „vertrauensbildenden Maßnahmen“ und Kooperationen auf allen Ebenen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen, erscheint es im ersten Augenblick sehr verwunderlich, warum die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien Anfang 2011, sich scheinbar verschlechtert hätten. Bei näherer Untersuchung wird jedoch sehr deutlich, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Nationen sich nicht verschlechtert haben, sondern die Bemühungen, den kurdischen Raum weiter zu instabilisieren, intensiviert wurde. Durch die Gruppierungen der verschiedenen sunnitisch-islamistischen Milizen im Norden Syriens, d.h. im südlichen Kurdengebiet, u.a. wie die Al-Nusra Front und der Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS), sowie durch die sogenannte „Freie Syrische Armee“, sind militante Gruppen entstanden, die zwei erklärte Ziele haben: Die schiitische Obrigkeit in Syrien zu eliminieren und die kurdischen Separatisten zu liquidieren. Die Kämpfe der letzten drei Jahre und die Truppenentwicklungen, insbesondere in den sogenannten Flüchtlingslagern auf der türkischen Seite, haben jedoch gezeigt, dass die islamistischen Gruppen anscheinend in erster Linie das Ziel verfolgen, die kurdischen Separatisten zu eliminieren und das Entstehen eines kurdischen (Groß-)Staates zu verhindern, eben genau jenes Ziel, den Basar Al-Assad und Recep T. Erdogan seit jeher verfolgen.

10.4 Zusammenfassung

Der Vergleich der Kurdenpolitiken zwischen der Türkei und dem Iran, dem Irak und Syrien der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die Beziehungen der Türkei mit den genannten Ländern deutlich

bis sogar diametral verlagert hat. Wo der Iran, der Irak und Syrien noch als „horten des Terrorismus und Separatismus“ angesehen wurden, gelten sie heute als wichtige Handelspartner der Türkei. In der Ära vor dem Antritt Erdogans und der AKP in die Regierungsverantwortung hatte das türkische Militär im Rahmen des OHAL und der Militärverwaltung die Verantwortung über das Kurdengebiet dahingehend, um für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Damit legitimierte das türkische Militär die Interventionen in den „ausländischen Separatistengebiete“ im Iran, im Irak und in Syrien, die Stützpunkte in den „Terrorhorten“ hätten und die jeweiligen Länder den Terroristen Unterschlüpfen gewähren würden. Mit der Erdogan-Regierung scheint sich eine türkisch-islamische Synthese herausgebildet zu haben, die sowohl die Schiiten im Iran einschließt, wie auch die Araber im Irak und in Syrien. Die Handelsbilanzen sind beträchtlich. In den letzten acht Jahren seit dem Regierungsantritt der AKP haben sich die Handelsbilanzen mit den muslimischen Nachbarn vervielfältigt, wobei der deutliche Hauptschwerpunkt im Rohstoffgeschäft liegt. Die vermeintlichen Sabotageakte und Bombenanschläge der PKK an den Pipelines und Verteilerzentren für Erdgas- und -öl würden enorme Schäden an den Anlagen verursachen. Dieser Überlegung nachgehend erweist sich die Annahme plausibel, dass trotz jeder „kurdischen und demokratischen“ Öffnung, das Terrorproblem als solches weiterhin durch den türkischen, iranischen, irakischen und syrischen Staat bekämpft werden wird. So erweist sich das Terrorproblem, das in der Militärverwaltungszeit ein nationales Sicherheitsproblem war und sich als Kurdenfrage gestellt hatte, heute unter der Erdoganregierung ein gravierendes Wirtschaftsproblem darstellt. Der Schutz und Betrieb der Rohstoffanlagen scheint die Minderheitenfrage als ethnisches Problem verdrängt zu haben. So auch die Befürchtung der türkischen Regierung vor einem Referendum im Nord-Irak. Ein eigenständiger kurdischer Staat, oder auch nur eine Zentralregierung mit weitreichender Autonomie unter Einbeziehung Kirkuks, würde den Kurdenstaat im Nord-Irak bzw. die Selbstautonomie überlebensfähig machen, womit auch mit Einbußen im Erdölverkehr und somit Milliardenverlusten zu rechnen wäre.

11. Der Kurdenkonflikt im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei

Als ein weiterer Akteur im Kurden Themenkomplex hat sich die EU erwiesen. Denn die Türkei möchte Mitglied der EU werden, aber die EU hält der Türkei vor, dass sie ihre Minderheiten- und Menschenrechte verletze und für einen Beitritt noch nicht in Frage käme. So erwies sich die Kurdenproblematik in der türkischen wie auch europäischen Politik im Zusammenhang mit dem Beitritt der Türkei in die EU als eines der Hauptdiskussionspunkte der letzten Jahrzehnte.

11.1 Vor der AKP-Ära

Die türkisch-europäischen Beziehungen fingen mit dem Antrag auf Aufnahme in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Jahr 1949 unter dem Ministerpräsidenten Adnan Menderes (Demokratische Partei) an, der sich auch für die Aufnahme der Türkei in die NATO engagiert hatte. Erst als die Kemalisten mit dem ersten Putsch die Macht in der Türkei übernahmen, wurde zwischen den Militärs und der EWG ein Assoziierungsabkommen geschlossen, das der Türkei eine Mitgliedschaft in die Gemeinschaft in Aussicht stellte. Damals sprach sich der Generalstab der Türkei für einen Beitritt der Türkei in die EG aus. Erst fast drei Jahrzehnte später stellte die Türkei unter dem Ministerpräsidenten Turgut Özal (ANAP) einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in die EG, der bekanntlich abgelehnt wurde. Erst nach dem oben diskutierten „postmodernen Putsch“, dem de facto vierten Putsch der Militärs 1997, der Erbakan entmachtete, wurde vor dem EU-Gipfel in Luxemburg 1997 entschieden, dass die Türkei für einen Beitritt in Frage käme. Auch die Zollunion wurde unter der Beobachtung des türkischen Militärs zwischen der Türkei und der EU vereinbart, damals noch unter der Regierung Ciller. Am Ende des Luxemburg-Gipfels im Dezember 1997 wurde im Rahmen der Vollmitgliedschaft der Türkei jedoch beschlossen, erst einmal Beitrittsverhandlungen mit den osteuropäischen Staaten aufzunehmen, die Türkei käme später in Frage. Der damalige Ministerpräsident Mesut Yılmaz (ANAP), Nachfolger von Turgut Özal, brach die Gespräche mit der EU daraufhin ab.

In den Berichten der europäischen Kommission (später auch Fortschrittsberichte genannt) über die Lage in der Türkei wurde immer wieder die Verletzung der Menschenrechte und die undemokratischen Verhältnisse im Land kritisiert. „Die Kurdenfrage“ müsse gelöst werden und den Kurden in der Türkei und den umliegenden Gebieten Kurdistans müssen ihre Rechte gegeben werden, hieß es. Nachdem Öcalan 1998 verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, sprach sich die EU gegen die Todesstrafe aus und erklärte, dass dem „Kurdenführer Abdullah Öcalan ein fairer Prozess gemacht werden müsse“ (Türkei-Bericht der Kommission nach der Öcalan Verhaftung 1999). Die heftigste Kritik der EU gegenüber der Türkei bezog sich im Laufe der 90er überwiegend darauf, dass die Menschenrechtsverletzung in der Türkei, und das nicht nur gegenüber Kurden, zu beanstanden wäre und kam bei den EU-Treffen der Ratsmitglieder wie auch in der Kommission stets zur Sprache, welches zuletzt Mesut Yılmaz im Luxemburger-Gipfel nahegelegt wurde. Ebenso heftig wurde über die Rolle des Militär moniert, insbesondere das EU-Parlament beanstandete die Reduzierung der Macht des Militärs und das sie „entpolitisiert“ werden müsse (Bericht der Kommission 1995-2002).

Die Stimmung in der Türkei bereits nach der Ablehnung des Antrags von Özal war sehr anti-europäisch. Als die größten Gegner der EG/EU, und im allgemeinen Gegner des Westens, galten die islamischen Parteien und Organisationen, allen voran Erbakan und seine RP und die Milli Görüs

Bewegung. Europa und der Westen waren die erklärten „Feinde des Islams und der Turkvölker“ (Verfassungsschutzbericht Bayern 2001). In einer Parlamentsansprache erklärte Abdullah Gül, damals Abgeordneter der RP im Parlament und Vorsitzender der Kommission für außenpolitische Angelegenheiten:

„Das die Türkei nie in die EU (EG) aufgenommen werden wird, weiß jeder. Das sagen auch die europäischen Politiker. Denn die EU ist eine christliche Union. Das behaupten nicht wir, sondern bestätigen die europäischen Politiker. Es geht immer nur um die Vorteile der Europäer. Die Türkei braucht die EU nicht, das Potential der Türkei ist viel größer. Schaut euch die Turkstaaten an, schaut euch die muslimischen Länder an. Daran sollte sich die Türkei orientieren, nicht an der christliche Union. Die Zollunion ist nur ein Mechanismus, um das geostrategische Potential der Türkei im Nahen Osten und Zentralasien für ihre eigenen Vorteile zu instrumentalisieren.“ (Eigene Übersetzung, TBMM Rede 8.3.1995 in Resmi Gazete).

Nur kurze Zeit vorher erklärte der Vorsitzende der RP und Milli Görüs Bewegung und spätere Ministerpräsident Necmettin Erbakan:

„Der Westen, die USA und die EU instrumentalisieren unsere kurdischen Brüder gegen uns. Die Rede von Menschenrechten und Freiheiten ist nur ein Witz, ein Spiel gegen uns. Dem dürfen wir nicht trauen. Dabei waren es die Europäer, die nach dem Weltkrieg die muslimischen Kurden niedergemacht und die armenischen Kurden [nichtmuslimische Kurden, U.O] unterstützt haben. Der Grund warum die Europäer sich um den Kurdenkonflikt kümmern ist der, um die Türkei nieder zu machen und der territorialen Weiterentwicklung Israels zu unterstützen. Die Zionisten sind zusammengekommen und haben die EU gegründet und wollen die Türken, Kurden und Muslime gegeneinander aufhetzen. Bei der nächstbesten Gelegenheit würde sie auch die muslimischen Kurden wieder zerschmettern. Das sind doppelte Standards der Zionisten, der Europäer, des Westens. Die lassen unsere kurdischen Brüder erst verhungern, dann rüsten sie sie mit Waffen aus, um sie gegen uns kämpfen zu lassen. Sie sind es, die uns das Kurdenproblem aufgedrückt haben, sie führen die Regie. Sie gründen diese autonome Region im Nord-Irak, um die Terroristen mit Waffen zu beliefern und unsere kurdischen Brüder gegen uns aufzuhetzen.“ (Erbakan, Parlamentsrede vom 13.4.1995, Eigene Übersetzung).

Recep T. Erdogan, ebenfalls Mitglied der RP und der Milli Görüs und galt als politischer Ziehsohn von Erbakan, und war zu dem Zeitpunkt Oberbürgermeister der wichtigsten Metropole der Türkei, der Stadt Istanbul. In seinen Reden betonte er stets seine „loyalen Überzeugungen“. So sprach er von sich als „Prediger von Istanbul“ (Hürriyet, 8. Januar 1995), kündigte an, es stünde kurz bevor, „dass führende Regierungsmitglieder Prediger sein werden“ (Anadolu'da Vakit, 5.2.1996) und sprach sich dafür aus, „dass das Parlament mit einem Gebet eröffnet wird“ (Milliyet, 8.1.1996). Zudem fällt in diese Zeit folgendes Zitat Erdoğans bei einer Pressekonferenz: „99% der Bevölkerung sind Muslime[...]Laizistisch und gleichzeitig ein Moslem zu sein, ist nicht möglich“ (Vatan Gazete, 9.5.1995). 1994 äußerte er sich gegen einen Beitritt zur EU. Dazu beschrieb er die EU als eine Vereinigung der Christen, in der die Türken nichts zu suchen hätten (Hürriyet, 21.8.2001) und bezeichnete sich bei einem Interview mit der Zeitung Milliyet als Anhänger der Scharia (Die Welt, 20.7.2007). Die Haltung der Mitglieder der Vor-AKP-Parteien war unmissverständlich klar. Mit dem Eklat im EU-Gipfel in Luxemburg 1997 brachen die Gespräche zwischen der Türkei und der EU vollkommen ab.

11.2 Wende in der türkisch-islamischen EU-Politik und der Kurdenfrage

Die AKP unter der Erdoganregierung hat während ihrer Amtszeit eine diametral gegenüberliegende Haltung gegenüber der EU eingenommen. Als Erdogan, Gül und die Vor-AKP-Parteien Mitglieder noch von einer „von Zionisten kontrollierten westlichen Imperialpolitik“ sprachen, von einer „Christenunion, die doppelte und mehrfach widersprechende Standards verwendet, um die Muslime gegeneinander aufzuhetzen“, sprechen Erdogan, Gül und ihre Anhänger heute über eine neue Chance für die Türkei, sich endlich weiterzuentwickeln und in der europäischen Wertegemeinschaft einen zentralen Faktor einzunehmen (Antrittsrede von Erdogan bei der Vereidigung zum Ministerpräsidenten, 14.3.2003).

Erdogan hat sich seit seiner Amtseinführung für den Beitritt in die EU ausgesprochen und die AKP hat entsprechende Reformmaßnahmen ergriffen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen und damit die Beitrittsverhandlungen weiter führen zu können. In den zentralen Verhandlungspunkten wie die Rolle des Militärs in der Türkei, die Wirtschaftspolitik und Öffnung/Liberalisierung der Märkte, sowie Reformen in der Justiz konnten entscheidende Verbesserungen in Richtung EU erzielt werden (Fortschrittsberichte der EU 2005-2009). Im Zypernkonflikt sowie in der Minderheitenpolitik verliefen die Reformen bis vor kurzem nur schleppend bis gar nicht. Mit dem Referendum zur Verfassungsänderung scheint jedoch ein entscheidender Schritt in der Minderheitenpolitik getroffen zu sein, so dass auch Seitens der EU Lob und Zustimmung ausgesprochen wurde, wobei moniert wird, dass diese Verfassungsänderung nur der erste Schritt sein kann und noch weitere Änderungen folgen müssten.

Die EU hat in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ebenfalls einen wechselvollen Kurs eingehalten, insbesondere in der Kurdenpolitik, auch wenn sie im ersten Blick nicht so radikal erscheinen mag, wie der plötzliche Wandel der einstigen Islamisten. Zwar wird in den Kopenhagener Kriterien die Rechte und Freiheiten von Minderheiten weiterhin betont, bei den Gesprächen zwischen der Türkei und der EU erwies sich die Kurdenpolitik der Türkei als ein Randthema, dass insbesondere in der EU-Kommission und im EU-Rat auf wenig Interesse zu stoßen scheint. Jedoch nicht so im Parlament. Zuletzt hatte nur die deutsche Bundeskanzlerin während ihrer Amtszeit als Ratspräsidentin die Kurdenpolitik angesprochen, wo sie den Bundestagsbeschluss von 1991 wiederholt erwähnte, wo es heißt: „In der Bundesrepublik lebt eine große Gruppe von Kurden. Auch ihnen muss die Möglichkeit zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität gegeben werden.“ (7.11.1991, BT-Drucksache 12/1362) und weitete diesen Absatz des Bundestagsbeschluss dahingehend aus, dass in der EU eine große Gruppe von Kurden leben würde. Nach einer Debatte über die kulturelle Situation der Kurden hat die Parlamentarische Versammlung des Europa-Rats am 4. Oktober 2006 eine Entschließung angenommen, die dazu aufruft, die kurdische Kultur durch unterstützende Maßnahmen auf europäischer Ebene zu schützen.

Im Europarat wurde bereits 1998 ein „Rahmenabkommen zu Minderheiten“ ratifiziert. In den Vorverhandlungen wurde die Kurdenfrage nicht explizit angesprochen. Gesprochen wurde aber über Minderheitenrechte, was je nach Sichtweise die Kurden ein- oder ausschließt. Die Türkei und Frankreich sind die beiden einzigen Europaratsmitglieder, die dem Europarats-Rahmenabkommen zu Minderheiten bisher nicht beigetreten sind (EU- Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, SEV-Nr. :157.).

Nach Meinung vieler, nicht nur europäischer Beobachter, sondern auch nach der Meinung türkischer Wissenschaftler, scheint das Interesse der EU-Exekutive an der Kurdenpolitik geringer zu werden. Das schwindende Interesse der EU an den Kurden erklärt das Monitoring-Projekt der Friedenskooperation mit folgender These:

„Je mehr die Konflikte in Nah- und Mittelost eskalierten, um so stärker wurde die ablehnende Haltung der westlichen Regierungen gegenüber den kurdischen Ansprüchen...Diese Ablehnung wurde noch durch zum Teil gewalttätige Demonstrationen von Exil-Kurdinnen und -Kurden in West-europa – und speziell in Deutschland – verstärkt. Dies trug auch dazu bei, dass der einseitige, zunächst unbegrenzte Waffenstillstand der PKK – nach der Entführung und Gefangennahme ihres Führers Abdullah Öcalan 1999 – und die Bereitschaft, zu einer politischen Lösung im Rahmen der Türkei zu kommen, von außen nicht aufgegriffen und zur Lösung dieses Konflikts nicht genutzt wurde.“ (Friedenskooperation 2010: 10).

In einigen EU-Staaten herrscht große Skepsis darüber, ob ein Beitritt der Türkei überhaupt wünschenswert ist. Denn mit der Erweiterung der EU auf die Grenzen der Türkei, würden damit die Grenzen der EU bis in den Nahen Osten hinein verlagert werden. Damit würde die gesamteuropäische Außenpolitik einen vollkommen anderen Stellenwert bekommen. In den Grenzen der Konfliktherde Irak, Iran, Syrien und Israel würde die EU eine viel größere Rolle spielen müssen. Neben der Verlagerung der Grenzen, würde die Türkei, aufgrund der Bevölkerungsgröße, im Parlament, im Rat und somit auch in der Kommission nach Deutschland die zweit stärkste Gewichtung bekommen und würde Frankreich, Italien und GB auf die dritte Position verdrängen.

Die jährlich erscheinenden Fortschrittsberichte der Kommission zeigen eine interessante Verlagerung der Themen und der Schwerpunktsetzung, ebenso bei der Verwendung der Terminologien. Wo die Fortschrittsberichte der Kommission in den 90ern noch vom „Kurdenführer Öcalan“ sprachen, und die Menschenrechtsverletzungen und insbesondere über Repressalien gegenüber der „kurdischen Bevölkerung“, hat sich die Betonung darauf verlagert, dass die „Terrororganisation PKK“ Anschläge verübe und die Regierung eine Initiative in der „Kurdenfrage“ gestartet habe, „die allen türkischen Bürgern, ungeachtet ihrer Herkunft ihre Rechte und Freiheiten garantieren und zur Entspannung der Lage im Südosten beitragen“ solle. Im aktuellen Fortschrittsbericht heißt es: „Ein konstruktiverer Dialog zwischen den politischen Parteien wird sich positiv auf den Reformprozess und die Arbeiten für die Verfassungsreform auswirken.“ (Fortschrittsberichte der EU-Kommission). Kurze Zeit später, nachdem der Bericht veröffentlicht wurde, verhängte das türkische Verfassungsgericht den Verbot der DTP. Direkt nach

den kurzen Zeilen zur „Kurdenfrage“ und dem „Terrorproblem der Türkei, die auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen geführt wird“ (ebd.: 112), wird ausführlich über die regionale Wichtigkeit der Türkei Bezug genommen, wo sie „für die Sicherheit in der Region und die Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen eine maßgebliche Rolle“ (ebd.) spiele. Weiter heißt es im direkten Anschluss:

„Im Juli 2009 hat die Türkei die zwischenstaatliche Vereinbarung über den Bau der Erdgaspipeline Nabucco unterzeichnet. Mit diesem Projekt wird ein bedeutender strategischer Schritt in Richtung einer engeren energiepolitischen Zusammenarbeit zwischen der EU, der Türkei sowie allen übrigen Staaten der Region und einer größeren Diversifizierung der Energiequellen getan. Die rechtzeitige Fertigstellung des südlichen Gaskorridors durch die zügige Umsetzung der zwischenstaatlichen Vereinbarung über den Bau der Erdgaspipeline Nabucco gehört weiterhin zu den obersten EU-Prioritäten.“ (ebd.:113)

In der verwendeten Terminologie und der Schwerpunktsetzung lässt sich eine klare Veränderung seit den 90ern erkennen. Diese Form der Berichterstattung gibt Skeptikern Anlass zur Kritik, dass die Türkei und die EU ihre Taktiken gemeinsam koordinieren würden, um die PKK zu bekämpfen und die „Kurdenfrage“ auf die wirtschaftspolitischen Aspekte runter zu spielen. EU-Skeptische Stimmen sprechen sogar davon, dass die EU den Türkei-Kurden-Konflikt sogar schüren würde, in dem die EU kurdische Organisationen und Medien verfolge und unterdrücke. Einer der wichtigsten kurdischen Fernsehsender, die auf der ganzen Welt ausgestrahlt wird und eine sehr große Beliebtheit bei den Kurden genießt, ist ROJ-TV, die in Belgien ausgestrahlt wird. Am 4. März 2010 führte die belgische Polizei gleichzeitig Razzien gegen mehrere kurdische Einrichtungen und Wohnungen durch. Auf Anweisung der belgischen Staatsanwaltschaft durchsuchte die Polizei das ROJ-TV-Studio und weitere 24 kurdische Einrichtungen.

10 Personen, darunter die ROJ-TV-Leiterin Gülsen Emsiz, sowie Journalisten und einige Gäste wurden festgenommen. Kurdische und Linke Politiker bewerten diese Aktionen, die in der Vergangenheit bereits mehrmals vorgekommen ist, als eine „von der Türkei und der EU gemeinsam koordinierte Aktion“:

„Diese aggressive Haltung gegen die kurdischen Medien werten wir als eine Aktion, die offensichtlich von der Türkei und der EU koordiniert organisiert ist. Wer genauer hinschaut sieht, dass vor kurzem die im Parlament vertretene Partei DTP verboten ist und anschließend ca. 1.500 kurdische PolitikerInnen in der Türkei festgenommen wurden. Andere linke PolitikerInnen aus der Türkei, wie beispielsweise Vertreter der Anatolischen Föderation, sind im EU-Raum festgenommen worden“. (Hamide Akbayir und Ali Atalan,06. März 2010)

Das europäische Parlament scheint eine differenzierte Perspektive bei der Debatte um den Türkei-Beitritt zu haben als die Exekutiven. Das Parlament hat immer wieder umfassende Erklärungen zum Türkei-Beitritt und zur Kurdenfrage abgegeben und monierte, dass es kaum Fortschritte in der Kurdenfrage gäbe. Auch mit der „zivilen Verfassung“ ließen sich nur mäßige Fortschritte in der Kurdenpolitik erreichen, so die Grünen- wie auch sozialdemokratische Fraktion des Parlaments. Es brauche noch weitere Reformen, um "die Verfassung demokratischer zu machen und die Türkei für den EU-Beitritt fit zu machen", erklärte Ska Keller, Grüne Europaabgeordnete und Mitglied der Türkei-delegation. "Diese Reformen müssen jedoch in einem offenen Dialog mit der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Unter anderem müssen die Menschenrechte noch viel mehr

gestärkt werden, die in dem aktuellen Reformpaket noch zu kurz gekommen sind”, und moniert, dass weder im Rahmen des Verfassungsänderungsprojekts noch im Rahmen der Demokratischen/Kurdischen Öffnung zivilgesellschaftliche Akteure wie z.B. kurdische Medien und Organisationen herangezogen wurden (Ska Keller, Homepage , Türkei-Referendum). Mit der Verfassungsreform in der Türkei wird das Land zwar demokratischer, aber nicht automatisch reifer für einen EU-Beitritt, so der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, Werner Langen: „Positiv ist, dass es zu einer besseren demokratischen Kontrolle über das Militär und zu mehr Rechten für das Parlament kommt. Bei der Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten gibt es aber nach wie vor erhebliche Defizite“, so Langen. Zum Verbot der kurdischen DTP äußerte sich die SPE ebenfalls sehr besorgt. Der SPE-Vorsitzende Poul Nyrup Rasmussen sagte:

„Die Entscheidung des Verfassungsgerichts ist sehr beunruhigend. Ich fürchte, dass das Verbot einer Partei, die sich einer politischen Lösung der Kurdenfrage verpflichtet sieht, eine gewalttätigere Reaktion derjenigen provozieren könnte, die die kurdischen Forderungen unterstützen. Das Verbot dieser Oppositionspartei ist ein Schritt zurück für den demokratischen Prozess in der Türkei und wird unzweifelhaft ein bedeutendes Hindernis für die türkischen Beitrittsverhandlungen mit der EU darstellen, die von der SPE unterstützt werden. Demokratie und Minderheitenrechte können nur durch Dialog und gewaltfreie Mittel garantiert werden, und die DTP sollte in diesem Prozess eine wesentliche Rolle spielen.“(euractiv: Wendepunkt türkischer Demokratie, 13.9.2010).

Dabei warnte die Europäische Kommission die Türkei nach dem DTP-Verbot, dass das Urteil einen bedeutenden Anteil der türkischen Wähler von der politischen Repräsentation ausschließen würde. Diese sei jedoch wesentlich für die türkische Erfüllung des demokratischen Mandats, und damit zum Beitritt in die EU. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft drückte ihre Besorgnis über die Entscheidung des Verfassungsgerichts aus, die DTP zu verbieten und eine Reihe ihrer demokratisch gewählten Vertreter von jeglichen politischen Aktivitäten auszuschließen.

„Während die Präsidentschaft Gewalt und Terrorismus stark verurteilt, erinnert sie auch daran, dass die Auflösung von politischen Parteien eine außergewöhnliche Maßnahme darstellt, die mit der äußersten Zurückhaltung eingesetzt werden sollte“, teilte die schwedische Präsidentschaft mit, ging jedoch auf die Kurdenproblematik explizit nicht ein, sondern kritisierte die Entscheidung im Rahmen des türkischen Gesetzgebungsverfahrens (euractiv: EU-Kritisiert Verbot der Kurdenpartei, 15.12.2010). Ein Kommissionssprecher äußerte sich auch kritisch zur fehlenden Bereitschaft der DTP, sich von der PKK zu distanzieren. Die PKK sei eine militante Gruppe, welche die kurdische Unabhängigkeit anstrebt. „Die Kommission bedauert, dass sich die DTP kontinuierlich geweigert hat, sich klar von der PKK zu distanzieren und Terrorismus zu verurteilen“, und damit den Standpunkt der EU aus, wonach die PKK weiterhin eine Terrororganisation darstellt, wie sie in der europäischen Liste der Terrororganisationen gelistet ist (ebd.).

Die EU-Außenminister hatten 11.9.2010 bei ihrem informellen Treffen in Brüssel über Wege beraten, unabhängig von den zähen EU-Beitrittsverhandlungen, die Beziehungen zur Türkei zu verbessern. Denn schon länger macht sich bei einigen die Sorge breit, die Türkei rücke näher an

islamische Staaten heran und wende sich von Europa ab. Die Außenminister wollten erreichen, dass der Beitrittsprozess kein Hindernis sei für eine Zusammenarbeit mit der Türkei etwa mit Blick auf Iran oder dem Irak, sagte der belgische Außenminister Steven Vanackere (Auswärtiges Amt: Gymnich-Treffen der EU-Außenminister am 11.9.2010).

Der Kurdenkonflikt wäre nach dem Beitritt der Türkei, nach den oben diskutierten Punkten, auch ein direktes Problem der EU, und keine Beitrittsbedingung mehr. Ob demnach die Verlagerung des Interesses der EU-Exekutive langfristig darauf hinweist, die Türkei nicht als Vollmitglied aufzunehmen und nur privilegierte Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen und aufrecht zuhalten ist naheliegend. Auch das Interesse der EU-Parlamentarier auf die Kurdenproblematik wäre unter der Annahme plausibel, die Interessen der in Europa lebenden Kurden zu Vertreten und anzusprechen, um Wählerpotentiale abzudecken, wäre ein Argument der EU-Kritiker und wie man es von türkischen EU-Gegnern auch immer wieder zu hören und lesen bekommt. Über einen entscheidenden Punkt hat sich die EU, weder das Parlament noch die Exekutive, noch nicht geäußert, nämlich die Rolle von Abdullah Öcalan und der PKK. Die PKK, wie auch viele führende kurdische Organisationen bestehen darauf, dass nur mit direkten und persönlichen Verhandlungen mit Öcalan das Kurdenproblem in der Region gelöst werden könne. Hierzu hat sich die EU nicht geäußert, verlangte nur von der Türkei die Todesstrafe abzuschaffen und dem „Kurdenführer Öcalan einen fairen Prozess zu geben“. Ob die EU zu politischen Verhandlungen mit „Terroristen“ bereit ist, lässt sich bezweifeln. Ebenso, dass dieses Anliegen der PKK in den Beitrittsverhandlungen zu Tage kommen wird.

Die Entwicklung der Türkei zur EU im Zusammenhang mit der Kurdenpolitik weist bei beiden Parteien wechselhafte und unstetige Phasen auf. Interessant ist der Zusammenhang, dass die EG/EU damals weder mit Menderes noch mit Özal, beide demokratisch gewählte Regierungschefs, die den Dialog und politische Lösung mit den Kurden suchten, Verhandlungen aufgenommen haben. Beide Anträge wurden abgelehnt. Ebenso erging es den Gesprächen mit der EU und den parteipolitischen Nachfolger Özal's, Mesut Yilmaz. Erst zu Zeiten, in denen das türkische Militär wieder an Macht und Legitimation hinzugewonnen und die türkische Verfassung mit radikal-autoritären Zügen umgeschrieben hatte, führte die EWG bzw. EG bzw. EU Gespräche mit der Türkei und es kam zur Aufnahme in die EWG unter General Soydan und zur Zollunion nach dem postmodernen Putsch, wo die PKK auch gleichzeitig in die europäische Liste der Terrororganisationen hinzugefügt wurde. In diesem Zusammenhang erscheint es ambivalent, dass die EU in ihren Stellungnahmen die Menschenrechtsbedingungen in der Türkei kritisierte, die Lösung des Kurdenkonflikts befürwortete und die all zu starke Rolle des kemalistischen Militärs kritisierte.

Offensichtlich widersprüchlich ist die Haltung der Islamisten bzw. den gemäßigten Muslimen in der AKP. Wo sie noch als RP bzw. FP und Milli Görüs Mitglieder radikal dagegen waren, jagt die AKP ein Reformpaket nach dem anderen durch das türkische Parlament, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen und die Beitrittsgespräche weiterzuführen, hierzu wurde auch vor kurzem ein eigenes Europaministerium gegründet.

In den letzten Jahren scheint sich die Türkei vermehrt auf die islamischen Nachbarländer und ihre Rohstoffvorkommen zu konzentrieren und legt bei ihren Wahlkampfansprachen nur marginal Wert auf den EU-Beitritt. Gleichzeitig scheint sich auch die EU-Kommission eher Sorgen um die Erdöl- und -gas Versorgung zu machen, womit die Annahme einer eher privilegierten Wirtschaftsbeziehung denn Vollmitgliedschaft plausibel erscheint. Denn noch immer sind 11 Verhandlungskapitel suspendiert, im Zypern-Streit scheint sich kaum etwas zu bewegen und die Front zwischen Erdogan und den europäischen Konservativen wird immer verhärteter.

12. Fazit und Ausblick

Die Kurdenpolitik und die damit zusammenhängenden Konflikte stellten schon seit der Zeit des Osmanischen Reiches eine politisch-gesellschaftliche Krise dar, die nach den theoretischen Überlegungen aus dem zweiten Abschnitt dieser Arbeit, die erste Voraussetzung für einen Paradigmenwechsel darstellt. Diese Krise hat bis zur heutigen Zeit verschiedene Formen angenommen. Innerhalb der Kurdenproblematik in der osmanischen Zeit, so wie in der vor und nach AKP-Ära, kam es zu verschiedenen Veränderungen im Sinne der first und second order changes in der Kurdenpolitik, in denen die Art und Weise der Gestaltung der Kurdenpolitik sowie die Wahl neuer Politiken zur Konfliktbewältigung entwickelt wurden. Die *Kurdenfrage*, die sich in der Zeit des osmanischen Reiches als Frage stellte, entwickelte sich bis zur Gründung der türkischen Republik zu einem *Kurdenproblem*, welches seinen Ausgangspunkt im Friedensvertrag von Lausanne hatte. Das Kurdenproblem wollte Atatürk mit einer rigorosen Assimilierungspolitik lösen, womit die politische Überprüfbarkeit (die political viability wie es Hall nannte) der third order change, nämlich Kurdenproblem, nachgewiesen werden konnte. Mit den weitreichenden Legitimationen, insbesondere nach dem Tode Atatürks und während der drei Staatsstriche, begann das türkische Militär das Kurdenproblem als ein *militärisches Sicherheitsproblem* zu betrachten, das die nationale Integrität gefährde. Die first and second order changes beschränkten sich nicht nur auf die Ausnahmezustände in den Kurdengebieten und weiteten sich mit dem dritten Putsch und der

Militärverfassung auf das ganze Land aus. Sowohl in der Ära von Atatürk, als auch in der Ära der Kemalisten, Repräsentiert durch das türkische Militär und die CHP, wurden unzählige Kurden ermordet, kurdische Dörfer zerstört und deportiert. Zwar hatten Menderes und Özal versuche gestartet, sich mit den Kurden zu versöhnen, sie in die türkische Politik und Gesellschaft zu integrieren und den PKK-Terrorismus (Özal) nicht mit dem kurdischen Volk gleichzusetzen. Hier wurden schon die ersten Versuche unternommen, neue Zielhierarchien für die Kurdenpolitik zu definieren und die Rede war damals schon von einem Paradigmenwechsel. Doch wurde Menderes von der Militärjunta der 60er erst geputsch, dann erhängt. Die Versöhnungspolitik Özals hielt auch nicht lange. Das Sprachverbot in der Privatsphäre wurde aufgehoben, was man als first order change bezeichnen kann, weil ein bestehendes Gesetz im kleinen Rahmen umformuliert wurde. Das Antiterrorgesetz von Özal ist im Rahmen einer second order change zu bewerten, weil ein neues Gesetz geschaffen wurde, dass PKK-Terroristen und die kurdische Zivilbevölkerung voneinander trennen sollte und diese in entsprechenden Gerichten prozessiert werden sollten. Diese administrativ-institutionelle Neuerung brachte jedoch nicht viel und hielten sich auch nicht lange. Der plötzliche Tod von Özal, nachdem er den Dialog mit der PKK gesucht hatte, bietet viel Raum für Spekulationen. Die Kämpfe zwischen der PKK und der türkischen Armee, gefolgt von weiteren Repressalien im Kurdengebiet, verschärfte das Kurdenproblem zusehends.

Erst mit der Gründung der AKP und dem Regierungsantritt von Erdogan lässt sich eine Etablierung einer neuen Zielhierarchie im Sinne der third order change nachweisen. Das kurdische Feindbild scheint sich in der staatlichen Politik aufgelöst zu haben. Mit der kurdischen Öffnung und der zivilen Verfassung implementierte die AKP-Regierung ein Gefüge im politischen, administrativ-institutionellen System der Türkei, womit künftige Repressalien und Ungerechtigkeiten gegenüber der kurdischen Bevölkerung vermieden werden sollen, vergangene Straftaten geahndet und die Täter, nämlich die Kemalisten, bestraft werden sollen, so die political viability im Rahmen der first und second order changes unter der neu definierten Zielhierarchie Erdogans. Auf der administrativ-institutionellen Ebene wurden neue Gesetze geschaffen, alte Gesetze teilweise revidiert oder umgeschrieben, neue Behörden und Ämter gegründet, die der kurdischen Bevölkerung zugute kommen sollen und die militärischen Gerichte, die auch zivile Prozesse unter den Kurden führten, abgeschafft. Ein zentraler Punkt beim Umbruch der politisch-gesellschaftlichen Krise ist die Differenzierung zwischen der kurdischen Zivilbevölkerung und den PKK Terroristen. Zwar hatte bereits Özal diese Unterscheidung getroffen, doch die Erdoganregierung geht noch weiter und erweist sich durchsetzungsfähiger. Kinder und Jugendliche können nicht mehr als Terroristen bestraft werden und PKK Mitgliedern wird teilweise Amnestie gewährt bzw. Rehabilitierungsmaßnahmen angeboten. Die kurdische Öffnung gibt somit deportierten, verfolgten und inhaftierten neue Hoffnungen.

Ein zentraler Kritikpunkt in der neuen Kurdenpolitik ist, dass die türkische Regierung Verhandlungen mit dem PKK-Führer Öcalan ablehnt. Diese Kritik kommt von der PKK, die meint,

dass ohne die Beteiligung des Kurdenführers Öcalan eine Lösung des Kurdenproblems nicht denkbar wäre. Bisher hätte die Regierungspartei AKP keinerlei Gespräche mit „den Terroristen“ führen können. Ob sie es gewollt hätte oder nicht, in dem Moment, wo die AKP Gespräche mit Öcalan oder der PKK geführt hätte, wäre die AKP vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden, oder die Kemalisten hätten wieder geputscht, oder ein ähnliches Schicksal, wie Özal und seiner ANAP, wäre ihnen widerfahren.

Doch mit der neuen Zivilverfassung wurde sowohl das Militär, wie auch das Verfassungsgericht geschwächt. Parteiverbote können nun nur noch über das Parlament verhandelt werden und die alten Strukturen des Militärs wurden aufgelöst und neu besetzt, zum Vorteil der AKP, wie auch kurdischer Parteien. Mit der third order change der kurdischen Öffnung im Zusammenspiel mit der Zivilverfassung ging eine rigorose Änderung sämtlicher Strukturen des politischen Systems der Türkei einher. Jetzt könnte die AKP Gespräche führen, ohne Bedenken vor einem Verbot oder Putsch zu haben. Die einzigen noch übrig gebliebenen Gegner sind die kemalistischen CHP, und die ultra-nationalistisch MHP, denen jedoch kaum noch Machtapparate erhalten geblieben sind.

Mit den im Inland geführten Paradigmenwechsel kam es auch zu neuen politischen Beziehungen mit den Nachbarländern, die ebenfalls ein Kurdenproblem haben, da sich das Kurdengebiet über den Iran, dem Irak und Syrien ausstreckt. Nach den oben geführten Diskussionen ist jedoch der Umstand interessant, dass die Kurdenpolitik der Türkei in Beziehung zu seinen Nachbarländern eine abweichende Wende genommen hat. Aus dem Kurden- und Sicherheitsproblem der Militärs entwickelte sich innerhalb der nachbarschaftlichen Beziehungen ein *Wirtschaftsproblem*.

Denn die Rohstofffelder liegen in den von Kurden besiedelten, und im Falle des Nord-Irak regierten, gebieten. Die Erdöl und –gas Projekte der Türkei sind so lange gefährdet, solange das PKK-Problem nicht gelöst ist. Wo die Türkei im eigenen Land die Kurden protegiert, greift sie die PKK mit aller Härte weiterhin an, und versucht, in Zusammenarbeit mit den muslimischen Nachbarn dieses wirtschaftliche Problem zu lösen. An den Pipeline-Projekten der Türkei ist auch die EU direkt beteiligt. Eine Versöhnung mit den Kurden würde der AKP theoretisch auch bessere Chancen für einen EU-Beitritt bieten, doch konnte in der vorangehenden Diskussion auch gezeigt werden, dass die EU-Exekutive eher an einer privilegierten Wirtschaftspartnerschaft mit der Türkei interessiert ist, dass Europa mit günstigem Öl und Gas aus der Kurdenregion versorgt und so ihre Versorgungsquellen „diversifiziert“. Eine Versöhnung der Türkei mit den Kurden würde zwar den Beitritt der Türkei in die EU theoretisch wahrscheinlicher machen. Allerdings zeigt das schwindende Interesse der EU an der türkischen Kurdenpolitik, dass es möglicherweise bei einer privilegierten Wirtschaftspartnerschaft bleiben wird. Zumindest würden konfliktfreie Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK der Türkei bessere wirtschaftliche Beziehungen und höhere Profitmargen im milliardenschweren Rohstoffgeschäft mit der EU und den kurdischen Erdöl- und gasgebieten in Aussicht stellen, insbesondere im Nord-Irak. Das Referendum in Kirkuk

wird die Zukunft der türkisch-kurdischen Beziehungen im Ausland bzw. mit der PKK entscheidend beeinflussen, sofern es zu einem Referendum kommen wird.

Die obige Diskussion hat weiterhin gezeigt, dass eine direkte Gleichsetzung der PKK mit der kurdischen Bevölkerung, sei es in der Türkei oder auch im Iran, im Irak oder in Syrien, nicht eindeutig nachgewiesen werden kann. Wenn man annimmt, dass die PKK und die zivile kurdische Bevölkerung gleichzusetzen sind, dann erweist sich diese Politik der Erdoganregierung widersprüchlich und erweckt den Anschein, dass die inländische Politik nur dazu dient, die kommenden Wahlen zu gewinnen und von einer echten Lösung des ethnischen Problems nicht interessiert ist. Doch, wenn man davon ausgeht, dass die zivile kurdische Bevölkerung nicht mit der PKK gleich zu setzen ist und diese voneinander trennen muss, dann lässt sich schlussfolgern, dass die Erdoganregierung an einer Wiedergutmachung im eigenen Land interessiert ist, was nicht heißen soll, dass sie somit auch neue Stimmwähler für die Parlamentswahlen gewinnen will, dass PKK-Problem als wirtschaftliches Problem ansieht und diese versucht auch mit militärischen Mitteln und in Zusammenarbeit mit den Nachbarländer zu bekämpfen.

Da eine Gleichsetzung der PKK mit der gesamten kurdischen Bevölkerung m.E. nicht gerechtfertigt ist, zumal ein Großteil der kurdischen Bevölkerung muslimisch ist und keinen Kontakt zur neomarxistischen PKK wünscht, erscheint mir das Konzept der „kurdische Öffnung“ als sehr verheißungsvoll und könnte, wenn der Prozess der „Öffnung“ vollständig abgeschlossen und die Zivilverfassung komplett übernommen worden ist, den Kurden ein würdiges Leben in der Türkei bieten.

Um eine vollständige und über die Generationen hinweg nachhaltige Lösung des Kurdenkonflikts zu gewährleisten, ist es m.E. erforderlich, dass die türkische Regierung den politischen Dialog mit der PKK sucht. Öcalan hat sich in seinen Schriften und Veröffentlichungen der letzten vier Jahrzehnte als eine Autoritätsperson erwiesen, der den Dialog sucht und an einer demokratischen Lösung des Problems interessiert ist. Das hat auch die Checkliste von Öcalan aus dem Abschnitt 6 gezeigt. Wenn die PKK und die kurdische Bevölkerung, zumindest ein signifikanter Teil von ihr, erpicht darauf ist, Öcalan in die Lösungsgespräche zu involvieren, dann sollte das die türkische Regierung auch tun. Zumal sie mit der Zivilverfassung und der Zustimmung der Bevölkerung keine Befürchtungen mehr haben muss, als Partei verboten zu werden oder militärische Konsequenzen nach sich zu ziehen hat. Mit einem solchen Schritt würde die Regierung nicht nur einen großen und wichtigen Teil der kurdischen Bevölkerung an sich gewinnen, und somit auch Wählerstimmen. Die türkische Bevölkerung würde ebenfalls anfangen, die Kurden als eine etablierte Minderheit und ihre Kultur als kurdische Kultur zu akzeptieren.

13. Literaturverzeichnis

Monographien

- Andrews, Peter Alford (Hrsg.) (1989): Ethnic Groups in the Republic of Turkey. Wiesbaden.
- Akcem, Taner (2004): Armenien und der Völkermord. Hamburg: Hamburg Edition.
- Asadi, Awat (2007): Der Kurdistan-Irak-Konflikt. Berlin: Hans Schiler Verlag.
- Achenbach, Bernd (1991): Lichtenbergs äußere Erscheinung. Eine kritische Ikonographie. Göttingen: Wallstein Verlag.
- Asatryan, Garnik (2001): Die Ethnogenese der Kurden und frühe kurdisch-armenische Kontakte. In: ders.: Iran & the Caucasus, Vol. 5.
- Azad Salih: Freies Kurdistan. Die Schutzzone der Kurden in Irakisch-Kurdistan. Dissertation. Freie Universität, Berlin 2004.
- Azad Salih: Freies Kurdistan. Die selbstverwaltete Region Kurdistans. Hintergründe, Entwicklungen und Perspektiven. Köster, Berlin 2005,
- Baum, Wilhelm (2005): Die Türkei und ihre christlichen Minderheiten: Geschichte – Völkermord – Gegenwart. Wien: Kitab Verlag.
- Behrendt, Günter Max (1993): Nationalismus in Kurdistan. Hamburg: Dt.Orient-Institut.
- Berger, Andreas/ Friedrich, Rudi/ Schneider, Kathrin (1998): Der Krieg in Türkei-Kurdistan. Berlin.
- Binswanger, Karl (1977): Untersuchungen zum Status der Nichtmuslime im Osmanischen Reich des 16. Jahrhunderts. Diss. München.
- van Bruinessen, Martin (2003): Agha, Scheich und Staat. Politik und Gesellschaft Kurdistans. Berlin: Edition Parabolis.
- Buhbe, Matthes (1996): Türkei-Politik und Zeitgeschichte. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Demirkol, Mürşit/Solmaz, Erdem (1997): Die PKK und die Kurdenfrage in der Türkei. Berlin.
- Deschner, Günther (2003): Die Kurden – Volk ohne Staat, München: Herbig Verlag.
- Dogan, Fatih (2010) Die türkisch-iranischen Beziehungen nach der iranischen Revolution 1979 - 2000. Diplomarbeit, Universität Wien. Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Franz, Erhard (1994): Population Policy in Turkey. Family Planning and Migration between 1960 and 1992. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Gronke, Monika (2003): Geschichte Irans - von der Islamisierung bis zur Gegenwart. München.
- Hadassa, Ben-Itto (1998): Die „Protokolle der Weisen von Zion“. Anatomie einer Fälschung. Berlin.
- Hale, William (1994): Turkish Politics and the Military. Routledge.
- Hall, Peter A. (1989a): Introduction, in: Hall, Peter A.: The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations. Princeton, N.J.: Princeton University Press, 3-26.
- Hall, Peter A. (1989b): Conclusion, The Politics of Keynesian Ideas, in: Hall, Peter A.: The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations. Princeton, N.J.: Princeton University

Press, 361-391.

- Halli, Reşat (1972): Türkiye Cumhuriyetinde Ayaklanmalar (1924–1938). Ankara: T. C. Genelkurmay Baskanlığı Harp Tarihi Dairesi.
- Heinrich, Lothar (1989): Die kurdische Nationalbewegung in der Türkei. Hamburg: Deutsches Orient-Institut.
- Henner, Fürtig (2004): Kleine Geschichte des Irak. Bremen:Becksche Reihe.
- Heuss, Theodor (editiert 2009): In der Defensive.Briefe 1933- 1945. Berlin: Walter de Gruyter.
- Ibrahim, Ferhad (1991): Zwischen Stammestradiation und Nationalismus-Die kurdische Tragödie. Hamburg.
- Imrek, Bülent (2001): Zur Situation der kurdischen Stämme im Osmanischen Reich. Frankfurt a.M.: J.W.G. Universität.
- Jorga, Nicolae (1990): Geschichte des Osmanischen Reiches. Frankfurt a.M.: Eichborn Verlag.
- Kaya,Ibrahim (2005): Terörle Mücadele ve Uluslararası Hukuk. Ankara: Usak Yayini.
- Kartal, Celalettin (2002): Der Rechtsstatus der Kurden im Osmanischen Reich und in der modernen Türkei. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Kienle, Silke (2003): Das Südostanatolien-Projekt (GAP) - ein erfolgsversprechendes Entwicklungsprogramm? Eichstätt.
- Kieser, Hans-Lukas (2000): Der verpasste Frieden. Mission, Ethnie und Staat in den Ostprovinzen der Türkei 1839–1938. Zürich.
- Krech, Hans (1999): Der Bürgerkrieg in der Türkei (1978–1999). Ein Handbuch, Berlin: Verlag Dr. Köster.
- Kuhn, Thomes (1976): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Küpeli, Ismail (2007):_Ibn Khaldun und das politische System Syriens – Eine Gegenüberstellung, München.
- Lundgren, Asa (2007): The unwelcome neighbour. Turkey's Kurdish Policy. I. B. Tauris .
- Metzger, Albrecht (1996): Zum Beispiel Kurden. Göttingen: Lamuv Verlag.
- Dabag, Mihran (1998): Jungtürkische Visionen und der Völkermord an den Armeniern. In: ders.: Struktur kollektiver Gewalt im 20. Jahrhundert. Genozid und Moderne; Bd. 1. Opladen: Verlag Leske und Budrich.
- McDowall, David (2004): A Modern History of the Kurds. London.
- Morad, Golmorad (1992): Chronologie der kurdischen Geschichte, Mytische Geschichte – 1953, in: ders.: Ein Jahr autonome Regierung in Kurdistan - Die Mahabad-Republik 1946-1947, Bremen.
- Meggle, Sarah (2009): Kurdistan im neuen Irak, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Moshtaghi, Ramin (2010): Die menschenrechtliche Situation sunnitischer Kurden in der Islamischen Republik Iran. Heidelberg: Springer Verlag.
- Öcalan, Abdullah (2002): Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage. Kurdistan Informations-Zentrum e. V.

- Öcalan, Abdullah (1996): Perspektifler. Kurdistan Informations-Zentrum e. V.
- Özcan, Ali Kemal (2006): Turkey's Kurds: A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Ocalan. New York.
- Roth, Jürgen/ Taylan, Kamil (1994): Die Türkei, Republik unter Wölfen. Bornheim: Lamuv Verlag.
- Sahin, Mukaddes (1999): Politischer Größenwahn oder sinnvolle Entwicklungspolitik? Das Südostanatolienprojekt (GAP) unter Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten. Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag.
- Salman, Turhan (2005): TİP (Türkiye İşçi Partisi) Parlamentoda 1.Cilt (1963-1996).
- Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş. Berlin: Suhrkamp-Verlag.
- Schröder, Katy (2003): Die Türkei im Schatten des Nationalismus. Eine Analyse des politischen Einflusses der konservativen MHP. Norderstedt.
- Serozan, Rona (1986): Die Rolle des Militärs in der Entwicklung der Türkei. Frankfurt a.M.:
- Siegwart, Horst-Günther (2001): Die Kurden. München: Wilhelm Braumüller Verlag.
- Sluglett, Marion und Peter (1991): Der Irak seit 1958 - Von der Revolution zur Diktatur. Frankfurt: Suhrkamp.
- Strohmeier, Martin (2003): Die Kurden: Geschichte, Politik, Kultur. München: Beck-Verlag.
- Tahir, Tamer(2007): Derin Devlet Nedir? Kumkale: Pegasus Yayınları.
- Topdemir, Ramazan (2010): Adnan Menderes`ten Recep Tayyip Erdoğan`a Güneydoğu Politikası. Adiyaman: Yayın Evleri.
- Toulmin, Stephen (1978): Menschliches Erkennen, I. Kritik der kollektiven Vernunft. Frankfurt: University Press.
- Toprak, Binnaz (2008): Türkiyede farklı olmak. Din ve Muhafazakârlık Ekseninde Ötekilestirilenler. Istanbul: Bogazici.
- Wanli, Ismet Serif (1986): Kurdistan und die Kurden. Bd. 2, Göttingen.
- Winrow, Gareth/ Kirişçi, Kemal (1997): The Kurdish Question and Turkey. An Example of a Trans-State Ethnic Conflict. London: Cass.
- Weiker, Walter F. (1963): The Turkish Revolution 1960-1961: Aspects Of Military Politics. Washington D.C.: The Brookings Institution.
- Yeghiayan, Vartkes(2007): British Reports on Ethnic Cleansing in Anatolia, 1919-1922: The Armenian-Greek Section. Glendale CA: Center for Armenian Remembrance.
- Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (1998): Das ethnische und religiöse Mosaik der Türkei und seine Reflexionen auf Deutschland. Münster.

Sammelbandbeiträge

- van Bruinessen, Martin (1985): Vom Osmanismus zum Separatismus. Religiöse und ethnische Hintergründe der Rebellion des Scheich Said. In: Blaschke, Jochen (Hrsg.): Islam und Politik in der Türkei. Berlin: Express Edition, 109-165.
- Bandelow, Nils (2003): Lerntheoretische Ansätze in der Policy-Forschung, in: Maier, Matthias L./ Nullmeier, Frank (Hrsg.): Politik als Lernprozess? Opladen: Leske + Budrich, 289-330.
- Beyme, Klaus (2006): Paradigma, in: Grotz, Florian/ Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. 4. Aufl., München: Beck, S.419.
- van Bruinessen, Martin (1994): Genocide in Kurdistan? The Suppression of the Dersim Rebellion in Turkey (1937–1938) and the Chemical War against the Iraqi Kurds (1988), in: G. Andreopoulos (Hrsg.): Genocide – Conceptueal an Historical Dimension., Philadelphia: University of Pennsylvania Press, S. 141–170.
- Jung, Dietrich (2003): Religion und Politik in der Türkei. Säkularistische Theokratie oder kemalistisches Panoptikon? In: Brocker, Manfred/Behr, Hartmut/Hildebrandt, Mathias (Hrsg.): Religion – Staat – Politik: Die Rolle der Religion in der nationalen und internationalen Politik, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 83-98.
- Schulz, Rainer-Olaf (2004): Paradigma, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. München: Beck, S. 112.

Fachzeitschriftenartikel

- Aguicenoglu, Hüseyin (1997): Genese der türkischen und kurdischen Nationalismen im Vergleich. In: Heidelberger Studien zur Internationalen Politik; 5, Münster: LIT. 2-22.
- Bank, André (2008):Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten. In: Leviathan, Volume 36, Number 3, 411-429.
- Benedikter, Roland (2004): Demokratie für den Irak?Drei Modelle im Vergleich.In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 29, Number 1, 27-52.
- Buchta, Wilfried (2004): Ein Vierteljahrhundert Islamische Republik Iran. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. B9/2004, S. 6-17.
- Buhbe, Matthes (1998): Die Türkei und die Grenzen der europäischen Integration. In: International Politics and Society 2/1998, S.13-21.
- Bremmer, Ian: Oil politics: America and the riches of the Caspian Basin. In: World policy journal. New York, NY: Bd. 15 (1998), 1,S. 27–35.
- Hall, Peter A. 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State. In: Comparative Politics 25 (3), 275-296.
- Gökay, Bülent (1998): Caspian uncertainties: regional rivalries and pipelines. In: Perceptions. Bd. 3 (1998), 1, S. 49–66.
- Daniel Steinvorth: Dunkle und gefährliche Zeiten. in: Der Spiegel. Hamburg 2008,28,S.102f._

- Gürbey, Gülistan (2004): Die türkische Kurdenpolitik im Kontext des EU-Beitrittsprozesses und der Kopenhagener Kriterien. In: Südosteuropa-Mitteilungen. München, 1/2004, S. 44-57.
- Gürbey, Gülistan (2000): Im Blickpunkt: Umkehr bei der PKK, Wandel in der türkischen Kurdenpolitik? In: Südosteuropa-Mitteilungen. München, Heft 2, S. 104-123.
- Gürbey, Gülistan (1998): Die Türkei zwischen Dogma und Liberalisierung. In: Internationale Politik. Bonn, 53. Jahrgang, 1, S. 39-44.
- Göztepe, Ece (2004): Die Türkei und der Irakkrieg. In: Initial-Berliner Debatte. 15. Jg. 2004, 5/6.
- Güsten, Susanne (2009): Die Kurdenfrage in der Türkei. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. 39/2009, S. 15-22.
- Hibbeler, Stefan (2006): Regionalmacht Türkei? In: Friedrich-Ebert-Stiftung Fokus Türkei 01/2006, S.3-16.
- Islam, Rana Deep (2010): Türkisch-Syrische Beziehungen.Beispiel einer pragmatischen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Internationales Magazin für Sicherheit, Nr.1, S. 12-15.
- Karakas, Cemal (2007): Türkei. Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen. In: HSK-Report Nr. 1, Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, S.1-49.
- Kaya, Serdar (2009): The Rise and Decline of the Turkish "Deep State": The Ergenekon Case. In: Insight Turkey, Vol. 11, Nr. 4-2009., S.99-113.
- Kökbudak, Havva (2010): Die "Kurdeninitiative" der AKP. IN: Inamo, Heft Nr. 61/Frühjahr 2010, 16. Jahrg., Seiten 58-63.
- Kooperation für den Frieden (Hrsg.)(2007): Der türkisch-kurdische Konflikt. Bonn. Sonderausgabe 2007.
- Mudhoon, Loay (2009): Die türkische AKP als Vorbild für die arabische Welt? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. 39/2009, S. 9-14.
- Olimat, Muhamad S. (2010): The Political Economy of the Middle Eastern Relations. In: Journal of Political Science, Vol. 15, Number 3, Pages 307-335.
- Öniş, Ziya(2004): Turgut Özal and his Economic Legacy: Turkish Neo-Liberalism in Critical Perspective', Middle Eastern Studies, 40: 4, 113 — 134.
- Olson, Robert (1997): Turkey-Syria Relations Since the Gulf War: Kurds and Water. In: Middle East Policy. Vol.5/2., S. 162-169.
- Scalbert, Clémence/ Yücel, Marie Le Ray (2006): Knowledge, ideology and power. Deconstructing Kurdish Studies. In: European Journal of Turkish Studies 5, 13-22.
- Struck, Ernst (2007): "Das Wasser von Euphrat und Tigris: Die Instrumentalisierung einer natürlichen Ressource." In: Asien , Seite 29-42.
- Topuz, Gönül (2003): Entwicklung und Organisation von Milli Görüş in Deutschland. In: Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.5, S. 14-24.

Zeitungsartikel

- Athanasiadis, Jason: (2006) : Turkey Feels Iran Chill. In: Asia Times, 24.1.2006.
- Daly, John C.K. (2007): „Analysis: Turkey-Iran energy ties,“ United Press International, 30.11. 2007
- Dietrich Alexander (2004): Reformer oder Wolf im Schafspelz? In: Die Welt, 22. 9. 2004
- Elci, Zerir (2008): Ahmadinejad to visit Turkey for nuclear talks. In: Reuters, 4.8. 2008.
- Erdogan in Diyarbakir (2009): Rede an die Kurden. In: CNNTürk 03.09.2010.
- Pfeifer, Karl (2007): Interview mit Erbakan. Von „Bakterien“ und anderen „Zionisten“. In: Die Jüdische, 5. September 2007.
- Fleishman, Jeffrey (2004): Iraqi Melting Pot Nears Boiling Point. In: Oilrich Kirkuk, Kurds, Arabs and Turkmens compete for a place in the new order", Los Angeles Times, 26.1.2004.
- Gottschlich, Jürgen (2009): Zurück zu den alten Feindbildern. In: Die tageszeitung 2009, 14.12.2009.
- Haber7 (2010): Gespräche zwischen Erdogan und Barzani. In: Haber7, vom 6.3.2010.
- nzz-online (2009): Die Kurden exportieren Öl aus dem Irak, vom 2.6. 2009, URL: http://www.nzz.ch/nachrichten/international/die_kurden_exportieren_nun, 14.9.2010.
- Seibert, Thomas (2004): Wer ist Recep Tayyip Erdoğan? In: Tagesspiegel am 26.9.2004.
- Soncan, Emre/Çelen, Nergihan (2007). "‘People’s president Özal’ commemorated at his grave". Today's Zaman, 18.4.2007.
- Zafer, Selim (2009): Kürt meselesinde çözüm mü, tasfiye mi? In: Firat News ,28.Mai 2009.

Onlinequellen

- Amnesty International Reports (1991-2009). URL: <http://www.amnesty.org/en/human-rights/human-rights-by-country>, 2.5.2010-29.9.2010.
- Asadpour, Ahmad Ali (2003): Der Iran in der internationalen Politik 1939-1948. URL: http://madoc.bib.uni-mannheim.de/madoc/fr_outdoor.php?source_opus=80&la=de, 3.7.2010.
- Bundesministerium des Inneren der BRD (Hrsg.) (2006): Verfassungsschutzbericht 2006. URL: www.verfassungsschutz.de/berichte.
- Daly, John C.K. (2007): „Analysis: Turkey-Iran energy ties,“ United Press International, 30.11.2007. URL: http://www.upi.com/International_Security/Energy/Analysis/2007/11/30/analysis, 23.8.2010.
- Erbakan, Nesmettin: Parlamentsrede vom 13.4.1995, Eigene Übersetzung. URL: http://www.youtube.com/watch?v=1F7_Hk08WpQ.
- Europäische Grundrechte Zeitung (2009): NR. 2334, Student (anonymisiert) gegen die Türkei. URL: http://www.eugrz.info/html/2009_12-16.html, 03.7.2010.

- Europarat (Hrsg.) (1998): Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten.
URL:<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/ChercheSig.asp?NT=157&CM=1&D>, 14.8.2010.
- Europäische Kommission (1995-2009): Enlargement.
URL:http://ec.europa.eu/enlargement/press_corner/key-documents/index_en.htm, 9.6.2010.
- Gül,Abdullah (1995): TBMM Rede vom 8.3.1995.
URL: <http://www.youtube.com/watch?v=nKrrqzfb09M>.
- Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung: Konfliktbarometer 1992-2009. URL:
<http://hiik.de/de/konfliktbarometer/index.html>, 23.7.2010.
- Human Rights Watch (1993): Irak.Minority Report.
URL: <http://www.hrw.org/reports/1993/iraqanfal/ANFAL1.htm>, 2.8.2010.
- Human Rights Watch (1996): Syria. The silenced kurds.
URL: <http://www.hrw.org/reports/1996/Syria.htm>, 5.9.2010.
- Human Rights Watch (2009): Worldreport 2009 Syria.
URL: <http://www.hrw.org/english/docs/2005/01/13/syria9812.htm>, 19.9.2010.
- IMF Turkey--Recent Economic Developments and Selected Issues.
URL: <http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=2426.0>, 2.9.2010.
- Keller, Ska. Homepage-Verfassungsreferendum in der Türkei.
URL:http://www.skakeller.de/index.php?option=com_content&view=article&id=225:tuerkei-verfassungsreferendum-bestaetigt-reformkurs&ca_tid=1:tuerkei&Itemid=14. , 15.8.2010.
- Ministerpräsidium der Republik der Türkei (Hrsg.)(1990): Das Südostanatolienprojekt (GAP).Ankara: Amt für GAP-Gebietsentwicklung.
URL:http://www.spo.org.tr/mevzut/mevzuat_detay.php?kod=80&tipi=MES&turu=KHK, 3.8.2010.
- Ministerium des Inneren der Republik der Türkei: Iskan Kanunu (Dersim Gesetz),
URL: <http://www.mevzuat.adalet.gov.tr/html/554.html>, 12.5.2010.
- IMF-Report (2010): Handelsbilanz Syrien IMF-Report 2009, URL: <http://www.asien-auf-einen-blick.de/syrien/export.php>., 14.9.2010.
- Öcalan, Abdullah (1999): Zur Lösung der kurdischen Frage.Visionen einer demokratischen Republik, (Verteidigungsschrift).
URL:<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/ocalan/verteidigungsschriften/index.htm>, 29.9.2010.

-PJAK (2007): Natürlich sind wir Verbündete der USA.

URL: „<http://www.wadinet.de/news/iraq/newsarticle.php?id=2441>.

-Provinzialregierung Amasya (2009): Protokolle von Amasya.

URL: <http://www.amasya.gov.tr/http/index.asp?PageNo=113&milli=6>, Stand 28.09.2010.

-Sorkhabi, Rasoul (2010): Oil from Babylon to Iraq.

URL: <http://www.geoexpro.com/history/babylontoiraq/> 12.5.2010.

-T.C. Kurultay Homepage. Stellungnahme von General Basbug am 5.7.2010. URL:<http://www.kurultay.net/haberler/gundem/ilker-basbug-ugur-dundar-roportaj-carpici-aciklamalar-2010-07-05.html>, Stand 12.8.2010.

-U.S. Energy Information Administration: Irak, Iran, Syria.

URL: <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Iraq/Background.html>, 12.9.2010.